

1

Bonn, Dienstag 19. September 1961

Sprecher: Adenauer, Albers, Altmeier, Amrehn, Blumenfeld, von Brentano, Dittmar, Dufhues, Erhard, (Johannes) Even, Fricke, Gerstenmaier, Gradl, von Hassel, Höcherl, Kiesinger, Kopf, Krone, Lemmer, Lücke, von Merkat, Röder, Scheufelen, Schmidt, Strauß, Süsterhenn, Wuermeling.

Ergebnis der Bundestagswahl vom 17. September 1961; Koalitionsverhandlungen, Bundeskanzlerkandidat und Nachfolgefrage. Verschiedenes: Berlin-Frage.

Beginn: 11.00 Uhr

Ende: 16.00 Uhr

Adenauer: Meine Damen, meine Herren! Es haben sich entschuldigt die Herren Dr. Seehoß¹, Etzel², Dr. Zimmer³ (Straßburg) und Frau Dr. Weber⁴ (Straßburg).

ERGEBNIS DER BUNDESTAGSWAHL VOM 17. SEPTEMBER 1961; KOALITIONS-
VERHANDLUNGEN, BUNDESKANZLERKANDIDAT UND NACHFOLGEFRAGE

Herzlich willkommen nach der schweren Arbeit, die wir alle hinter uns haben. Jeder von uns wird die Wahrnehmung im Wahlkampf über eine gute Arbeit und über eine weniger gute Arbeit gemacht haben. Ich möchte aber vorschlagen, daß wir uns heute nicht darüber unterhalten. Ich habe veranlaßt, daß sehr sorgfältig einmal alle offensichtlichen Unterlassungen zusammengestellt werden, damit man sich in einer späteren Sitzung über diese ganzen Fragen sehr offen aussprechen kann. Wir sind uns wohl alle darüber einig, daß wir noch manches nachzuholen haben. Es war immer

1 Dr. Hans-Christoph Seehoß (1903–1967), 1949–1967 MdB (DP, ab 1960 CDU), 1949–1966 Bundesminister für Verkehr. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 598 Anm. 36.

2 Franz Etzel (1902–1970), 1949–1952 und 1957–1965 MdB (CDU), 1957–1961 Finanzminister, Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 42 Anm. 11. – Yorck DIETRICH: Franz Etzel als Finanzpolitiker. In HPM 2 (1995) S. 173–187.

3 Dr. Alois Zimmer (1896–1973), 1957–1965 MdB (CDU), 1951–1957 Innen- und Sozialminister von Rheinland-Pfalz. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 5 Anm. 26.

4 Dr. Helene Weber (1881–1962), 1949–1962 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 159 Anm. 7. – Elisabeth PREGARDIER/Anne MOHR: Ernte eines Lebens: Helene Weber (1881–1962). Weg einer Politikerin. Essen 1991.

meine Devise nach einer Wahl, schon an die nächste Wahl zu denken. Es ist wohl auch diesmal ohne weiteres klar, daß das für die Wahl 1965 gilt. Sie werden also noch diesen Bericht bekommen. Er ist gestern abend fertig geworden. Dieser Bericht muß sehr eifrig studiert werden.⁵

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich stehend sprechen. (*Der Bundeskanzler erhebt sich.*) Ich tue das lieber, weil man sich dann besser bewegen und besser verständlich machen kann. Ich möchte an die Spitze meiner Ausführungen stellen, daß die Sozialdemokratie darauf ausgegangen ist – sie hat auch geglaubt, das zu erreichen –, wenigstens in einer Koalition die führende Partei zu werden. Das ist ihr nicht gelungen. Es ist ein großer Erfolg für uns, daß ihr das nicht gelungen ist. Auf der anderen Seite dürfen wir aber die Augen nicht davor schließen, daß die Stimmenzahl der Sozialdemokraten in den letzten drei Wahlen ständig gestiegen ist und daß daher unsere ganze Arbeit doch sehr intensiv auf das Tun und das Lassen der Sozialdemokraten gerichtet sein muß. Der Perfektionismus unseres Wahlrechtes hat es mit sich gebracht, daß die FDP keinen einzigen Direkt-Wahlkreis bekommen hat (*Röder*⁶: Den letzten haben wir ihnen abgenommen!) und ihr doch 66 Sitze zugefallen sind. Ich wiederhole, das ist der Perfektionismus unseres Wahlrechts. Wir müssen es nehmen, wie es ist.

Wenn ich nun an die Ergebnisse der CDU/CSU denke, muß ich zunächst dem Herrn Landesvorsitzenden der CSU ein Kompliment machen, daß die CSU aus dem Wahlkampf mit weniger Verlusten hervorgegangen ist als wir. Die CSU hat meines Wissens einen Sitz verloren. (*Strauß*⁷: Drei Sitze!) Also doch drei Sitze; dann war das Kompliment ein bißchen zu hoch. (*Heiterkeit.*) Wir haben mehr verloren. Wir hatten 1957 50,2 % der Stimmen, während wir jetzt 45,3 % erhalten haben. Die Gründe kann man noch nicht genau klarstellen, aber es haben sich doch gewisse Strömungen bei dieser Wahl gezeigt. Namentlich im nördlichen Teil der Bundesrepublik sind doch infolge der verbreiteten Meinung, daß die Vereinigten Staaten in Berlin versagt hätten, schon wieder nationalistische Empfindungen aufgetaucht. Diese nationalistischen Empfindungen kommen nicht unserer Partei, sondern anderen Parteien zugute. Die

5 Wahl zum Bundestag am 17. September 1961: Zweitstimmenergebnis CDU/CSU 45,3 % (1957: 50,2 %); CDU 35,8 % (39,7 %), CSU 9,6 % (10,5 %), SPD 36,2 % (31,8 %), FDP 12,8 % (7,7 %). Mandatsverteilung: CDU/CSU 242, SPD 190, FDP 67. Vgl. FISCHER 1 S. 15; Konrad KRASKE: Die Bundestagswahl 1961, Vorbereitung – Ergebnis – Folgerungen. Eine Analyse im Auftrag des Bundesvorstandes der CDU. Bonn 1962.

6 Dr. Franz Josef Röder (1909–1979), 1955–1979 MdL Saarland (CDU), 1957–1965 Minister für Kultus, Unterricht und Volksbildung, 1959–1979 Ministerpräsident. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 985 Anm. 117; Erich VOLTMER: Franz Josef Röder. Ein Leben für die Saar. Dillingen 1979.

7 Franz Josef Strauß (1915–1988), 1949–1978 MdB (CSU), 1956–1962 Bundesminister für Verteidigung. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 120 Anm. 27; Winfried BECKER in ZEITGESCHICHTE 7 S. 227–244; Horst MÖLLER: Franz Josef Strauß. In: Lothar GALL (Hg.): Die großen Deutschen unserer Epoche. Berlin 1995 S. 535–553; Wolfram BICKERICH: Franz Josef Strauß. Die Biographie. Düsseldorf 1996.

Hoffnung, daß es gelingen würde, die DP-Stimmen wenigstens zum größten Teil für uns zu gewinnen, scheint sich auch nicht erfüllt zu haben. Das scheint wohl auch – ich drücke mich sehr vorsichtig aus in diesem Stadium – darauf zurückzuführen sein, daß in diesen Wahlkreisen der früheren DP die CDU keine Organisation aufgebaut hatte, und zwar aus Rücksicht auf die DP. Nun fiel die DP weg, und es war keine Organisation da. Wenn ich z. B. hier wiedergebe, was mir Herr von Eckardt⁸ gesagt hat, der in Cuxhaven aufgestellt war, so haben ihm 1.200 Stimmen gefehlt. Er ist unterlegen gegenüber dem Sozialdemokraten. Er sagte mir, er habe dort nichts an Organisation, aber auch gar nichts vorgefunden. Es sei ihm schließlich gelungen, ein einzelnes Zimmer nach hinten heraus irgendwo zu mieten und dann anzufangen, eine Organisation aufzubauen.

In diesem Wahlkreis Cuxhaven sind laut Herrn von Eckardt 16.000 frühere DP-Stimmen dieser neuen nationalistischen Partei zugefallen; sie sind aber verloren und verteilt worden, weil sie die 5%-Klausel nicht überschritten haben.⁹ Darauf werden wir achten müssen, wie das mit dem Nationalismus wird. Wir werden um so mehr darauf achten müssen, weil wir in der Außenpolitik – ich verrate Ihnen da nichts Neues – schweren Zeiten entgegengehen.

Es ist das Wort gefallen – ich mache es mir noch nicht zu eigen –, das ich Ihnen wiederholen möchte, daß jetzt die Liquidation des Krieges beginnen werde und daß Deutschland die Kosten zu tragen habe. Wie hoch die Kosten sind, können wir nicht sagen. Das werden wir noch sehen. Ich bin auch nicht der Auffassung, daß wir übertrieben pessimistisch sein sollen. Ich habe Herrn von Brentano¹⁰ gebeten, der gerade von Washington zurückgekommen ist, Ihnen nachher einen Vortrag über die Verhandlungen in Washington zu halten. Aber wenn nicht alles trügt, dann wird in den kommenden vier Jahren die Liquidation des vergangenen Krieges ein gutes Stück weitergetrieben werden. Daß wir dabei Haare lassen müssen, das versteht sich wohl von selbst. Das wird jeder begreifen. Ob und inwieweit das sich, was ich nicht hoffe, auf die Wirtschaft auswirken wird, müssen wir abwarten. Aber ich glaube, unsere Wirtschaft ist doch so stark und so gut, daß wir da wohl keine Befürchtungen zu haben brauchen.

8 Felix von Eckardt (1903–1979), 1952–1955 und 1956–1962 Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1962–1965 Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland in Berlin. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 207 Anm. 63.

9 Ergebnis im Wahlkreis Cuxhaven-Hadeln-Wesermünde (Erststimmen): SPD 37.725 (37,1 %), CDU 36.486 (35,9 %), FDP 8.010 (7,9 %), GDP 16.763 (16,5 %). Die GDP erzielte bundesweit nur 2,8 %.

10 Dr. Heinrich von Brentano (1904–1964), 1949–1964 MdB (CDU), 1949–1955 und 1961–1964 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, 1955–1961 Außenminister. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 1 Anm. 4. – Brentano nahm am Treffen der vier westlichen Außenminister in Washington vom 14. bis 16. September 1961 teil (vgl. dazu Kommuniké vom 16. September 1961 in DzD IV/7,1 S. 453 f.; BARING S. 334–337; KOSTHORST S. 389–392), s.u. S. 53–57.

Alles in allem möchte ich Ihnen sagen, unsere vereinigten Parteien, die CDU und die CSU, haben nun zwölf Jahre lang die Politik in diesem Lande geführt, und zwar in zwölf schweren Jahren mit großem Erfolg. Ich meine, wir brauchen deswegen über den Ausgang der Wahl nicht besonders betrübt zu sein. Ich bin es nicht. Ich sage Ihnen sehr offen, daß ich es für einen großen Glücksfall gehalten hätte, wenn wir die Mehrheit im Bundestag wieder bekommen hätten. Man darf auch nicht vergessen, daß eine Mehrheitspartei in einem Parlament bei vielen Wählern schon eo ipso eine gewisse Abneigung erzeugt. Der Deutsche, wie er nun einmal ist, versteht nicht das System, das die Angelsachsen haben. Das kommt ihm auch mehr oder weniger unmoralisch vor. Daß er deswegen gegen eine Partei, die nun für sich alleine die Mehrheit hat, von vornherein eine gewisse Zurückhaltung empfindet, ist wohl klar. Und das äußert sich dann bei der Abstimmung und insbesondere bei der Zweitstimme.

Wenn wir uns das alles vorhalten und daran denken, daß die Sozialdemokratie seit 1949 sämtliche Wahlen verloren hat und daß sie jetzt damit gerechnet hat, die ausschlaggebende Partei im Bundestag zu werden, dann kann man erkennen, warum die Sozialdemokratie mit einem solchen Ansturm gekämpft hat. Es war ein Ansturm voller Lügen und voller Gemeinheiten. Das muß ich hier sehr nachdrücklich sagen. Da kann Herr Ollenhauer¹¹ zu seinen Störtrupps sagen, was er will. Ich habe es am eigenen Leibe erfahren, wie die Sozialdemokratie mit einer geradezu hemmungslosen politischen und menschlichen Art diesen Wahlkampf geführt hat, und zwar mit außerordentlich großen Geldmitteln. Unsere Herren nehmen an, daß sie ein Mehrfaches an Geld von dem gehabt haben, als uns zur Verfügung stand.

Wenn wir das alles bedenken, können wir sagen, daß wir nicht traurig zu sein brauchen. Wir haben die zwölf Jahre gekämpft und stehen jetzt wieder genau auf dem Stand des Jahres 1953, und zwar, wenn wir den Kreis Cochem dazurechnen¹², mit genau der gleichen Zahl von 243 Abgeordneten.

Etwas unerklärlich ist mir dieses Emporschwellen der Demokraten. Ich hoffe, daß wir einen etwas genaueren Einblick bekommen werden, wenn wir die ganzen Wahlanalysen genau studieren. Zweifellos hat aber die Abneigung gegen eine Mehrheitspartei auch bei Wählern, die im großen und ganzen unsere Politik billigen, mitgewirkt und daß sie somit ihre Zweitstimme den Demokraten gegeben haben.

Wir können uns nach diesem Wahlkampf zum erstenmal ein Bild davon machen, was der Rundfunk und was das Fernsehen bedeuten bei der öffentlichen Meinungsbildung. Wir können uns auch zum erstenmal ein Bild darüber machen, wie diese beiden Instrumente der öffentlichen Meinungsbildung parteipolitisch geführt

11 Erich Ollenhauer (1901–1963), 1949–1963 MdB (SPD), 1952–1963 Partei- und Fraktionsvorsitzender. Vgl. PROTOKOLLE I S. 110 Anm. 4.

12 Im Wahlkreis 151/Cochem fand am 1. Oktober 1961 eine Nachwahl statt, da der Kandidat der SPD, Fritz Klein, am 4. September verstorben war und die Frist zur Nominierung eines Nachfolgers bis zum regulären Wahltermin zu kurz war. Die CDU erhielt 60,3 % (gewählt wurde Paul Gibbert mit 60,7 % der Erststimmen), die SPD 19,9 % und die FDP 18,7 %.

worden sind, und zwar in der größten Weise. Ich kann Ihnen z. B. von mir sagen, daß ich vorige Woche in Köln gesprochen habe¹³, und danach hat der Berichterstatte der Westdeutschen Rundfunks telefoniert, ich hätte erklärt, die SPD sei gegen die Wiedervereinigung. Diese Meldung hat dann der Westdeutsche Rundfunk schon um 8 Uhr überallhin verbreitet, aber um 11 Uhr hat er dann widerrufen, daß ich es nicht gesagt hätte.

Ich sehe Herrn Dufhues¹⁴ vor mir sitzen und darf darauf hinweisen, daß ich mit ihm zusammen in der vorigen Woche verschiedene große Versammlungen hatte in Minden, in Herford, in Bielefeld und in Gütersloh.¹⁵ Meine Damen und Herren! Was darüber berichtet worden ist, das ist wirklich unglaublich. Es ist hier berichtet worden von dem hiesigen Korrespondenten der UPI.¹⁶ Aber er hat nachher selbst zugeben müssen, daß seine Gewährsmänner ihm die Unwahrheit gesagt hätten. Deshalb würde er widerrufen. Aber was macht man später mit einem Widerruf? Ich selbst habe ihn überhaupt nicht gesehen.

Das Tollste aber ist mit meinem Freund von Hassel¹⁷ beim Fernsehen passiert. Er sollte zehn Minuten lang sprechen. Aber nach ganz kurzer Zeit ist dann beim Abspielen durch Sabotage Ton und Bild getrennt worden, so daß schon nach wenigen Minuten die ganze Sendung gestoppt werden mußte. Dann hat das Fernsehen diese Sendung ohne Ankündigung gegen 10 Uhr abends (*Dufhues*: 21.35 Uhr. – *Lemmer*¹⁸: Ohne Voranmeldung?) gesendet, also zu einer Zeit, wo jeder am Fernsehen glaubte, die politischen Dinge habe er nun glücklich hinter sich. Nun geht die Sache weiter. Wir haben uns beschwerdeführend an das Fernsehen gewendet, und nach langen Verhandlungen sind dann fünf Minuten als Ersatz konzediert worden. Dagegen hatte die SPD beim Hamburger Verwaltungsgericht ein Verbot beantragt. Das Hamburger Verwaltungsgericht hat dieses Verbot ausgesprochen. Darauf erfolgte Beschwerde. Dann hat das Oberverwaltungsgericht dieses Verbot aufgehoben. Was war die Folge des Ganzen? Ich habe mit den Herren vom Fernsehen gekämpft. Ich sollte fünf Minuten lang sprechen. Diese haben mir gesagt, ich hätte 30 Sekunden mehr gebraucht. Sie erklärten, ich müsse das kürzen, sonst würde das in Hamburg mitten

13 Kundgebung in der Messehalle VIII in Köln am 13. September 1961 (TERMINKALENDER). Vgl. „Bonner Rundschau“ vom 14. September 1961 „Kanzler in Köln. Turbulente Wahlkundgebung – Abrechnung mit SPD“.

14 Josef Hermann Dufhues (1908–1971), 1946–1947 und 1950–1971 MdL NW (CDU), 1958–1962 Innenminister NW, 1962–1966 Geschäftsführender Vorsitzender der CDU. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1185 Anm. 10.

15 Kundgebungen am 11. September 1961 in Minden, Herford und Bielefeld und Gütersloh (TERMINKALENDER).

16 UPI vom 11. September 1961 „Adenauer mit Tumulten empfangen“.

17 Kai-Uwe von Hassel (1913–1997), 1954–1963 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein (CDU), 1963–1966 Bundesminister der Verteidigung. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 477 Anm. 14.

18 Ernst Lemmer (1898–1970), 1952–1970 MdB (CDU), 1957–1962 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, 1964–1965 für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 159 Anm. 6.

im Wort abgeschnitten. Ich habe ihnen gesagt: Schneiden Sie das doch ruhig ab, Sie haben schon so vieles gemacht, dann schneiden Sie auch das ab. – Ich habe mir nachher, weil sie sagten, sie könnten nichts dafür, dadurch geholfen, daß ich den größten Teil frei gesprochen habe. Dabei kann man sich ja kürzer fassen. Dann hat das Obergerverwaltungsgericht in Hamburg das Verbot aufgehoben. Ich muß zu seinem Ruhm sagen, ich war fest davon überzeugt, das würde erst nach der Wahl geschehen. Und dann hat man seitens des Fernsehens an meine Ausführungen diese Minute noch angehängt.

Sie sehen daraus, wie wir behandelt worden sind. Der Herr Kollege Strauß hat am Samstag in Frankfurt auf dem Römerberg gesprochen. Es war ein Skandal ersten Ranges, der ihm da geboten wurde.¹⁹ Es war ein vollständiges Versagen der Polizei in Frankfurt, aber nicht des Beauftragten. (*Strauß*: Absichtlich!) Es war ein Versagen des Polizeipräsidenten, der das Einschreiten der Polizei gestoppt hat.

Wie groß der Einfluß des Rundfunks und des Fernsehens auf die öffentliche Meinung bei einem Wahlkampf ist, insbesondere wenn diese Instrumente parteipolitisch behandelt werden, das haben wir in diesem Wahlkampf erfahren.

Bittere Klage erhebe ich persönlich gegen die Presse. (*Strauß*: Sehr wahr und sehr richtig!) Ich meine nicht die kleine Presse. Die kleine Presse war gut; dagegen läßt sich nichts sagen. Aber die große Presse war geradezu einseitig angefüllt mit unwahren Nachrichten, und zwar in einem Maße, wie ich es in allen bisherigen Wahlkämpfen noch nicht erlebt habe.

Wenn wir das alles bedenken, was wir für Widerstände gehabt haben und daß weiter diese Aggression Chruschtschows²⁰ in Ost-Berlin uns kolossal geschadet hat, dann kann ich nochmals betonen, wir können allen Wählern, die für uns gestimmt und gearbeitet haben, sei es, wo es auch immer sei, herzlichen Dank dafür aussprechen, daß es zu diesem Wahlergebnis für uns gekommen ist.

Und nun, meine Damen und Herren, was machen wir mit der FDP? Eine Minderheitsregierung zu bilden – davon hat Herr Mende²¹ vor dem Wahlkampf gesprochen –, halte ich für eine sehr schlechte Sache. Denn dann hat man bei jedem Gesetzentwurf dieselbe Geschichte. Dann muß man verhandeln oder bezahlen auf irgendeine Weise. Also, das halte ich nicht für eine gute Sache. Deshalb sollte man versuchen, eine Koalition zu machen. In der FDP gibt es Elemente, die koalitionsfähig

19 Die Abschlußkundgebung von Franz Josef Strauß am 16. September 1961 wurde durch „Störtrupp“ massiv behindert. Die Polizei schritt erst nach einiger Zeit ein. Vgl. FAZ vom 18. September 1961 „Turbulente Abschlußkundgebung in Frankfurt“.

20 Anspielung auf den Bau der Mauer am 13. August. – Nikita Sergejewitsch Chruschtschow (1894–1971), sowjetischer Politiker; 1953–1964 Erster ZK-Sekretär und ab 1958 auch Ministerpräsident.

21 Dr. Erich Mende (1916–1998), 1949–1980 MdB (bis 1970 FDP, 1950–1953 Fraktionsgeschäftsführer, 1957–1963 Fraktionsvorsitzender, 1960–1967 Bundesvorsitzender, seit 1970 CDU), 1963–1966 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen und Stellvertreter des Bundeskanzlers. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 496 Anm. 5.

und koalitionswillig sind. Es gibt aber auch dort Elemente, die das nicht machen. Wir werden das sehen, wenn eine Koalition zustande kommt. Ich habe bisher noch mit niemandem von der FDP gesprochen oder irgendeine Fühlung aufgenommen, weder direkt noch indirekt. Ich möchte aber genauso sprechen, als wenn ich jetzt vor dem Mikrophon stünde: Das müssen wir abwarten.²² – Ich weiß aus einem Gespräch, das ich vor Monaten in Stuttgart geführt habe²³, daß die Demokraten in Baden-Württemberg unbedingt eine Koalition mit der CDU/CSU wollen. Ich kann mir aber denken, daß die FDP Nordrhein-Westfalen das nicht will. Inwieweit hier bei ihr ein negativer Wille besteht und er sich durchsetzen wird, das weiß ich nicht. Auch das muß man abwarten.

Lassen Sie mich jetzt ein Wort zu meiner Person sagen. Es ist die Rede davon, daß ich wieder Kanzler werden sollte. Ich spreche sehr offen und ungehemmt zu Ihnen. Ich würde es für einen schweren Fehler halten für unsere Partei, wenn ich jetzt nicht Kanzler würde. (*Zuruf*: Sehr richtig!) Ich denke aber nicht daran, etwa vier Jahre lang dieses Amt weiter zu versehen. Selbst wenn ich es gesundheitlich könnte, würde ich es nicht tun, sondern mir schwebt vor – und schwebte überhaupt vor –, daß ich etwa in der Mitte dieser vier Jahre, wenn ich zum Kanzler gewählt werden sollte, zurücktreten würde, um einem anderen Platz zu machen, damit sich der neue Mann bis zu den Wahlen 1965 einarbeiten kann, was ja von besonderer Bedeutung wegen des Wahlkampfes im Jahre 1965 ist.

Also, meine Freunde, ich habe Ihnen das alles sehr offen gesagt. Ich möchte eins betonen, was mich wirklich mit großer Befriedigung in dem ganzen Wahlkampf erfüllt hat: Das ist die Gemeinsamkeit der beiden Konfessionen. Das hat sich hierbei sehr stark gezeigt. Es war also eine große Freude und ein großer Erfolg für unsere langjährige Zusammenarbeit. Ich würde nun bei der Betrachtung der Wahlanalyse nicht nur auf die Großstädte, sondern auf das gesamte Resultat sehen. Ich wähle hier Nordrhein-Westfalen, weil Nordrhein-Westfalen etwa 28 bis 30 % aller Wähler hat. Es ist also das wichtigste Land für unsere Wahlerfolge. Ich glaube nun, daß diejenigen unter uns, die gesagt haben: Wenn wir nicht einen bestimmten Prozentsatz der Arbeitnehmer auf unserer Seite haben, können wir keine Mehrheit bekommen, – recht behalten haben. Also, darauf werden wir auch achten müssen.

Wir müssen weiter achten auf die Landwirtschaft, die nach wie vor das große Reservoir für uns bedeutet. Diese Leute dürfen nicht verstimmt werden. Sie haben auch ein Recht auf unsere Aufmerksamkeit, weil sie bisher nicht haben Schritt halten können.

Das möchte ich Ihnen heute als meinen Eindruck sagen zwei Tage nach der Wahl. Ich würde nun vorschlagen, daß die Herren zu meiner Rechten und zu meiner Linken

22 Zu den Koalitionsverhandlungen vgl. KOERFER S. 555–566; SCHWARZ: Adenauer 2 S. 671–710.

23 Möglicherweise am 22. Juni 1961 im Anschluß an eine Frauenkundgebung (TERMINKALENDER).

etwas zur Wahl sagen. Zunächst darf ich Herrn von Hassel bitten, der außerordentlich viel herumgekommen ist als unser hauptsächlicher Wahlleiter. Anschließend darf ich dann Herrn Krone²⁴ bitten, von seinen Eindrücken zu sprechen.

Von Hassel: Herr Bundeskanzler, meine Damen und Herren! Wir haben aus den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers gehört, daß wir uns heute nicht im einzelnen mit der Wahlanalyse beschäftigen wollen. Wir haben einen Auftrag gegeben, daß eine sehr genaue Strukturanalyse und politische Analyse, wobei auch alle organisatorischen Fragen berücksichtigt werden, fertiggestellt wird. Diese kann aber frühestens zu der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes etwa Anfang oder Mitte November vorliegen. Wir haben nun versucht, uns zunächst einen generellen Überblick zu verschaffen. Es ist außerordentlich interessant, aus diesem ersten Überblick einen Eindruck davon zu gewinnen, wie die Verschiebungen gewesen und in welcher Richtung sie eingetreten sind.

I. Wahlberechtigte

Bei der Bundestagswahl 1961 waren rund 37,5 Millionen Bundesbürger wahlberechtigt. Die Zahl der Neuwähler betrug am 17. September knapp 5 Millionen, darunter 3,7 Millionen Jungwähler. Gegenwärtig kann man noch nicht beurteilen, inwieweit dieser Strukturwandel der Wahlberechtigten sich auf die politische Kräfteverteilung ausgewirkt hat.

Wahljahr	Wahlberechtigte
1949	31,2 Mill.
1953	33,1 Mill.
1957	35,4 Mill.
1961	37,5 Mill.

II. Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung erreichte auch 1961 mit 87,5 % ungefähr die entsprechenden Werte der Bundestagswahl 1957. Die Wahlbeteiligungsziffern seit den Bundestagswahlen 1953 sind Rekord-Wahlbeteiligungswerte in der Geschichte deutscher Wahlen.

24 Dr. Heinrich Krone (1895–1989), 1949–1969 MdB (CDU), 1955–1961 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 1961–1966 Bundesminister für besondere Aufgaben bzw. für die Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 69 Anm. 39; Hans-Otto KLEINMANN (Bearb.): Heinrich Krone. Tagebücher. Erster Band: 1945–1961 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 28). Düsseldorf 1995; Hans-Peter SCHWARZ: Heinrich Krone, 1895–1995. In HPM 3 (1996) S. 207–214.

Die Wahlberechtigten, die sich nur bei den Bundestagswahlen seit 1953 zur Stimmabgabe entschlossen haben, dürften in ihrer politischen Urteilsbildung sehr labil sein. Es ist zu vermuten, daß gegenüber den Landtagswahlen und den Bundestagswahlen 1949 die CDU/CSU von diesem Prozentsatz Wahlberechtigten seit 1953 überdurchschnittlich gewählt wurde. 1957 dürfte sich dieser Teil der Wahlberechtigten allerdings stärker für die CDU/CSU entschieden haben als 1961.

Wahljahr	Wahlbeteiligung
1949	75,5 %
1953	86,0 %
1957	87,8 %
1961	87,5 %
1957/60 (LTW)	75,1 %

Nach Bundesländern wurden die höchsten Wahlbeteiligungsziffern in Nordrhein-Westfalen und Hessen mit 88,5 % erreicht; das geringste Wahlinteresse bestand dagegen – wie bei den vorangegangenen Bundestagswahlen – in Baden-Württemberg (84,6 %).

III. Wählerzahlen und Stimmenanteile der CDU/CSU

Die CDU/CSU erreichte mit einem Stimmenanteil von 45,3 % ungefähr die gleichen Werte wie 1953. Sie blieb dagegen 4,9 % unter ihrem Stimmenanteil der Bundestagswahl 1957. Aus der Sicht der Wahlstatistik ist dieser Stimmenrückgang nicht überzubewerten. Abgesehen von der Bundestagswahl 1957 ist das Wahlergebnis der CDU bei der Bundestagswahl 1961 das günstigste Resultat, das eine deutsche Partei im Bundesgebiet bei den obersten Parlamentswahlen seit 1871 erreichte.

Wahljahr	Stimmenanteil CDU	Wählerzahlen CDU
1949	31,0 %	7,4 Mill.
1953	45,2 %	12,4 Mill.
1957	50,2 %	15,0 Mill.
1961	45,3 %	14,2 Mill.
1957/60 (LTW)	42,2 %	10,9 Mill.

Ihren höchsten Stimmenanteil errang die CDU/CSU bei der Bundestagswahl 1961 in Bayern mit 54,9 %, ihre geringste Resonanz fand sie dagegen in Bremen mit 27 %. Gegenüber der Bundestagswahl 1957 mußte sie ihre stärksten prozentualen Stimmenverluste in Baden-Württemberg hinnehmen (7,5 %). Dagegen konnte sie in Niedersachsen fast ihre entsprechenden Werte der Bundestagswahl 1957 halten,

wobei sie allerdings in diesem Bundesland einen Teil der hohen Stimmenverluste der Gesamtdeutschen Partei auffangen konnte.

Die Stimmenanteile der CDU/CSU in den Bundesländern bei der Bundestagswahl 1961:

Bayern	54,9 %
Saar	49,1 %
Rheinland-Pfalz	48,4 %
Nordrhein-Westfalen	47,8 %
Baden-Württemberg	45,3 %
Schleswig-Holstein	41,8 %
Niedersachsen	39,0 %
Hessen	34,9 %
Hamburg	31,9 %
Bremen	27,0 %

Der Rückgang der Stimmenanteile der CDU/CSU in den Bundesländern von 1957 bis 1961:

Land	1957–1961	1949–1961 (zum Vergleich)
Baden-Württemberg	– 7,5	5,7
Nordrhein-Westfalen	– 6,8	10,7
Schleswig-Holstein	– 6,3	11,1
Hessen	– 6,0	13,5
Saar	– 5,5	49,1
Hamburg	– 5,5	12,2
Rheinland-Pfalz	– 5,3	– 0,6
Bremen	– 3,4	10,1
Bayern	– 2,3	25,7
Niedersachsen	– 0,1	21,4

IV. Wählerzahlen und Stimmenanteile der SPD

Die SPD erreichte am 17. September ihren bisher höchsten Stimmenanteil aller Bundestagswahlen. Auch übertraf sie 1961 die entsprechenden Gesamtwerte von SPD und KPD bei den Wahlen von 1949 und 1953, allerdings erreichte sie nicht ihren durchschnittlichen Anteil der Landtagswahlen von 1957 bis 1960. Ihre absoluten Wählerzahlen liegen dagegen 1961 höher als bei jeder vorangegangenen Vergleichswahl.

Dennoch ist es fraglich, ob die SPD in nennenswertem Umfang neue Wählerschichten erschließen konnte. Bei Berücksichtigung der höheren Wahlbeteiligung zeigt eine Umrechnung, daß sie sich gegenüber den letzten Landtagswahlen vermutlich auf gleichbleibende Wählerschichten stützt.

Wahljahr	Stimmenanteile	Wählerzahlen
1949	29,2 %	6,9 Mill.
1953	28,8 %	7,9 Mill.
1957	31,3 %	9,5 Mill.
1961	36,3 %	11,4 Mill.
1957/60 (LTW)	38,5 %	10,0 Mill.

Die Stimmenanteile und Wählerzahlen von SPD und KPD insgesamt:

Wahljahr	Stimmenanteile	Wählerzahlen
1949	34,9 %	8,3 Mill.
1953	31,0 %	8,6 Mill.
1957	31,8 %	9,5 Mill.
1961	36,3 %	11,4 Mill.
1957/60 (LTW)	[Tabelle und nachfolgender Absatz unvollständig]	

V. Stimmenanteile und Wählerzahlen der FDP

Die FDP erreichte bei der diesjährigen Bundestagswahl ihren bisher höchsten Stimmenanteil aller Nachkriegswahlen (12,7 %). Auch konnte sie den bisherigen Trend ihrer Wahlentwicklung deutlich unterbrechen. Bis 1960 mußte sie im Bundesdurchschnitt von Bundestagswahl zu Bundestagswahl bzw. von Landtagswahl zu Landtagswahl beachtliche prozentuale Stimmenverluste hinnehmen. Die Stimmengewinne der FDP dürften gegenüber den vorangegangenen Wahlen zum Teil auch aus den Reihen früherer CDU/CSU-Wähler stammen. Außerdem läßt die Betrachtung der Wahlkreisergebnisse erkennen, daß die FDP außerdem einen Teil ehemaliger DP- und BHE-Wähler für sich gewinnen konnte.

Wahljahr	Stimmenanteile	Wählerzahlen
1949	11,9 %	2,8 Mill.
1953	9,5 %	2,6 Mill.
1957	7,7 %	2,3 Mill.
1961	12,7 %	4,0 Mill.
1957/60 (LTW)	7,9 %	2,9 Mill.

Nach Bundesländern erreichte die FDP auch 1961 ihren höchsten Stimmenanteil in Baden-Württemberg (16,6 %). Ihre geringste Resonanz fand sie dagegen in Bayern (8,7 %). Gegenüber 1957 erzielte sie ihre stärksten prozentualen Stimmengewinne in Bremen (plus 9,4 %). Dagegen mußte sie an der Saar beachtliche Stimmenverluste hinnehmen (– 5,3 %). Bemerkenswert für die Saar ist, daß sie nicht einmal ihre Werte der vorangegangenen Landtagswahlen erreichte, so daß für die DPS Saar seit 1955 von Wahl zu Wahl ein ständiger Rückgang des Stimmenanteils zu beobachten ist. Bemerkenswert ist außerdem, daß die FDP in den Landschaften mit liberalen Traditionswählern (Baden-Württemberg) weit geringere Stimmengewinne erreichte als in Bundesländern, die in der Vergangenheit verhältnismäßig wenig für die FDP gestimmt haben.

Die prozentualen Stimmengewinne der FDP von 1957–1961:

Bremen	9,4
Schleswig-Holstein	8,2
Niedersachsen	7,3
Hessen	6,7
Hamburg	8,3
Nordrhein-Westfalen	5,4
Bayern	4,1
Rheinland-Pfalz	3,1
Baden-Württemberg	7,2
Saar	– 5,3

VI. Stimmenanteile und Wählerzahlen der Gesamtdeutschen Partei

Die Gesamtdeutsche Partei erreichte 1961 nur rund ein Drittel des gemeinsamen Stimmenanteils von DP und BHE bei der Bundestagswahl 1957. Sie blieb in allen Bundesländern nennenswert unter dem Gesamtstimmenanteil von DP und BHE, so daß angenommen werden kann, daß die Wählerschichten beider Parteien dieser Neugründung ihre Zustimmung versagten, und daß vermutlich der GB/BHE im Alleingang einen höheren Stimmenanteil erreicht hätte als die Gesamtdeutsche Partei.

Wahljahr	Wählerzahlen	Stimmenanteile
B 1949	939.934	4,0 %
B 1953	2.513.081	9,2 %
B 1957	2.381.943	8,0 %
B 1961	371.208	2,8 %

VII. Splitterparteien

Die DFU blieb mit einem Stimmenanteil von 1,9 % weit unter der Sperrklausel. Die erste Übersicht von Wahlkreisergebnissen berechtigt zur Annahme, daß sie ihre höchsten Stimmenanteile in ehemaligen KPD-Hochburgen erreichte (Remscheid-Solingen usw.). Nach Bundesländern war sie am erfolgreichsten im Saarland (3,2 %). Ihre geringste Resonanz fand sie dagegen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein (1,3 %).

Auch die DRP blieb mit einem Stimmenanteil von 0,8 % bedeutungslose Splitterpartei. Ihre Stimmenanteile gingen seit 1949 von Wahl zu Wahl zurück. Nach Bundesländern war sie am erfolgreichsten in Rheinland-Pfalz. Allerdings verlor sie in Rheinland-Pfalz fast die Hälfte ihrer Wähler der Landtagswahl 1959, bei der ihr bekanntlich der Gewinn eines Landtagsmandates möglich war. Ihre geringste Resonanz fand die DRP in Nordrhein-Westfalen (0,5 %).

Die Sitzverteilung in den Wahlkreisen:

Die Zahl der Wahlkreismandate der CDU ging bei der diesjährigen Bundestagswahl gegenüber 1957 von 194 auf 156 zurück. Bemerkenswert ist, daß die CDU bei einem gleichen Gesamtstimmenanteil auch gegenüber 1953 16 Wahlkreismandate verlor. Dagegen stieg die Zahl der Wahlkreismandate der SPD im Zeitraum von 1957 bis 1961 von 46 auf 91. Die FDP verlor ihren einzigen Wahlkreissitz, den sie 1957 in Saarbrücken-Stadt erobern konnte.

VIII. Die Mandatsverteilung in den Wahlkreisen

Partei	1953	1957	1961
CDU/CSU	172	194	156
SPD	46	46	91
FDP	14	1	—
DP	10	6	—
Z	1	—	—

Die genaue Betrachtung der Wahlkreisergebnisse ergibt folgendes Bild:

1. die CDU verlor an die SPD 43 Wahlkreise
2. die CDU gewann von der SPD einen Wahlkreis
3. die CDU gewann von der DP drei Wahlkreise
4. die CDU gewann von der FDP einen Wahlkreis
5. die SPD gewann von der DP drei Wahlkreise.

Die Betrachtung der Stimmenanteile in den Wahlkreisen läßt erkennen, daß die Entwicklung der CDU in den einzelnen Bundestagswahlkreisen sehr unterschiedlich war. In 31 Wahlkreisen erreichte sie 1961 höhere Stimmenanteile als 1957. Bis auf den Wahlkreis 103 (Warburg) liegen diese Wahlkreise restlos in Niedersachsen und

Bayern. Diese Stimmengewinne der CDU/CSU dürften daher vor allem im Auflösungsprozeß von GB/BHE, DP und im geringen Maße der Bayernpartei begründet sein.

Für die SPD ist festzustellen, daß sie in vier Wahlkreisen 1961 nicht ihre Stimmenanteile der Bundestagswahl 1957 erreichte. Hierzu gehören die Wahlkreise Hamburg VII, Aurich, Remscheid-Solingen und Nürnberg. Hamburg VII ist der Wahlkreis von Herbert Wehner²⁵.

Die FDP blieb in allen saarländischen Wahlkreisen unter ihren Stimmenanteilen der Bundestagswahl 1957.

Die Wahlergebnisse in verschiedenen Wahlkreistypen:

Zu diesem Zeitpunkt sind genaue Aussagen über die Abhängigkeit zwischen Konfessions- und Sozialstruktur und Wahlverhalten nicht möglich. Einen ersten Überblick kann man aber aus der Wahlentscheidung in verschiedenen strukturierten Wahlkreisen gewinnen. Folgende Wahlkreistypen wurden unterschieden:

1. fast rein katholische Wahlkreise
2. fast rein evangelische Wahlkreise
3. Großstadtwahlkreise
4. überwiegend landwirtschaftlich bestimmte Wahlkreise
5. überwiegend industriell bestimmte Wahlkreise.

Besonders aufschlußreich sind die Wahlergebnisse in den 57 Großstadtwahlkreisen. Sie zeigen deutlich, daß die CDU/CSU in den Großstädten überdurchschnittliche Stimmenverluste hinnehmen mußte, und zwar von 44,7 % bei der Bundestagswahl 1957 auf 38,2 % bei der diesjährigen Bundestagswahl. Die SPD blieb dagegen in den Großstadtwahlkreisen mit einem Stimmenzuwachs von 2,9 % merklich unter ihrer Zuwachsrate im Bundesdurchschnitt. Dagegen war das Anwachsen der FDP in den Großstadtwahlkreisen überdurchschnittlich stark (plus 5,6 %).

Diese Beobachtungen des Wahlkreisverhaltens in den Großstadtwahlkreisen werden in der Tendenz bestätigt durch eine Betrachtung der fünf Wahlkreise, die besonders stark industriell bestimmt sind. Zwar liegen diese Wahlkreise ausnahmslos in Nordrhein-Westfalen. Sie lassen aber für CDU und SPD den gleichen Entwicklungstrend wie in den Großstadtwahlkreisen erkennen.

Die Betrachtung der Wahlergebnisse in den rein katholischen und evangelischen Wahlkreisen, die fast ausnahmslos von Landkreisen gebildet werden, zeigen, daß die

25 Herbert Wehner (1906–1990), 1949–1983 MdB (SPD), 1958–1973 stv. Parteivorsitzender. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 413 Anm. 170; Günther SCHOLZ: Herbert Wehner. Düsseldorf 1986; Knut TERJUNG (Hg.): Der Onkel. Herbert Wehner in Gesprächen und Interviews. Hamburg 1986. – Wehner kandidierte im Wahlkreis 21 (Hamburg VII).

CDU/CSU in den katholischen Wahlkreisen weit geringere Einbußen (0,8 %) hinnehmen mußte als im Bundesdurchschnitt. In den überwiegend evangelischen Wahlkreisen konnte sie sogar ihre Stimmenanteile von 38,6 % bei der Bundestagswahl 1957 auf 39,5 % bei der diesjährigen Bundestagswahl verbessern. Allerdings liegen diese neun evangelischen Wahlkreise ausnahmslos in Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

SPD und FDP erzielten in den evangelischen Wahlkreisen stärkere prozentuale Stimmengewinne als in den katholisch bestimmten Gebieten. Die folgenden Tabellen verdeutlichen die hier getroffenen Aussagen.

Die Ergebnisse der Bundestagswahlen 1949, 1953 und 1961 in den Großstadtwahlkreisen:

Wahljahr	Wahlbeteiligung	CDU/CSU	SPD	FDP	GDP	Sonstige
1949	75,9 %	25,2	35,9	13,6	4,0	21,3
1953	83,3 %	39,6	36,5	9,8	6,0	8,1
1957	86,1 %	44,7	40,2	8,0	5,3	1,8
1961	85,4 %	38,2	43,1	13,6	1,4	3,7

Es handelt sich um

2 Wahlkreise in Schleswig-Holstein

8 Wahlkreise in Hamburg

3 Wahlkreise in Niedersachsen

3 Wahlkreise in Bremen

25 Wahlkreise in Nordrhein-Westfalen

5 Wahlkreise in Hessen

4 Wahlkreise in Baden-Württemberg

7 Wahlkreise in Bayern

Die Ergebnisse der Bundestagswahlen 1949, 1953, 1957 und 1961 in den überwiegend industriell bestimmten Wahlkreisen:

Wahljahr	Wahlbeteiligung	CDU/CSU	SPD	FDP	GDP	Sonstige
1949	80,6 %	31,6	35,0	3,6	–	29,8
1953	86,2 %	43,1	39,5	4,3	2,3	19,3
1957	87,8 %	50,5	41,8	3,7	2,3	1,7
1961	89,3 %	44,0	45,1	7,3	0,5	3,3

Es handelt sich um 4 Wahlkreise in Nordrhein-Westfalen

Die Ergebnisse der Bundestagswahlen 1949, 1953, 1957 und 1961 in den überwiegend landwirtschaftlich bestimmten Wahlkreisen:

Wahl-jahr	Wahlbe-teiligung	CDU/CSU	SPD	FDP	GDP	Sonstige
1949	80,3 %	44,5	12,4	9,8	–	33,6
1953	87,4 %	63,8	12,0	7,3	8,5	7,8
1957	88,5 %	67,0	14,0	7,4	7,1	3,5
1961	88,4 %	69,8	15,8	8,8	3,5	1,2

Es handelt sich um

- 1 Wahlkreis in Niedersachsen
- 2 Wahlkreise in Rheinland-Pfalz
- 1 Wahlkreis in Baden-Württemberg
- 3 Wahlkreise in Bayern

Die Ergebnisse der Bundestagswahlen 1949, 1953, 1957 und 1961 in den Wahlkreisen mit über 90 % evangelischem Bevölkerungsanteil:

Wahl-jahr	Wahlbe-teiligung	CDU/CSU	SPD	FDP	GDP	Sonstige
1949	78,4 %	21,7	31,1	6,8	21,0	19,4
1953	86,9 %	25,4	27,2	5,2	25,8	6,4
1957	86,5 %	38,6	30,6	5,0	22,5	3,3
1961	88,1 %	39,5	35,2	13,2	8,3	3,8

Es handelt sich um

- 5 Wahlkreise in Schleswig-Holstein
- 4 Wahlkreise in Niedersachsen

Die Ergebnisse der Bundestagswahlen 1949, 1953, 1957 und 1961 in den Wahlkreisen mit über 90 % katholischem Bevölkerungsanteil:

Wahl-jahr	Wahlbe-teiligung	CDU/CSU	SPD	FDP	GDP	Sonstige
1949	83,2 %	45,5	18,1	5,5	–	30,9
1953	87,2 %	61,7	17,8	4,4	6,2	9,8
1957	88,5 %	68,5	19,7	3,2	5,5	3,1
1961	89,4 %	67,7	22,0	6,8	2,2	1,3

Es handelt sich um

1 Wahlkreis in Nordrhein-Westfalen

3 Wahlkreise in Rheinland-Pfalz

6 Wahlkreise in Bayern

Wir werden uns also – ich darf wiederholen – in der nächsten Vorstandssitzung mit der Analyse beschäftigen. Mein Eindruck ist der, daß ein großer Teil der Abgeordneten es hervorragend gemacht hat, daß es aber auch eine Reihe von Fällen gibt, wo wir uns überlegen müssen, welche Konsequenzen wir für 1965 ziehen sollen. Das aber ist nicht Sache des heutigen Tages, sondern das muß in Ruhe besprochen und behandelt werden.

Ich darf noch ein Aperçu wegen einer Fernsehsendung bekanntgeben. Das Oberverwaltungsgericht in Hamburg hatte uns abends 45 Minuten vor Beginn der Sendung das Urteil zugestellt. Die Sozialdemokraten standen Gewehr bei Fuß in Frankfurt. Von dort aus mußte gesendet werden. Sie haben aber einen Widerspruch nicht eingelegt, weil sie im Frankfurter Sender erfuhren, die CDU habe keinen 10-Minuten-Film, sondern einen 5-Minuten-Film. Damit konnten sie das erstrebte Urteil von Hamburg realisieren. Erst als wir sicher waren, daß die Sozialdemokraten keinen Widerspruch erhoben, haben wir zehn Minuten vor der Sendung den zweiten 5-Minuten-Film aus der Tasche von Herrn Kraske²⁶ gezogen und gesagt, hier sind die zwei 5-Minuten-Filme. Wir haben uns mittags einen Film von Hamburg kommen lassen. Wir haben es aber niemandem gesagt. Ich muß sagen, hier verdient Herr Dr. Kraske ein Lob für dieses Raffinement, mit dem er die Rechtsanwälte und die anderen Herren der SPD überlistet hat.

Am Samstag abend hat die Sozialdemokratie im Nord- und Westdeutschen Rundfunk erklären lassen, daß sie auf die Führung ihres Streites mit dem Norddeutschen Rundfunk in der Fernsehsache von Freitag abend verzichtete. Dieses Kapitel ist das interessanteste; es verdient, festgehalten zu werden, damit man sehen kann, was wir uns haben bieten lassen müssen. Der Film ist um 18 Uhr probegelaufen. Ein Dokument liegt vor, daß er völlig einwandfrei war. Diese Wahlsendung lief auf zwei Filmen, auf dem Bildfilm und dem Tonträgerfilm, nicht zusammen auf einem Streifen. Es ist ein Synchronzeichen auf beiden Filmen. Das Synchronzeichen auf dem Tonträger ist zwischen 18 Uhr und 22.15 Uhr um 22 Felder verschoben worden, verschoben, d. h. ausstrahlt worden. Der Farbstift ist aber sichtbar geblieben. Es ist mit einem anderen Farbstift um 22 Felder verschoben worden. 24 Felder sind eine Sekunde. Robert

26 Dr. Konrad Kraske (geb. 1926), 1958–1970 Bundesgeschäftsführer der CDU. Vgl. PROTO-KOLLE 2 S. 1269 Anm. 31. – Beschluß des Hamburgischen Oberverwaltungsgerichts vom 15. September 1961 (OVG Bs I 44/61 – I VG 810/61).

Lembke²⁷, der die Sache verfolgte, hat nach 2½ Minuten die Anweisung gegeben, den Film zu stoppen. Bei der CDU-Geschäftsstelle sind dann Tausende von Anrufern gewesen. Unsere Leute sind dann alle ins Funkhaus gegangen. Dort hat man an Ort und Stelle zugeben müssen, daß der Film im Funkhaus verändert worden war. (*Zuruf*: Von wem?) Das sagt keiner. Man sagt, es sei ein Mann, der es hätte besser machen wollen. Aber jetzt hätte er Angst und wolle sich nicht melden. Ich habe ihnen erklärt, das nehmen wir ihnen nicht ab. (*Wuermeling*²⁸: Erstellen Sie Strafanzeige wegen Sachbeschädigung!) Ja, es laufen die Untersuchungen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Albers²⁹. Ich freue mich, daß Sie wieder da sind, Herr Albers.

Albers: Ich muß sagen, meine Damen und Herren, daß wir den Wahlkampf bei dem Ansturm aller Gruppierungen sowohl politisch als auch geistig gut bestanden haben. Wir sollten also nicht in Pessimismus machen. Wir haben diese Wahl gut bestanden. Wir müssen bedenken, daß uns ja fast die gesamte Presse – angefangen vom „Kölner Stadtanzeiger“ über die „Hannoversche Presse“ bis zur „Süddeutschen Zeitung“ und zur „Welt“ – bis zum Schluß stark bekämpft hat. Ich möchte also noch einmal feststellen, daß ich persönlich mit diesem Wahlergebnis zufrieden bin. Man konnte eigentlich bei dieser ganzen Sachlage nichts anderes erwarten.

Nun haben wir gestern in einem kleinen Kreis unserer Freunde aus dem ständigen Arbeiterkongreß³⁰ und aus den Sozialausschüssen zusammengesessen und uns eine Meinung zu bilden versucht über einige Punkte, die heute morgen auch hier angesprochen wurden. Ich darf Ihnen nun folgendes mitteilen:

Unsere eindeutige Meinung war zunächst die: Adenauer bleibt Bundeskanzler. Entschuldigen Sie, Herr Bundeskanzler, daß ich Sie so anspreche. Zweitens haben wir festgestellt, daß die kleinen Leute unsere treuesten Wähler waren. Sie haben wie immer in Treue zu uns gestanden. Aber alle die labilen Wähler aus den sogenannten

27 In der Vorlage: Lemke. – Robert Emil Lembke (1913–1989), Journalist; 1945–1948 „Deutsche Neue Zeitung“, 1949–1960 Bayerischer Rundfunk (Chefredakteur, Fernsehdirektor), 1961–1968 Deutsches Fernsehen (Programm-Koordination), 1969–1975 Geschäftsführer des Deutschen Olympia-Zentrums.

28 Dr. Franz-Josef Wuermeling (1900–1986), 1949–1969 MdB (CDU), 1953–1962 Bundesminister für Familien- und (ab 1957) Jugendfragen. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 85 Anm. 2.

29 Johannes Albers (1890–1963), 1946–1950 MdL NW (CDU), 1949–1957 MdB, ab 1958 Vorsitzender der Sozialausschüsse der CDU. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 14 Anm. 1.

30 Am 26./27. März 1960 hatte nach 43 Jahren erstmals ein Christlich-Sozialer Arbeitnehmerkongreß in Köln stattgefunden, auf dem ein „Ständiger Ausschuß der Christlich-Sozialen Arbeitnehmerkongresse“ beschlossen wurde (13. Juni 1960 konstituiert). Vertreten waren die Katholische Arbeiterbewegung, die Evangelische Arbeiterbewegung, die Deutsche Kolpingfamilie, die Evangelische Arbeiterjugend, die Christliche Arbeiterjugend, die Evangelischen Gesellenvereine, die Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft und seit dem 24. Oktober 1960 das Süddeutsche Werkvolk, die Christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands, die Christlich-Soziale Arbeitnehmerschaft Bayern und der Jung-KKV (ACDP IV-013-032/1). Dieser Ausschuß mit mehreren Unterausschüssen tagte in gewissen Abständen; eine Sitzung am 18. September läßt sich nicht nachweisen.

intellektuellen Schichten und aus den Wirtschaftsschichten, die immer nur an Steuer-senkungen usw. denken und ihre Tasche noch voller machen möchten, die haben uns verlassen. Es wird also vor allen Dingen unsere Aufgabe sein – und das fällt mir jetzt leicht zu sagen –, daß wir auch in Zukunft an diese kleinen Schichten in der neuen Koalition denken müssen. Sie dürfen nicht zum Ausbeuteobjekt der FDP werden.

Herr Bundeskanzler! Ich muß nun mit Ihnen ein offenes Wort reden! Sie müssen das wieder tun, wie Sie es 1949 mit dieser Koalition der FDP angefangen haben. Wir haben unseren Grundsatz ja nie verloren. Wir haben auch jetzt dafür zu sorgen, daß unsere Grundsätze hochgehalten werden, wenn wir in eine Koalition mit der FDP eintreten. Es bestanden bei uns einige Bedenken, aber die haben wir dann wieder aufgegeben. Die neue Politik muß nach wie vor stark sozial orientiert sein. Wir müssen daran denken, daß wir bei den schwierigen Zeiten, die kommen werden, auch unserem arbeitsamen guten Volk sein Recht geben. Das wollte ich Ihnen klar und deutlich sagen, Herr Bundeskanzler. Denn Sie haben unser Vertrauen! Und der neue Bundeskanzler heißt Dr. Konrad Adenauer!

Adenauer: Das Wort hat Herr Amrehn³¹.

Amrehn: Mein Eindruck war der, daß die CDU am Sonntag wirklich einen Erfolg errungen hat und daß wir keinen Anlaß haben, diesen Erfolg zu verkleinern. Der Herr Bundeskanzler hat schon einen Vorzug der Entscheidung hervorgehoben. Er sagte, die Schwierigkeiten und Belastungen, die auf uns zukommen, und die zu erwartenden Enttäuschungen lassen es richtig erscheinen, die Verantwortung dafür nicht nur auf die Schultern einer Partei zu legen. Man muß auch noch einen zweiten Gesichtspunkt hervorheben, der m.E. darin besteht, daß wir künftig stärker als bisher um die politischen Entscheidungen auch miteinander in diesem Bundesvorstand in freier Aussprache ringen müssen, weil wir uns eine Meinung zur Diskussion mit den Koalitionspartnern zu bilden haben.

Die SPD hat eine ganz offenkundige Niederlage erlitten. Wer weiß, welche Hoffnungen sie sich gemacht hat, wie stark ihre Erwartungen waren, wie sie noch vor relativ kurzer Zeit mit sehr großen Möglichkeiten gerechnet hat, der kann erst richtig ermessen, wie tief die niederschmetternde Stimmung in der SPD ist. Sie ist ganz tief enttäuscht, obwohl sie sagen kann, sie habe einige Prozente dazugewonnen. Das sind die Prozente, die an anderer Stelle bei kleineren Parteien verlorengegangen sind. Davon haben sie auch etwas bekommen. Und sie haben nicht eigentlich durch Kursänderung oder durch die Person der Wahlkampflokomotive hinzugewonnen, jedenfalls nicht wesentlich.

Ich bin der Meinung, daß auch die Niederlage der SPD nicht verkleinert werden sollte. Wir haben gerade in unserem Vorstand in Berlin gestern dieser Meinung

31 Franz Amrehn (1912–1981), Rechtsanwalt und Notar; 1945 CDU, 1950–1969 MdA (1963–1969 Vorsitzender der CDU-Fraktion), 1955–1963 Bürgermeister von Berlin, 1961–1969 Landesvorsitzender der CDU Berlin, 1961–1973 Mitglied des CDU-Bundesvorstands, 1966–1967 Mitglied des Präsidiums. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 327 Anm. 105.

Ausdruck gegeben. Wir können es vielleicht am ehesten, weil wir in der Situation Berlins in einer Koalition mit der SPD sind. Wir sollten ihr nachträglich nicht die Möglichkeit geben, eine Wahlkampfniederlage durch Mitbeteiligung an irgendwelchen Koalitionen noch zu einem Erfolg umzuwandeln. (*Beifall.*) Die SPD ist ja bereit, diesen Weg zu gehen, um für die Partei diese Wahlkampfsentscheidung gewissermaßen nachträglich noch abzuändern. Ich sage es aus der Einsicht, daß der Wahlkampf der SPD, von der wir früher etwas anderes gewohnt waren, ohne politische Physiognomie geführt worden ist. Wenn sie ihre alten Grundauffassungen stärker vertreten hätte, dann hätte sie nach dem 13. August³² eher eine Alternative geboten, als es die FDP für die CDU nun geworden ist. Aus dieser Entwicklung der SPD zur Gestaltlosigkeit in der Politik muß man die Erkenntnis ziehen, daß im Moment die Koalition mit der SPD weniger wünschenswert ist als die mit der FDP, obwohl ich dazu auch sagen muß, daß unsere Erfahrungen insbesondere mit der Berliner FDP gegen jede neue Koalition mit dieser Partei sprechen.

Aber hier hat das Wahlergebnis neue Situationen geschaffen. In Berlin werden wir weiter daran arbeiten, die FDP, die bei uns keine 5 % das letzte Mal bekommen hat, kleinzuhalten, weil sie außerdem in Berlin eine SED-ausgerichtete FDP ist, während hier schon richtig gesagt worden ist, daß die FDP gewonnen hat, weil sie erklärte: Wir werden mit der CDU gehen!

Ich glaube nicht, daß die Wahlkampfanalyse, wie sie bisher gegeben worden ist, auch in der Erstbetrachtung dem ganz gerecht wird, was geschehen ist. Ich halte es nicht für richtig, Herr Bundeskanzler, daß Sie sagen, wir hätten uns eigentlich nach zwölfjähriger Verantwortung darauf einrichten müssen, daß auch eine gegenläufige Bewegung einmal eintritt. Natürlich ist im Prinzip dieser Satz richtig. (*Adenauer:* Das habe ich gar nicht gesagt, Herr Amrehn!) Sie haben anklingen lassen, daß die Verantwortung, die wir solange getragen haben, auch zu manchen Verärgerungen und Verstimmungen führe, die die Folge haben, daß man verliert. Das ist richtig und wiederum nicht richtig auf dem Hintergrund der Entwicklung, wie sie sich im Mai und Juni gezeigt hat, als wir sehr selbstsicher die absolute Mehrheit erwarteten. Es war uns immer sehr unwohl dabei, und wir sagten, hoffentlich passiert nichts. Aber dann ist der 13. August passiert. Hier müssen wir bei uns selbst noch einmal etwas klarstellen. Es ist über alle Länder hinweg eine einheitliche Einbuße bei uns eingetreten. Sie beruht auf zwei Tatsachen. Die eine Tatsache ist die, daß der 13. August in seiner politischen Bedeutung von uns psychologisch nicht richtig gewertet und auch nicht richtig erkannt worden ist. Ich bin der Meinung, daß eine bestimmte Verhaltensweise in der Woche nach dem 13. August manche Wahlversammlung im Bundesgebiet überflüssig gemacht hätte. Es ist manchmal die Wahlkampfführung an sich wichtiger genommen worden als das Eingehen auf die Ereignisse des 13. August.

32 Bau der „Mauer“ in Berlin.

Ich glaube, daß ein Teil der Wähler, die von uns weggegangen sind, aber auch ein Teil der Wähler, die uns wiedergewählt haben, gespürt hat, daß am 13. August die Teilung Deutschlands vervollständigt worden ist, wenn ich das einmal so sagen darf, und daß hier ein innerer Zweifel darüber entstanden ist, ob der Satz unverändert volle Gültigkeit beanspruchen kann: An der Außenpolitik wird unverändert festgehalten. – Natürlich ist an sich ein Zweifel möglich und manchmal auch nötig, aber es ist ein Zweifel bei den Wählern aufgetreten, weil wir die Mauer nicht haben verhindern können. Ich möchte davor warnen, hier zu glauben, daß nur vorübergehende Gründe eine gewisse Stimmeneinbuße erzielt haben. Es sind tiefer sitzende politische Meinungen, es ist ein politisches Unbehagen, das Veranlassung dazu gegeben hat. (*Wuermeling*: Was hätten wir denn sagen sollen?) Ich möchte jetzt nicht allzu breit werden, sondern ich sage nur meine Meinung dazu. Ich habe sie an anderer Stelle zum Ausdruck gebracht.³³ Aber ich würde es für falsch halten, wenn solche Dinge, die unter allen Menschen besprochen werden, hier nicht offen auf den Tisch gelegt und auch dem Herrn Bundeskanzler nahegebracht würden. Lassen Sie mich hinzusetzen, es wäre unserer aller Pflicht gewesen, solche Dinge rechtzeitig zu sagen. (*Wuermeling*: Das ist zwar richtig, aber dann auch die Alternative!) Die ist wiederholt gesagt worden. Ich möchte die Dinge hier nicht noch weiter vertiefen. Lassen Sie mich nur noch folgendes sagen. Nach meiner Überzeugung ist stärker als bisher die Berlin-Frage zum Schicksal für uns alle geworden, gerade in den vergangenen Wochen, und sie wird es auch in den kommenden Monaten sein.

Es ist in der letzten Vorstandssitzung durch meinen Vertreter³⁴ bereits zum Ausdruck gebracht worden, daß in Berlin selbst eine gewisse Unruhe und Unsicherheit latent vorhanden ist und daß gefragt wird: Wie sieht eigentlich die westliche Berlin-Politik aus? – Diese Frage kann bis zur Stunde nicht konkret beantwortet werden. Und wenn jemand gefragt wird, ob das westliche Berlin heute noch dasselbe ist wie am 12. August, der wird die Antwort „Nein“ geben müssen. Denn inzwischen ist, obwohl ein separater Friedensvertrag noch nicht abgeschlossen ist, das östliche Berlin auch durch die Mauer getrennt, aber im übrigen legalistisch voll eingegliedert in die Zone. Die Wahlen am Sonntag sind in Berlin durchgeführt worden ohne besondere Übernahme Gesetze. Morgen wird die Wehrpflicht in der Volkskammer beschlossen, zugleich auch für das östliche Berlin. Ost-Berlin ist der Regierungssitz der Zone geworden. Das alles ist am 13. August und danach geschehen.

33 Vgl. dazu Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Berliner CDU vom 2. September 1961, bei der Heinrich Krone „nachdrücklich über den Unmut des Landesvorstandes informiert worden sei“ (ACDP III-012-415). In einer späteren Rede führte Amrehn die Einbußen der Union auf „ihr taktisches Verhalten nach dem 13. August (zurück), das uns schwere Einbußen an Ansehen gebracht hat“ (Rede auf einer Mitarbeiterkonferenz der CDU am 8. Dezember 1961 in ACDP III-012-231).

34 Dr. Peter Lorenz (1922–1987), 1961–1965 und 1967–1969 stv. Landesvorsitzender, 1954–1976 und 1980–1987 Mda (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 1030 Anm. 49.

Das westliche Berlin hängt in einem Schwebezustand dazwischen. Ich möchte das jetzt nicht alles im einzelnen darlegen, um nicht eine politische Debatte über Berlin heraufzubeschwören. Aber ich wollte Ihnen das Problem doch noch einmal vor Augen geführt haben, das nach meiner Überzeugung in breiten Schichten der Bevölkerung den Ausschlag dafür gegeben hat, daß die Wahl so ausgegangen ist, wie sie nun im endgültigen Ergebnis aussieht. (Lücke³⁵: Glauben Sie nicht, daß Herr Brandt³⁶ als „Schutzmänn von Berlin“ die Lage Berlins ausgenutzt hat, um für die SPD Stimmen zu machen?) Das würde ich so nicht sagen. Aber ich habe ihm persönlich gesagt, daß die Lage Berlins mißbraucht worden ist. Daran ist kein Zweifel. Das ist ihm also mit aller Deutlichkeit gesagt worden. Aber ich glaube, das trifft den Kern insofern nicht, als jetzt diese Entwicklung eintritt. Übermorgen ist die Inthronisationsfeier des Bischofs Bengsch³⁷ in West-Berlin. Zum erstenmal wird die Behörde West-Berlins zu einer Inthronisationsfeier nicht eingeladen. Das ist eine Konsequenz aus der Abberufung des Kardinals Döpfner³⁸. Ich weise auch darauf hin – auch wenn gesagt wird, das spiele sich im innerkirchlichen Raum ab –, daß gewisse Entscheidungen getroffen werden, die der Bevölkerung sichtbar machen, daß wir nicht mehr dieselbe Position haben, wie wir sie am 12. August hatten.

Ich möchte abschließend sagen, daß wir sehr betroffen waren, Herr Bundeskanzler, von der Nachricht, daß Sie am Samstag oder Freitag in der Pressekonferenz gesagt hätten, es gäbe Bundesbehörden, die man aus Berlin wieder herausnehmen könne, eine Frage, über die diskutiert werden müsse.³⁹ – So ist es berichtet worden in den Zeitungen. Ich sage nur, das ist genau der Punkt, an dem abgelesen wird, welcher weiteren Weg Berlin geht. Das westliche Berlin steht und fällt mit dem engen Zusammenhang, den es mit der Bundesrepublik wirtschaftlich, finanziell und im Rechtssystem aufrechterhalten kann oder nicht. Und hier ist vom Bundeskanzler gesagt worden, über eine Form, wie sie bisher entwickelt worden ist, nämlich des inneren Zusammenhanges, läßt sich diskutieren. Wahrscheinlich muß über sehr viel

35 Paul Lücke (1914–1976), 1949–1972 MdB (CDU), 1957–1968 Bundesminister für Wohnungsbau bzw. Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung (seit 1961). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 353 Anm. 99.

36 Willy Brandt (1913–1992), 1949–1957, 1961 und seit 1969 MdB (SPD), 1957–1966 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1969–1974 Bundeskanzler. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 9 Anm. 28; Reinhard APPEL: Die Regierenden von Berlin seit 1945. Die Nachkriegsgeschichte der Stadt im Spiegel ihrer Bürgermeister. Berlin 1996.

37 Dr. Alfred Bengsch (1921–1979), seit 1959 Weihbischof von Berlin mit Wohnsitz in Berlin (Ost), am 16. August 1961 als Nachfolger Döpfners Bischof von Berlin, am 19. September im Ostsektor, am 21. September in West-Berlin inthronisiert, 1962 Erzbischof, 1967 Kardinal. Vgl. Gerhard LANGE in ZEITGESCHICHTE 7 S. 161–174.

38 Dr. Julius Döpfner (1913–1976), 1948–1957 Bischof von Würzburg, 1957–1961 von Berlin (1958 Kardinal), 1961–1976 Erzbischof von München-Freising.

39 Pressekonferenz am Freitag, 15. September 1961 (TERMINKALENDER). – Vgl. FAZ vom 16. September 1961 „Der Bundeskanzler umreißt seine künftige Außenpolitik“; dpa vom 15. September 1961 „Adenauer: Treffen mit Chruschtschow nicht ausgeschlossen“.

mehr diskutiert werden. Ich wäre dankbar, wenn insoweit eine größere Klarheit herbeigeführt würde.

Ich nehme es auf mich zu sagen, Herr Bundeskanzler, wegen der Offenheit, zu der ich mich verpflichtet fühle, zumindest für uns, daß auch Kritik am Bundeskanzler geübt worden ist wegen einer solchen Äußerung, vielleicht auch noch wegen einer anderen. Ich halte es für richtig, das zu sagen, was allenthalben diskutiert wird, damit die großen Fragen des Hintergrundes in der Berlin-Politik wenigstens angesprochen werden.

Adenauer: Ich bin nicht dafür, daß wir jetzt auf die Frage Berlin in aller Ausführlichkeit eingehen, weil wir zu sehr abgeleitet werden von dem Thema. Aber das eine möchte ich Ihnen mit aller Offenheit sagen, Herr Amrehn: Der Senat hätte sich mehr dagegen wehren sollen, als der Regierende Bürgermeister von Berlin diese Geschichte hier aufrührte als Bundeskanzlerkandidat.⁴⁰ Das wäre für Berlin unendlich viel besser gewesen. Aber da hatten sie keinen Mut dazu gehabt. (*Amrehn:* Mehr als wir getan haben, konnte gar nicht geschehen!

Adenauer: Das Wort hat Herr Dufhues.

Dufhues: Ich habe nicht die Absicht, im einzelnen auf das einzugehen, was Herr Amrehn gesagt hat, weil ja im Augenblick diese ganze Problematik Berlins nicht so ausgiebig erörtert werden kann, wie es der Bedeutung der Sache entspricht. Ich bin dankbar für die Zusage, Herr Bundeskanzler, daß wir uns bestenfalls mit einer Manöverkritik darüber befassen, welche Mängel die Organisation der CDU in diesem Wahlkampf gezeigt hat, obwohl sie sich bewährt hat.

Die erste Frage soll dabei sein, ob es auch in Zukunft zweckmäßig ist, die Spitze der Organisation der CDU/CSU von einer eigenen Wahlkampfspitze zu trennen. Es spricht viel dafür, aber auch viel dagegen. Man sollte auch bei der Ausgabe von Parolen den direkten Weg einhalten, also nicht über die Landes- und Kreisgeschäftsstellen, sondern unmittelbar die Persönlichkeiten erfassen.

Ein Beispiel dazu! Nach dem 13., 14. und 15. August lag nichts näher, als propagandistisch in allen Wahlversammlungen die Parole aufzugreifen: Der Bundeskanzler hat durch seine besondere Haltung den Frieden gerettet. – So aber mußte ein großer Teil unserer Redner auf diese klare Akzentuierung des Wahlkampfes verzichten. Ich sage das nicht der Sache wegen, sondern um anzudeuten, wo wir die Organisation überprüfen müssen.

40 Möglicherweise Anspielung auf die Rede Brandts auf einer Kundgebung am 16. August 1961 in West-Berlin, bei der er von „Versäumnissen“ der Bundesregierung sprach (DzD IV/7,1 S. 53) oder beim Deutschlandtreffen der SPD am 12. August 1961 in Nürnberg, bei der Brandt der Bundesregierung vorwarf, sie habe dem deutschen Volk „jahrelang ein falsches Bild von der Weltlage vermittelt“ (Text der Rede in: SPD (Hg.): Tatsachen – Argumente. Nr. 21, August 1961 S. 4–11). Vgl. auch Anneliese POPPINGA: „Das Wichtigste ist der Mut“. Konrad Adenauer – die letzten fünf Kanzlerjahre. Bergisch Gladbach 1994 S. 321.

Entscheidend ist eine Frage, die Sie angeschnitten haben, Herr Bundeskanzler, nämlich unser Verhältnis zu Rundfunk, Fernsehen und Presse. Ich darf ergänzend sagen, daß der Springer-Verlag in all seinen Zeitungen eine skandalöse Haltung eingenommen hat, die an Einseitigkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Der Norddeutsche Rundfunk hat in diesen Tagen einen Intendanten bekommen, der auf der äußersten Linken der SPD steht, Herrn Schröder⁴¹.

Wenn wir das Ergebnis der Wahl politisch werten, sollten wir nach der positiven Seite hin feststellen: Die FDP hat die Wahlen deshalb erfolgreich überstanden, weil sie sich von vornherein durch Herrn Mende zur Koalition mit der CDU bekannt hat. Die SPD hat ihre Situation verbessert, weil sie sich mit ihrer Propaganda den Grundlinien der Politik der CDU angepaßt hat. Politisch gesehen ist also der Erfolg der SPD und FDP weitgehend darauf zurückzuführen, daß sich beide in der Propaganda zumindest der Politik der Christlich-Demokratischen Union angepaßt haben. Wir hatten große Mühe, uns noch zu differenzieren von denen, die uns liebevoll umarmten, allerdings mit dem Ziel der tödlichen Umarmung.

Ich meine, daß wir das Ergebnis der Wahlen auch unter dem Gesichtspunkt sehen sollten, daß der 13. August so etwas wie eine Schockwirkung ausgelöst hat. Wer die ersten Ergebnisse der Meinungsumfragen vom 20. und 25. August gesehen hat⁴² und wer weiß, welche Rückschläge bei vielen labilen Wählern eingesetzt haben, dann aber feststellen konnte, daß wir von Tag zu Tag buchstäblich wieder gewonnen haben, der wird die These nicht als völlig abwegig bezeichnen, daß wir, wenn die Bundestagswahlen 14 Tage später gewesen wären, die absolute Mehrheit bekommen hätten.

Man muß also die Labilität und die Schockwirkung sehen, um die realen Werte dieser politischen Entscheidung zu erkennen, etwas, was Herr Strauß in der Wahlnacht angedeutet hat.⁴³ Ich bin Ihnen sehr dankbar dafür.

Nun eine sehr ernste Frage, Herr Bundeskanzler, nämlich das Verhältnis katholisch und evangelisch. Wir haben evangelische Bereiche von einer größeren Stabilität. Wir haben aber auch Bezirke, die ungewöhnlich labil und schwierig geworden sind. Für mich ist das Erschütterndste in Nordrhein-Westfalen das Ergebnis des Kreises Siegen, wo eine sehr betont evangelische Bevölkerung zu Hause ist, die das evangelische

41 Gerhard Karl Theodor Hans Schröder (geb. 1921), 1946 SPD, 1952–1961 Referent für Rundfunk, Film und Presse sowie Leiter der Kunstabteilung im Niedersächsischen Kultusministerium, 1961–1973 Intendant des NDR, 1974–1985 von Radio Bremen.

42 Eine telegraphische Umfrage von Allensbach am 25. August erbrachte für die CDU 35 % (gegenüber 49 % in der ersten Augushälfte), für die SPD 46 %; für Brandt als Bundeskanzler votierten 42 % (gegenüber 29 % vor dem Bau der Mauer), für Adenauer 34 % (gegenüber 42 %). Vgl. Allensbach: Die Stimmung im Bundesgebiet. August 1961 (ACDP I-070-021/1).

43 Strauß hatte erklärt, die CSU habe sich für Erhard als Nachfolger Adenauers und für eine Koalition mit der FDP ausgesprochen; nichts sei notwendiger als die Kontinuität der bisherigen Politik. Vgl. „Deutsche Zeitung“ vom 18. September 1961 „Erste Kommentare der Politiker“.

Christentum sehr ernst nimmt. Ich denke auch an Rückschläge, die wir in Wuppertal gehabt haben, ferner im ostwestfälischen Bezirk. Hier sind aber die Rückschläge wesentlich geringer. Wir werden die Entwicklung im evangelischen Bereich – das sage ich unseren evangelischen Freunden – in der nächsten Zeit aufmerksam beobachten müssen. Wir werden den Ursachen nachgehen müssen, die hier zugrunde liegen, und zwar in Wuppertal, Ostwestfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

Die FDP hat Erfolge in bäuerlichen Kreisen und beim Mittelstand erzielt. Daraus ergeben sich klare Forderungen für die Arbeit und die Propaganda der CDU auf diesem Gebiet. Ich glaube, daß hier Schwächesituationen zu erkennen sind innerhalb der Wählerschicht und der CDU, denen wir sehr sorgfältig nachgehen sollten. Aus dem Ergebnis der Wahl in Nordrhein-Westfalen darf ich feststellen, daß wir uns am stabilsten erwiesen haben und zum Teil absolut hinzugewonnen haben in den Wahlkreisen Köln-Land, Kleve-Geldern, Borken-Ahaus-Bocholt, im ganzen Münsterland, im Paderborner Land und im Sauerland. Hier liegen die stabilen CDU-Kreise. Die Bevölkerung ist überwiegend mittelständisch und bäuerlich orientiert. Hier haben wir auch weltanschauliche und soziologische Bastionen der Christlich-Demokratischen Union. Das sollte man bei allen politischen Entscheidungen berücksichtigen, um diese stärkste Gruppe der CDU nicht zu enttäuschen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Krone.

Krone: Fassen Sie es nicht als Unterbrechung der Diskussion über die Wahlanalyse auf, wenn ich ein Wort zu Berlin sage. Ich will nichts zu dem sagen, was hinter uns liegt. Ich bin jetzt wieder mehrere Tage dort gewesen. Wenn man in Berlin ist, dann ist man tief beeindruckt von dem, was man dort an Ort und Stelle sehen kann. Genauso ist es auch dem Herrn Bundeskanzler gegangen, als er dort war.

Ich will nicht sentimental sein, aber wir im westdeutschen Raum sind tief beeindruckt von dem, was in Berlin vor sich geht. Ich sehe mit großen Sorgen auf das, was auf uns zukommt. Und drüben die Menschen, die schauen auf uns. Es kommt nun darauf an, daß wir jetzt das richtige Wort für sie finden. Ich bin kein Nationalist, aber wir müssen für die 17 Millionen das richtige Wort finden. Das schlägt bis in das hinein, was wir in der nächsten Regierungserklärung zu sagen und was die Fraktionssprecher zu erklären haben.

Ich habe das Empfinden, wenn wir von der CDU nicht das richtige Wort finden, daß dann Dinge auf uns zukommen können wie 1918/19 mit der Dolchstoßlegende des Versailler Vertrages⁴⁴. Es geht darum, daß wir künftig die richtige Einstellung bekommen. Wir haben sie, aber wir müssen sie auch zum Ausdruck bringen. Das wird ein erlösendes Wort für die Berliner sein. Ich bin nicht sentimental gewesen und will es auch nicht sein. Aber es kommt darauf an, daß wir als stärkste Partei

44 Falscher Zusammenhang. – Die Legende vom „Dolchstoß in den Rücken der kämpfenden Heere durch die linksbürgerlichen und sozialistischen Parteien“ wurde nach der Niederlage 1918 vom deutschen Nationalismus als Kampfmittel benutzt. – Versailler Vertrag zwischen den alliierten und assoziierten Mächten und Deutschland vom 28. Juni 1919.

dieses Wort finden und den Menschen drüben die Hilfe geben, daß sie hoffen können. Ich würde auch Herrn Amrehn keinen Vorwurf machen, aber wenn Sie sagen, die Verbindung von Bonn nach Berlin ist zu schlecht – diese Kritik geht auch an meine Person –, dann muß ich Sie bitten, daß Sie von unserer Seite aus die Gespräche noch mehr und intensiver nach draußen zum Ausdruck bringen, d. h. daß wir diejenigen sind, die Berlin zu helfen bereit sind und nicht nur die anderen.

Adenauer: Ich muß auch ein Wort zu Berlin sagen. Wenn ich das Datum richtig behalten habe, dann ist Herr Brandt vom 20. Januar 1960 bis jetzt nicht in einer Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses des Bundesrates gewesen. Bitte sagen Sie das ihm weiter! Das Wort hat Herr Blumenfeld⁴⁵.

Blumenfeld: Ich möchte nicht anschließen an das, was Herr Krone gesagt hat, obwohl ich jedes Wort unterstreiche. Ich möchte meinen, daß die Öffentlichkeit und unsere Landesverbände von dieser Sitzung des Bundesvorstandes eine unmittelbare und sehr klärende Aussage hinsichtlich der direkt vor uns liegenden Koalitionsverhandlungen und auch zu dem Verhältnis zur FDP erwarten.

Lassen Sie mich deswegen die Bitte aussprechen, daß wir uns jetzt ausschließlich mit diesem Thema befassen. Ich möchte dem Bundesvorstand folgende drei Punkte vorschlagen:

Angesichts der Erklärungen, die der wahrscheinliche Koalitionspartner, die Freien Demokraten, in der Wahlnacht und gestern offiziell abgegeben hat, und nach dem, was man inoffiziell gehört hat, haben die Freien Demokraten ganz bestimmte Vorstellungen über eine Koalition in personeller Hinsicht.⁴⁶ Meine Freunde! Ich empfinde es als unerträglich, wenn sich die CDU/CSU von einem Koalitionspartner in Personalfragen Vorschriften machen läßt. Wir sollten deswegen eine sorgfältig formulierte Erklärung so schnell wie möglich aus diesem Gremium herausgeben an die Öffentlichkeit des Inhalts, daß die CDU/CSU allein darüber befindet, wen sie als stärkste Fraktion dem Herrn Bundespräsidenten für die formale Prozedur im Bundestag am 17. Oktober vorzuschlagen hat, daß dies also nicht Gegenstand der Koalitionsverhandlungen mit der FDP oder einem anderen Partner sein kann.

Ich meine also eine ganz bestimmt und sehr offen formulierte Erklärung. Ich halte es für unerträglich, daß man Koalitionsverhandlungen mit den Freien Demokraten anfangen soll, wenn dabei die Gefahr besteht, daß kurz vor der Wahl im Bundestag plötzlich die FDP erklärt: Nein, unter einer Adenauer-Regierung machen wir nicht

⁴⁵ Erik Bernhard Blumenfeld (1915–1997), 1958–1968 Landesvorsitzender der CDU Hamburg, 1961–1980 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 66 Anm. 33.

⁴⁶ Mende hatte noch in der Wahlnacht darauf hingewiesen, daß vom Ausgang der Kanzlerfrage viel für die Koalitionsbereitschaft der FDP abhängt: „Professor Erhard hat unser volles Vertrauen.“ (FDP-Bundesvorstand S. 91). Vgl. auch zum Folgenden MENDE: Freiheit S. 478 f. Beschluß des FDP-Vorstands und der FDP-Bundestagsfraktion vom 19. September: „Keine Koalition unter Adenauer. Grund hierfür: Wahlerfolg der FDP und Wahlergebnis insgesamt mußte als ein Votum contra Adenauer gewertet werden.“ (zit. nach SCHWARZ: Adenauer 2 S. 679).

mit. Dann würde es zu einem Abstimmungsergebnis im Bundestag kommen, das man – so aus der Hand gesprochen – als eine Abwahl bezeichnen müßte bzw. als ein Fest für die anderen. Ich möchte also, daß wir selber unsere Entscheidung treffen und dann als Partei geschlossen in diese Dinge eintreten, wenn wir alle Konsequenzen nüchtern und klar durchdacht und überlegt haben. Ich meine, der Kanzler wird auf vier Jahre gewählt. (*Widerspruch und Bewegung.* – *Zurufe:* Nein! – Auf bestimmte Zeit! – Bis zum neuen Kanzler! – Bis zum Sturz! – *Heiterkeit, anhaltende Unruhe.*) Jegliche Voraussage oder Vereinbarung darüber, wer vorgeschlagen wird, wird am nächsten Tage in der Presse stehen, insbesondere wenn es auf Zeit geht. Damit wird dokumentiert, daß es auf Zeit geht. (*Anhaltende Unruhe.* – *Zurufe:* Was heißt das?) Nun, ich spreche es deutlich aus und interpretiere das, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat, als er erklärte, er würde nicht mehr die vier Jahre, wenn er gewählt wird, das Amt auf seinen Schultern tragen. Wir sollten also nicht einfach darüber hinweggehen.

Diese Frage kann nicht in einem so großem Gremium, wohl aber in einem kleineren Kreis behandelt werden, und darauf lege ich Wert, daß das einmal offen ausgesprochen wird in diesem höchsten Gremium unserer Partei. Deshalb muß das auch durchberaten, durchbehandelt und durchgeprüft werden.

Ich möchte weiter vorschlagen, daß dieses Gremium heute eine Verhandlungskommission für die Koalitionsverhandlungen bestimmt. (*Wuermeling:* Die Fraktion!) Nein! Ich lege Wert darauf, daß die Partei eine Verhandlungskommission bestellt, die die Koalitionsgespräche mit der FDP aufnimmt, nicht die Bundestagsfraktion, sondern die Partei als solche.

Das ist mein Vorschlag und mein Antrag, über den wir abzustimmen und zu entscheiden hätten.

Noch ein letztes Wort! Wir haben in den nächsten zwölf Monaten eine Reihe von Landtagswahlen. Ich lege sehr großen Wert darauf, daß bei allen Überlegungen hinsichtlich der Koalitionsverhandlungen unter einem von der CDU gestellten Kanzler ganz nüchtern geprüft wird, welche Rückschläge das auf die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein hat; von Hamburg rede ich gar nicht⁴⁷. Daraus mögen Sie meine Objektivität ersehen. (*Widerspruch und Heiterkeit.*) Jedenfalls bitte ich Sie, das mit zu beachten, wenn ich es auch nicht als den entscheidenden Punkt dabei ansehe. Selbstverständlich ist das Entscheidende die Bundesregierung und die Kontinuität unserer Politik. Lassen wir also nüchtern über diese Dinge reden. Die anderen haben mehr Stimmen und mehr Sitze als wir. Die FDP hat einen Schlüssel in der Hand. Wir sollten also zunächst über diese Dinge sprechen und die Manöverkritik nicht weiter fortsetzen.

47 Landtags- bzw. Bürgerschaftswahlen in Hamburg am 12. November 1961, in Nordrhein-Westfalen am 8. Juli 1962, in Schleswig-Holstein am 23. September 1962. – Ergebnis der Bürgerschaftswahl in Hamburg: SPD 57,4 %, CDU 29,1 %, FDP 9,6 %. Paul Nevermann (SPD) bildete eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP. FISCHER 1 S. 528–530.

Adenauer: Das Wort hat Herr Kiesinger⁴⁸.

Kiesinger: Wir haben in der Diskussion schon einen Teil Manöverkritik gehört, und in den Ausführungen von Herrn Albers und Herrn Amrehn wurden bereits gewisse programmatische Fragen angeschnitten. Sie sind natürlich wichtig, wenn wir uns entscheiden für die Koalition mit der FDP und für die Frage des Kandidaten für das Bundeskanzleramt. Aber wir sollten nun – da greife ich die Anregung von Herrn Blumenfeld auf – mit folgenden Fragen uns befassen:

Koalition: eine Frage, die unausweichlich ist. Es gibt theoretisch eine Minderheitsregierung. Es gibt nach dem Grundgesetz sogar die Möglichkeit, so zu manövrieren, daß der Bundestag aufgelöst wird und eine Neuwahl stattfinden muß. Das ist möglich! Und warum sollte man die technischen Mittel nicht einmal ins Auge fassen? Was wir politisch tun, ist eine ganz andere Frage.

Man kann Manöverkritik nur dann richtig üben, wenn man sie vollständig macht. Man kann nicht nur ein bißchen kritisieren, sondern man muß diese Kritik ganz machen oder gar nicht. (*Bewegung und Heiterkeit.*) Eine Fraktion[!] scheint sich mir nur anzubahnen oder anzubieten mit der FDP. Man kann theoretisch über die Frage einer Allparteienkoalition sprechen, ich meine aber, daß der Augenblick noch nicht gekommen ist, um dies zu tun. Wenn sich eine Koalition mit der FDP anbietet, muß man damit verbinden – wie es der Herr Bundeskanzler schlicht und einfach gesagt hat – die Frage, wer soll unser kommender Regierungschef sein, entweder für die Dauer oder für eine gewisse Übergangszeit.

Das sind die beiden Fragen, mit denen wir heute uns zu befassen haben, und zwar muß dieser Kreis darüber entscheiden. Es gibt keine Ausweichmöglichkeit. Zu der Frage, wie sich der künftige Koalitionspartner verhalten wird, können wir natürlich sagen, es sei unerträglich, wenn wir uns von ihm unser Verhalten vorschreiben ließen. Das ist immer ein nettes Wort, wenn man das ausspricht, aber selbstverständlich wissen wir auch, daß wir in einer prekären Lage sind. Es ist aber nicht so, daß wir einfach das hinzunehmen haben, was man von der anderen Seite vorschlägt. Außerdem ist die andere Seite – das kann ich Ihnen versichern – auch in sich in keiner Weise einig. Wie sie auch politisch ein Bündel mühselig zusammengefaßter Einzelvorstellungen darstellt, so ist es auch auf diesem Feld. Hier muß die CDU/CSU aus der Not eine Tugend machen, und zwar eine wirkliche Führungstugend; und die besten Köpfe in der FDP müssen aus der Chance, die sich ihnen bietet, eine Tugend machen. Es gibt solche Köpfe drüben. Man wird vor allen Dingen mit den Leuten von der FDP Fühlung aufnehmen müssen, von denen man weiß, daß sie die große Verantwortung spüren, die ihnen diese Stunde auf die Schulter gelegt hat. Dabei ist vieles offen, ganz sicher auch die Kanzlerfrage. Sie ist nicht, wie es nach einigen Äußerungen erschien, festgelegt.

⁴⁸ Dr. Kurt Georg Kiesinger (1904–1988), 1949–1958 und 1969–1980 MdB (CDU), 1951–1960 Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der CDU, 1966–1969 Bundeskanzler. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 8 Anm. 37; Hans-Otto KLEINMANN in ZEITGESCHICHTE 7 S. 245–263.

Das zweite, was wir uns heute vornehmen müssen, ist ganz offen gesagt die Frage, welche Kanzler-Lösung wollen wir haben. Das hängt nun allerdings mit gewissen programmatischen Dingen zusammen; denn der Kanzler bestimmt die Richtlinien der Politik, und es genügt nicht, einfach nur retrospektiv zu denken, sondern der Kanzlerkandidat wird uns sagen müssen, wie er bei neuen Problemen – z. B. bei Berlin – in der Zukunft zu handeln und zu entscheiden gedenkt, obwohl er nicht in der Lage sein wird, wer es auch immer sei, heute schon ein fix und fertiges Programm vorzulegen. Es kann sich auch nur um eine allgemeine Tendenz handeln.

So würde ich vorschlagen, über folgendes zu beraten: 1. Die Frage der Koalition oder technisches Ausweichen. 2. Zu der Frage von Herrn Blumenfeld darf ich sagen, natürlich wird der Kanzler für vier Jahre gewählt. Und wenn er gewählt ist, kann er nur entweder freiwillig sein Amt aufgeben oder aber durch das sogenannte konstruktive Mißtrauensvotum gezwungen werden, dieses Amt zu verlassen.

Ich würde also darum bitten, daß wir uns jetzt auf diese beiden Punkte beschränken; es sei denn, daß der Wunsch besteht, weiterhin Manöverkritik zu üben. Dann würde ich vorschlagen, nur Manöverkritik zu halten. Aber das würde stundenlang dauern. Ich persönlich würde die Behandlung der anderen Fragen zunächst vorziehen: Koalition und Bundeskanzler.

Adenauer: Das Wort hat Herr Dittmar⁴⁹.

Dittmar: Ich meine, man sollte sich, wenn man das Wort Manöverkritik gebraucht, darüber klar sein, daß es sich nicht nur um ein Manöver, sondern auch um einen sehr harten Kampf gehandelt hat. Ich habe mich daher gewundert über die Ausführungen von Herrn Blumenfeld; denn es sind im Wahlkampf einige Dinge passiert, die besser nicht geschehen wären. Warum unbedingt der Landesverband der CDU Hamburg durch Herrn Blumenfeld ein Fernschreiben am 30. August an den Herrn Bundeskanzler gerichtet hat, daß seine Äußerungen in Hagen verunglückt seien⁵⁰, das haben gewisse Kreise in der Hamburger CDU nicht verstanden. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Das war gar nicht schön! (*Zurufe:* Sehr wahr!) Mir ist am 2. September auf einer Bergarbeiter-Wahlversammlung in Kamen gesagt worden: Sie sprechen so großartig vom Bundeskanzler, aber Ihr Landesvorsitzender Blumenfeld hat gerade das und das über den Bundeskanzler gesagt! – Wir haben dadurch manche Stimmen verloren! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Gestern abend habe ich im „Hamburger Abendblatt“ folgende erste Äußerung von Herrn Blumenfeld gelesen. Ich bitte um Erlaubnis, sie vorlesen zu dürfen. Ich wundere mich nun, wie unter diesen Umständen eine erfolgreiche Koalitionsverhandlung möglich sein soll. Er schreibt: Die geringere Wahlbeteiligung

49 Dr. Rupprecht Dittmar (1914–1985), Diplom-Kaufmann; 1945 stv. Vorsitzender des CDU-Kreisverbands Weimar, 1958–1968 Vorstandsmitglied der BfA. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 549 Anm. 38.

50 Fernschreiben in ACDP VII-002-030/1. Adenauer hatte am 29. August 1961 in Hagen erklärt, daß alles, was seit dem 13. August in Berlin geschehen sei, eine beabsichtigte Hilfe Chruschtschows im Wahlkampf für die SPD sei. Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 30. August 1961 „Kanzler: Sowjets helfen Brandt“.

ist zum Teil zu Lasten der CDU gegangen. Offensichtlich hat auch eine Reihe von CDU-Wählern dieses Mal für die FDP gestimmt, um damit ihre Meinung gegen den Bundeskanzler zum Ausdruck zu bringen. Ohne Zweifel wünschen aber auch diese Wähler weiterhin eine CDU-Bundesregierung, wenn auch unter neuer Führung. (*Zurufe: Hört, hört!*) Ich frage mich, ist das wirklich notwendig, das gestern in diesem schwierigen Zeitpunkt zu sagen, und zwar angesichts der Tatsache, daß wir aus Hamburg auch prominente Äußerungen über die FDP vorliegen haben. Ich will nicht sagen, daß das, was Herr Bucerius⁵¹ in der „Zeit“ schreibt, immer lauterer CDU-Geist ist, (*Lebhafter Beifall*) aber ich möchte doch in diesem Punkt Herrn Bucerius glauben, was er am Samstag in einer halbspaltigen Anzeige in der Hamburger „Zeit“ über die FDP geschrieben hat: Dr. Adenauer ist nach meiner Meinung und sicher nach der Meinung vieler hunderttausender Wähler bestätigt worden, daß die FDP-Kandidaten – wir in Hamburg denken beispielsweise an Persönlichkeiten wie Rademacher⁵² – wahrscheinlich ebenso unsichere Kantonisten in den Fragen der deutschen Außenpolitik sind wie die der SPD. (*Zurufe: Sehr richtig!*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Krone.

Krone: Ich will den Gedanken von Herrn Kiesinger aufnehmen und sagen – unbeschadet wer zuständig ist –, 1. der Fraktionsvorstand kommt am Donnerstag zu einem Gespräch zusammen, 2. sollten wir uns hier entscheiden – das ist mein Vorschlag –, daß wir in ein Gespräch mit der FDP wegen einer Koalition eintreten. Wir sollten aber zuviel Details über das, was wir tun und was wir nicht tun wollen, hier nicht sagen und auch nicht festlegen. 3. Wir sollten uns auch entschließen zu sagen, daß der Kanzler für uns der Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer ist. Ich habe mit ihm und mit dem Kollegen Erhard⁵³ über diese Frage gesprochen. Wenn wir das nicht täten, würden wir das Wahlergebnis von uns aus umdeuten in eine Niederlage des Bundeskanzlers. Und das geht nicht. (*Zurufe: Sehr richtig!*) Das sollte unsere Meinung sein, wobei ich hinzufüge, daß die kommenden Dinge im Osten so ernst sind, daß wir ihn dann unbedingt haben sollten. Ich würde ferner nicht irgend einen Termin nennen. Man sollte weder von vier Jahren noch von sonst etwas sprechen. Wir haben das, was der Bundeskanzler selber gesagt hat, zur Kenntnis genommen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Strauß.

Strauß: Ich würde mich gern an der Manöverkritik beteiligen ... (*Albers: Stellen Sie sich mal als Verteidigungsminister! – Bewegung und Heiterkeit.*) Warum soll ich mich stellen? (*Zurufe: Die Herren hören dahinten nichts!*) Ach so! Ich habe nicht

51 Dr. Gerd Bucerius (1906–1995) Journalist, Verleger; 1949–1962 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 264 Anm. 17 und EBD. 3 S. 14 Anm. 51.

52 Willy Max Rademacher (1897–1971), 1949–1965 MdB (FDP). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 57 Anm. 17.

53 Prof. Dr. Ludwig Erhard (1897–1977), 1949–1977 MdB (CDU), 1949–1963 Wirtschaftsminister (1957–1963 Vizeminister), 1963–1966 Bundeskanzler. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 15 Anm. 7 und EBD. 3 S. 247 Anm. 17. OSTERHELD: Außenpolitik; HENTSCHEL.

recht gewußt, was Herr Albers gemeint hat, aber ich nehme auch nicht alles so ernst, was er sagt. Doch nun zur Sache!

Die Kritik müßte technisch und politisch sein, aber das würde den Rahmen dieser Unterhaltung überschreiten. Gewisse Vorgänge bei der Wahl kann man nicht ausschalten, wenn man an die politischen Entscheidungen denkt, die jetzt vor uns stehen. Die Dinge gehören zusammen. Ich möchte mich deshalb so ausdrücken, daß die überwiegende Mehrheit unserer Bevölkerung – und zwar geht das über die absolute Mehrheit hinaus, obwohl wir sie nicht errungen haben – eine Fortsetzung der bisherigen Politik wünscht. Das ist ein Eindruck, den ich aus zahlreichen Beobachtungen oder Indizien gewonnen habe. Gleichzeitig tritt ein irrationales und emotionales Moment in der Politik jetzt stärker auf, als es in den vergangenen Jahren festzustellen war.

Ich teile die Meinung, daß wir diese Entwicklung sorgfältig beobachten und unter Kontrolle halten müssen, weil wir unter Umständen, trotz des Zuges der Wähler zunächst zum Dreiparteiensystem, eines Tages mit Überraschungen werden rechnen müssen. Nach dem Ersten Weltkrieg – erlauben Sie mir nur diesen Satz, er gehört dazu – mußte die politische Rechnung bezahlt werden, bevor die materielle Besserung begann. Nach dem Zweiten Weltkrieg ist eine materielle Besserung eingetreten, die den Friedensstand weit übertroffen hat, ohne daß die politische Rechnung bezahlt worden ist. Und deshalb ist eine Bewußtseinsverschiebung bei uns eingetreten, daß die politischen Konsequenzen des Zweiten Weltkriegs längst abgeschlossen seien, weil man nicht nur den ersten Kühlschrank, sondern meist auch den zweiten Kühlschrank bekommen hat. Das wird uns in den nächsten Monaten und Jahren noch schwer zu schaffen machen.

Ich beurteile die Lage von Berlin, Herr Kollege Amrehn, leider nicht so, wie Sie es tun, leider nicht, aber nicht, weil ich es nicht wünsche, sondern weil ich meine Überzeugung nicht so vergewaltigen kann, daß ich mir Ihre Meinung voll zu eigen machen könnte. (*Amrehn*: Ich glaube, wir haben uns völlig mißverstanden!) Ich wollte nur klarstellen, daß ich vorsichtiger bin. Es ist ja auch kein Angriff. Es mag sein, daß Sie die Lage besser kennen.

Wir haben nicht nur den Zweiten Weltkrieg zu liquidieren, sondern auch den Preis zu bezahlen für die Versäumnisse, die der Westen – ich sage bewußt, nicht die Bundesrepublik, das wäre ungerecht – in den letzten 15, 12, 7 und 5 Jahren begangen hat. Ich denke z. B. an den Herbst 1956, wo die letzte Chance gewesen wäre unter einer energischen amerikanischen Politik, die Dinge in Ordnung zu bringen.⁵⁴ Ich muß es hier leider ausführen, ich habe eine ganz andere Meinung über das Ende der Genfer Konferenz⁵⁵. Das ist ein wohlabgestimmter Schwindel, den die Sowjets

54 Hinweis auf die Passivität des Westens während des Ungarn-Aufstands und seiner Niederschlagung durch die Rote Armee (Oktober/November 1956).

55 Ergebnislose 2. Genfer Außenministerkonferenz über Deutschland vom 11. Mai bis 5. August 1959 unter Beteiligung der Außenminister der Bundesrepublik und der DDR als Berater (AdG 1959 S. 7878).

seit drei Jahren getrieben haben, aber gegen gewisse Harvard-Professoren kann man nichts machen.⁵⁶

Für die Zukunft ist nach meiner Meinung eine Koalition mit der SPD ausgeschlossen; denn das würde der Wähler als Schwindel und Betrug bezeichnen. Ich halte auch nichts von einem nationalen Notstandskabinett oder von ähnlichem Unsinn. Wir sollten jetzt auch nicht das Wort „nationaler Notstand“ in den Mund nehmen, weil die Voraussetzungen dafür noch nicht vorliegen. Wir werden das Wort möglicherweise für andere Umstände noch gebrauchen, aber nicht jetzt.

Eine Minderheitsregierung empfiehlt sich nicht. Wir wären von Fall zu Fall davon abhängig, daß der letzte Abgeordnete von uns anwesend sein müßte. Und die Disziplin ist im Bereiche der Union nicht so ausgeprägt wie im Bereich der SPD. Ich schließe bewußt die CSU ein; denn ich habe gesagt: im Bereiche der Union. Ferner wissen wir nicht, wie im Jahre 1965 die Wahl ausgehen wird. Wir sollten zumindest einmal wieder jetzt auch auf längere Sicht hin eine politische Kombination ins Auge fassen, bei der wir zwar die FDP in der Öffentlichkeit nicht attraktiv machen, aber andererseits auch keine Koalition SPD/FDP heraufbeschwören dürfen.

Auch das muß ins Auge gefaßt werden, daß wir unsere Politik absichern müssen, d. h. diese Politik darf nicht nur das abgegrenzte Eigentum der CDU/CSU bleiben; denn damit würden wir diese Politik in Zukunft der Unsicherheit preisgeben, was der Wähler gar nicht will.

Die FDP wollte – meine Quelle hierüber ist zuverlässig – heute in ihrer Sitzung ihre Bereitschaft zur Koalition erklären. Das wird sie auch tun. Sie wird eine Verhandlungskommission ernennen. Zweitens wollte die FDP eine Verlautbarung herausgeben: Wir stellen hinsichtlich der Ministerien keine besonderen Forderungen. Die SPD kann uns dreimal soviel anbieten wie die CDU, auch dann werden wir nicht mit der SPD zusammengehen; aber wir wollen auch nicht unter Adenauer mitmachen.

Ich habe meine politischen Möglichkeiten, die über Nordrhein-Westfalen zum Teil laufen, ausgenutzt, um sie beschwörend davor zu warnen, eine solche Festlegung zu treffen; denn diese Festlegung würde auf unserer Seite das Gefühl der Verbitterung hervorrufen, weil damit der Seniorpartner vom Juniorpartner gewissermaßen unter Druck gesetzt wird. Ich glaube, es kommt auch nicht heute. Ich habe guten Grund zu dieser Annahme. Die FDP tagt ab 11 Uhr.

Nun sollten wir unsere Bereitschaft zu einer Kommission erklären, wobei ich bitte, die CSU in dieses Gremium mit aufzunehmen. Wir sollten aber mit der FDP über die Frage des Kanzlers und auch über seinen Nachfolger sprechen. Wir sollten diesen Koalitionspartner nicht vor den Kopf stoßen. Ich habe es im Wahlkampf immer wieder vertreten, wie meine persönliche Überzeugung ist. Ich brauche das hier nicht zu wiederholen. Ich bin der Meinung, daß es gut ist, wenn die politische und moralische Autorität des heutigen Bundeskanzlers noch dafür geradesteht, die Krise zu bewältigen, die ja nicht von uns hervorgerufen worden ist. Aber ich bin

⁵⁶ Henry Kissinger, Arthur Schlesinger u. a.

auch der Meinung, daß wir die Kontinuität unserer Politik sichern sollten, daß wir die Kontinuität unserer Politik auch sichern sollten innerhalb der Öffentlichkeit und unserer eigenen Reihen; denn auch dafür, Herr Bundeskanzler, ist Ihre politische und moralische Autorität unbedingt notwendig. (*Zurufe: Sehr richtig!*) Wir sind alle Menschen, und keiner weiß, wie es ihm morgen geht. Am gefährdetsten sind die Menschen zwischen 45 und 55 Jahren im allgemeinen und zwischen 50 und 60 in der Politik. Das ist unsere Generation. Keiner weiß, wie lange er arbeitsfähig ist. Ich sage das nicht ganz unbedingt; denn Ausnahmen gibt es immer, aber wir leben in der Gefahr, die uns vom Flugzeug und vom Auto her oder in einer sonst übelwollenden Weise droht, so daß wir in unserem Handwerk jedenfalls auf alles gefaßt sein müssen. Und für den Fall ist es unbedingt notwendig, daß die Kontinuität unserer gemeinsamen Politik auch personell gesichert wird, und zwar so, daß auch der Koalitionspartner in Zukunft dieser Politik treu bleibt, damit wir nicht das Risiko eingehen, wenn sich ein paar Prozente verschieben, unter Umständen eine andere Koalition in Kauf nehmen zu müssen. Gegen 48 % der Sitze im Bundestag kann man schwer regieren.

Die Kombination SPD/FDP – abgesehen von der klugen Festlegung Mendes – ist fast unmöglich, und zwar politisch wie moralisch. Aber wir haben es nicht in der Hand. Mir wäre es wohlher, wenn eine Tradition der Verbindung CDU/CSU-FDP geschaffen werden könnte, die unsere Politik dem Zufall des Zwanges, die absolute Mehrheit zu erreichen, nicht völlig preisgeben würde.

Ich habe schon im kleinen⁵⁷ Kreise gesagt, wir haben rund 5 % verloren. Wenn diese 4 bis 5 % zwischen 40 und 45 % liegen, ist es nicht mehr so interessant, wenn sie aber zwischen 45 und 50 % oder zwischen 46 und 51 % liegen, kann es eine gefährliche politische Angelegenheit werden.

Ich bin weiter der Meinung, daß Sie, Herr Bundeskanzler, der einzige sind als Parteiführer, der die Gruppierungen, die auch in der Union vorhanden sind und die noch sehr einer überlegenen Autorität bedürfen, zusammenhalten kann, weil es wahrscheinlich keinen Nachfolger in absehbarer Zeit gibt, der Parteiführer und Bundeskanzler gleichzeitig sein kann, d. h. also, daß die Kontinuität Ihrer Politik nur durch Ihre eigenen Entschlüsse herbeigeführt werden kann. Was ich damit meine, möchte ich im einzelnen nicht ausführen. Es trifft aber die Situation: wann – ich meine nicht ein Kalenderdatum – und durch wen?

Sie dürfen es dem deutschen Volke – ich möchte nicht pathetisch werden – und dem gemeinsamen Werk der Union nicht antun, daß nach Ihnen alles dem Zufall preisgegeben wird. (*Beifall.*) Das ist meine innige Bitte. Ich habe Ihnen heute morgen⁵⁸ versichert, daß mit dieser Bitte keinerlei Hintergedanken irgendwelcher Art, weder von der CSU her noch persönliche, verbunden sind. Ich habe mich bereit erklärt, mit Ihnen zum Notar zu gehen – Sie haben es leider abgelehnt –, um das gewissermaßen als einklagbare Forderung zu Papier zu bringen. Alle Kombinationen über

⁵⁷ In der Vorlage: „gleichen“.

⁵⁸ Strauß war vor der Vorstandssitzung um 10.30 Uhr bei Adenauer (TERMINKALENDER).

Kanzlerambitionen sollte man beiseite lassen, die ja die anderen aufgebracht haben, um uns gegeneinander auszuspielen. Aber die Bitte ist herzlich, Herr Bundeskanzler, für die Kanzlerwahl, bei der die FDP versuchen wird, zwar den Fraktionszwang nicht einzuführen, aber ihn doch mit technischen Methoden zu sichern. Es ist auch notwendig, daß Sie nicht als Minderheitskanzler gewählt werden.

Die Mehrheit, mit der wir 1953 und 1957 gewählt worden sind, steht irgendwie im Raum. Sie sollten heute nicht von der Minderheit gewählt werden. Ich fürchte ernsthaft, daß die FDP, wenn wir nicht darüber offen mit ihr reden und nicht zu einer vernünftigen Abstimmung kommen, dann ihre Unentbehrlichkeit in der Koalition dazu ausnutzen wird, um Ihre politische Autorität zu schmälern. Das sollte nicht erfolgen.

Es müssen einmal bestimmte Entscheidungen getroffen werden, so ungern jeder daran denkt und so ungern man sich darauf vorbereitet. Aber es ist unbedingt notwendig. Es darf Ihnen nicht eines Tages passieren, daß das, was unter der Adenauer-Politik in der Öffentlichkeit erreicht worden ist und was Sie gemeinsam mit uns durchgesetzt haben, der menschlichen Eitelkeit, der menschlichen Unzulänglichkeit, dem menschlichen Ehrgeiz oder den Spaltungstendenzen dieser oder jener Gruppenegegensätze zum Opfer fällt. Und das kann niemand anders sicherstellen als Sie allein! (*Starker Beifall.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Fricke⁵⁹.

Fricke: Wir haben Herrn Strauß zugestimmt. Nun möchte ich für meine Person und für meine Freunde aus Norddeutschland zurückkommen auf die Kontroverse, die wir hatten, als Herr Blumenfeld sagte: Eine Kommission des Bundesvorstandes. Dieses Beschluß-Gremium sollte Kontakte aufnehmen mit der FDP und sollte beauftragt werden, in dieser Richtung die Gespräche zu führen. Herr Heck⁶⁰ meinte nun, das sei eine Sache der Fraktion.

Wir sind ernstlich der Auffassung, hier kann sich die Partei nicht ausschalten. Ich schlage vor, folgendem Gremium den Auftrag zu erteilen, in dieser Richtung Gespräche mit der FDP zu führen: Bundeskanzler Dr. Adenauer als dem Vorsitzenden der CDU, seine vier Stellvertreter Dr. Krone, Blank⁶¹, Dr. Gerstenmaier⁶², von Hassel, dazu Bundesminister Prof. Dr. Erhard und Bundesminister Dr. Schröder⁶³.

59 Dr. Otto Fricke (1902–1972), 1951–1968 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Braunschweig. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 53 Anm. 31.

60 Dr. Bruno Heck (1917–1989), 1957–1976 MdB (CDU), 1962–1968 Bundesminister für Familie und Jugend. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 108 Anm. 8. Jürgen ARETZ in ZEITGESCHICHTE 8 S. 213–231.

61 Theodor Blank (1905–1972), 1949–1972 MdB (CDU), 1957–1965 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 266 Anm. 41.

62 D. Dr. Eugen Gerstenmaier (1906–1986), 1949–1969 MdB (CDU), 1954–1969 Bundestagspräsident. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 122 Anm. 31.

63 Dr. Gerhard Schröder (1910–1989), 1949–1980 MdB (CDU), 1953–1961 Innenminister, 1961–1966 Außenminister. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 7 Anm. 31.

Wir haben uns das überlegt. Herrn Strauß bleibt es natürlich in seiner Autonomie als dem Vorsitzenden der CSU überlassen, mit seinen Freunden zu entscheiden, wer von der CSU hinzukommen soll. Das wäre unser konkreter Vorschlag.

Adenauer: Ich kann mir vorstellen, daß die Verhandlungen mit der FDP viel Geduld verlangen. Ich darf Sie daran erinnern, daß ich nach einer Wahl einmal gesagt habe: Lieber noch eine Wahl, als eine Koalitionsregierung zu bilden. Das war wirklich, um verrückt zu werden.

Die Damen und Herren, die in die Kommission kommen, müssen sich darüber klar sein, daß Zeit dazu nötig ist. Nun würde ich bitten, folgendes zu überlegen: Einfach formell betrachtet ist natürlich die Fraktion zuständig. Das dürfen Sie nicht vergessen; denn die Fraktion bestimmt, wer dem Bundespräsidenten zur Wahl als Kanzler vorgeschlagen wird. Und der Bundeskanzler bildet dann die Regierung.

Es ist völlig richtig, was Sie gesagt haben. Die Wahl des Bundeskanzlers ist dieses Mal im Hinblick auf die ganze gefährliche und kritische außenpolitische Situation und auf die Verhandlungen mit einer aus sehr heterogenen Elementen zusammengesetzten Partei oder Fraktion wie die FDP sehr schwierig. Sie wird sicher ganz schwierig sein. Deswegen meine ich, man sollte zunächst einmal versuchen, in die Kommission Damen und Herren hineinzuwählen, die sowohl in der Fraktion – möglichst im Vorstand – wie auch im Parteivorstand sind. Aber ich würde es doch auch begrüßen, wenn einige Mitglieder des Parteivorstandes drin wären, die nicht der Fraktion angehören; denn es könnten sich Situationen ergeben, bei denen diese Herren mit einem weiteren Blick die ganze Sache ansehen als die Bundestagsmitglieder.

Ich mache Ihnen folgenden Vorschlag: Eine Kommission ist unbedingt notwendig. Machen Sie sie aber bitte nicht zu klein; denn ich sehe kommen, daß nachher der eine oder andere verhindert ist. Nehmen Sie möglichst viele Doppelmandatare, d. h. Leute, die sowohl Mitglied des Parteivorstandes als auch Mitglied des Fraktionsvorstandes sind. Nehmen Sie aber auch einige Leute hinzu, die nur Mitglied des Parteivorstandes sind, die nicht der Fraktion angehören. Denn – ich wiederhole nochmals – das bringt die ganze Geschichte mit sich: Die Zugehörigkeit zur Fraktion macht in mancher Hinsicht Sachkunde erforderlich, aber in anderer Hinsicht ist sie vielleicht auch etwas zu eng.

Ich würde vorschlagen – ganz so hingeworfen –, zehn Leute zu wählen. Soviel müssen es wahrscheinlich sein. Wir sollten jetzt eine Pause machen, um ein Frühstück einzunehmen. In der Zwischenzeit können sich dann einige Herren zusammensetzen und versuchen, Namen herauszufinden. Ist Ihnen das recht? (*Zustimmung.*)

Pause von 13.20 Uhr bis 14.00 Uhr.

Adenauer: Das Wort hat Herr Krone.

Krone: Zu den genannten Mitgliedern der Kommission werden die Kollegen

Pferdmenges⁶⁴, Albers, Dufhues und Kiesinger vorgeschlagen. (*Even*⁶⁵: Ich schlage Herrn Katzer⁶⁶ vor, weil Herr Albers morgen in Kur geht.)

Adenauer: Was sagt denn Herr Albers dazu? (*Albers*: Einverstanden!)

Von Hassel: Dr. Fricke hatte vorgeschlagen: den Vorsitzenden, seine vier Stellvertreter, außerdem Erhard und Schröder, dazu von der CSU Strauß und noch einen Herrn. Das wird vermutlich sein ... (*Höcherl*⁶⁷: Wir legen uns morgen fest.) Herr Höcherl, aber Sie legen sich ja, wie wir gerade gehört haben, morgen erst fest. Außerdem sind von Herrn Krone dazu vorgeschlagen worden die Herren Dufhues, Kiesinger, Pferdmenges und Katzer.

Adenauer: Sind die Damen und Herren damit einverstanden? (*Verschiedene Zuerufe*: Ja! – *Schmidt*⁶⁸: Nein!) Das Wort hat Herr Dr. Schmidt.

Schmidt: Ich möchte mich der Stimme enthalten, weil ich grundsätzlich die Einsetzung einer solchen Kommission nicht für richtig halte. Ich bin der Meinung, daß alle in einem künftigen Kabinett Beteiligten in einer solchen Kommission überhaupt nicht beteiligt sein sollen. (*Lebhafter Widerspruch*.) Meine Damen und Herren! Ich bin dieser Meinung. Das geht unter keinen Umständen. (*Krone*: Würden Sie auch sagen, Erhard auch nicht?) Jawohl, und zwar nach demselben Prinzip. (*Krone*: Die beiden Herren, die in Frage kommen, sollen nicht dabeisein? Das verstehe ich nun wirklich nicht. Ich habe Vertrauen zu Erhard und Bundeskanzler Dr. Adenauer.) Ich auch, aber wie mit einer solchen Kommission wirklich Verhandlungen von Unbeteiligten geführt werden sollen, das ist mir schleierhaft. (*Dufhues*: Unbeteiligte gibt es nicht. Am wenigsten in der Politik.) Das kommt auf den Fall an; das kenne ich langsam.

Dufhues: Die Erfahrungen, die wir mit der Bundestagskommission gemacht haben, sind schlecht. Mir hat jemand sogar erklärt, das werde ich niemals in meinem Leben wieder tun. Deshalb schlage ich vor, daß die entscheidenden Verhandlungen der Herr Bundeskanzler führen soll. Aber diese Kommission sollte zu seiner Verfügung stehen und die Verhandlungen mit beeinflussen. Ich halte es für richtig, daß diese Kommission gebildet wird, damit die Dinge reibungslos gemacht werden können.

Adenauer: Das Wort hat Herr von Brentano.

Von Brentano: Ich würde doch sehr an Sie appellieren, Herr Schmidt, diesen

64 Dr. Robert Pferdmenges (1880–1962), 1950–1962 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 15 Anm. 8; Christoph SILBER-BONZ: Pferdmenges und Adenauer. Der politische Einfluß des Kölner Bankiers. Bonn 1997.

65 Johannes Even (1903–1964), 1949–1964 MdB (CDU), 1955 Mitgründer und 1. Vorsitzender der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 350 Anm. 83.

66 Hans Katzer (1919–1996), 1950–1965 Hauptgeschäftsführer der Sozialausschüsse der CDU, 1957–1980 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 340 Anm. 126.

67 Hermann Höcherl (1912–1989), 1953–1976 MdB (CDU), 1961–1965 Bundesminister des Innern. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 263 Anm. 7.

68 Dr. Otto Schmidt (1902–1984), Jurist; 1957–1972 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 407 Anm. 133.

Einspruch nicht zu erheben. Ich glaube, daß wir in schwierigen Verhandlungen stehen werden und daß dann gerade auch Leute wie der Bundeskanzler und der Vizekanzler in diesen Verhandlungen zugegen sein müssen. Das erscheint mir einfach so selbstverständlich, daß ich mir gar nicht vorstellen könnte, daß uns unser Verhandlungspartner ernst nimmt, wenn wir nicht diejenigen, die an der Spitze stehen, als Verhandlungspartner herausstellen.

Ich bitte Sie, das zu überlegen. Wir haben doch vor allem die Gewißheit, daß diese Herren mit den anderen zusammen wissen, wieweit sie die CDU/CSU engagieren können. Ich habe wirklich das Gefühl, wir könnten nicht besser entscheiden. Es gibt Fälle, das gebe ich zu, wo man nicht denjenigen, der in Frage kommt, mit Verhandlungen beauftragen sollte, weil er präokkupiert ist; aber Herr Adenauer und Herr Erhard werden in jedem Fall diesem Kabinett angehören müssen. Und warum sollen wir das nicht andeuten, indem wir sie an die Spitze der Verhandlungskommission stellen. Ich habe wirklich das Anliegen, daß wir nicht in dieser Frage auseinandergehen, sondern sagen, diese Kommission wird in dieser Weise zusammentreten. Das wird auch nach außen auf unsere Verhandlungspartner so wirken, daß die Verhandlungen leichter werden, als wenn wir eine Kommission bestellen, von der die Verhandlungspartner nicht wissen, wieweit diese bevollmächtigt ist.

Adenauer: Wollen Sie einmal ein ruhiges Wort von mir hören! Wenn ich z. B. verhandeln sollte mit Herren von der FDP, würde ich niemals alleine mit denen verhandeln. Das zunächst einmal vorausgeschickt, damit nicht nachher Märchen erzählt werden über das, was hier gesprochen worden ist, was aber nicht den Tatsachen entsprechen würde.

Wenn ich mir die andere Seite besehe, so sind es mindestens drei verschiedene Gruppen. Diese drei verschiedenen Gruppen werden ganz sicher bei den Verhandlungen dabeisein. Wir sind viel größer und viel stärker. Ich meine, wir sind auch stärker differenziert, aber nicht im schlechten Sinne wie die FDP, sondern weil wir die verschiedenartigsten Berufe haben und auch viel breiter gelagert sind.

Wenn ich mir frühere Koalitionsverhandlungen vorstelle – und die jetzigen werden schwieriger sein –, dann wird man viel Geduld brauchen. Man wird aber auch vielleicht den einen oder anderen Herrn aus der Fraktion bitten teilzunehmen, an den jetzt nicht gedacht ist, weil er auf dem betreffenden Gebiet, was angeschnitten werden könnte, besser unterrichtet und orientiert ist.

Sie können also unmöglich von vornherein einfach einen Numerus clausus machen; das können Sie gar nicht. Wenn ich da Verhandlungen führen soll, für die ich nachher auch die Verantwortung übernehme, muß ich auch eine gewisse Freiheit haben. Das Ganze wird aber der Fraktion vorgetragen werden müssen. Denn das letzte Wort muß ja die Fraktion sprechen. Das ist doch ganz klar. Sie muß nachher, wenn Wechsel ausgestellt werden, diese auch einlösen. Machen Sie sich bitte nicht soviel Bedenken hier. Vertrauen Sie doch etwas auf den gesunden Menschenverstand, und seien Sie von einem völlig überzeugt: Wenn ich Verhandlungen führe, werde ich sie führen in sehr naher Übereinstimmung mit den Leitern unserer Fraktion.

*Scheufelen*⁶⁹: Ich wollte nur sagen, es sind schon mehrere Koalitionsverhandlungen geführt worden. Da haben nie Bedenken bestanden, auf der Landesebene den dafür vorgesehenen Ministerpräsidenten an diesen Verhandlungen zu beteiligen. Das muß sogar sein, denn er muß eigentlich das einlösen, was dabei besprochen wird. Deshalb bin ich der Auffassung, man sollte es so lassen, wie es vorgeschlagen worden ist.

Adenauer: Das Wort hat Herr Gerstenmaier.

Gerstenmaier: Ich bin auch der Meinung, daß die Koalitionsverhandlungen, so wie die Diskussion steht, eigentlich nur geführt werden vom Bundeskanzler in seiner Eigenschaft als Bundespartei vorsitzender. Ich kann mir nicht vorstellen, daß dieses Gremium Weiteres zu tun hat, als eine beratende Funktion auszuüben. Der Bundeskanzler wird doch nachher gewählt. Ich bin der Meinung, daß man dem Mann, der sich nachher dem Parlament zu stellen hat, auch die Chance geben muß, schon die Koalitionsverhandlungen auf seine Person hin maßgebend zu führen. Ich würde meinen, daß auch ein solches Gremium nicht etwa die Kraft eines parlamentarischen Gremiums bekommen kann, in dem Mehrheitsentscheide getroffen werden können. Das sage ich, damit wir uns darüber völlig klar sind.

Ich will mich nicht zur Sache äußern, sondern nur formell sagen: Es ist in den parlamentarischen Debatten Usus, gleichgültig ob man eine Krone hat oder nicht oder ein repräsentatives Oberhaus ... (*von Brentano*: Wir haben doch eine „Krone“. – *Heiterkeit*.) Wir haben beides. Wir haben nicht unsere Krone, sondern unseren Heinrich Krone und damit sogar noch ein „n“ mehr. Aber ich will nur sagen, daß es nach dem parlamentarischen Usus so ist – und das ist das Entscheidende –, daß zunächst die Partei das entscheidende Wort hat, nicht die Fraktion. Die Partei hat hier das erste Wort.

Nach parlamentarischem Usus wird dann der Bundespräsident die Parteivorsitzenden, und zwar – nach meiner Überzeugung – nach der Stärke der Parteien, zu sich bitten und mit ihnen sprechen. Und die werden ihm ihre Meinung sagen. Sollte etwa herauskommen, daß der Bundespräsident sagt, ich schlage den Parteichef der stärksten Partei vor, nun gut, dann muß man sich darauf einrichten, bzw. der Mann, der dann als Bundeskanzlerkandidat präsentiert wird, muß vorher die Möglichkeit gehabt haben, die Meinung seiner Regierung maßgeblich zu bestimmen. Wenn er zurücktritt, dann verschwindet sowieso automatisch das ganze Kabinett. Man kann nicht den einen oder anderen auswechseln.

Lieber Herr Schmidt! Ich habe Ihre Bedenken nicht. Ich hätte Ihre Bedenken, wenn es sich darum handelte, hier praktisch mehr als ein beratendes Gremium aufzustellen. Wenn das ein parlamentarisches Gremium wäre, in dem Entscheidungen mit Mehrheit getroffen werden können, dann hätte ich Ihre Bedenken. Das sage ich ganz offen. Da

⁶⁹ Dr. Klaus H. Scheufelen (geb. 1913), Diplom-Ingenieur, Papierfabrikant; 1958–1971 Vorsitzender der CDU Nordwürttemberg, 1964–1968 Vorsitzender des Wirtschaftsrates e.V. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 119 Anm. 26.

das aber nicht der Fall ist, sondern es sich praktisch um ein beratendes Gremium für den Mann handelt, der als Parteichef in der ersten Phase die Koalitionsverhandlungen führen muß, habe ich keine Bedenken, mit Ausnahme des einen: Ich finde es nicht als eine Verbesserung, daß Sie auf 13 hinaufgehen. Ich wäre auch einverstanden, wenn es weniger wären. Ich würde deshalb von meiner Person absehen, (*Mehrere Zurufe: Nein, Nein!*) damit nicht ein ganz Scharfsinniger kommt und sagt: Aha! Ich halte mich für völlig unbeeinträchtigt. Insofern habe ich überhaupt keine Bedenken, und ich bin der Meinung, mehr als neun sollten nicht in dieser Kommission sein.

Adenauer: Das Wort hat Herr Dr. Kopf⁷⁰.

Kopf: Man sollte klarstellen, welche Aufgabe dieses Gremium hat. Dieses Gremium könnte eine zweifache Aufgabe haben. Es könnte gedacht sein als ein beratendes Gremium, das über den Bundeskanzler zu beraten hat, der dann die Verhandlungen führen soll. Ich meine, daß ich Herrn Gerstenmaier richtig verstanden habe, wenn er geäußert hat, dieses Gremium sei ursprünglich als ein Gremium gedacht, das erste Verhandlungen führe. Wenn dieses Gremium Verhandlungen führen soll, ist es mit zwölf Mitgliedern zu groß. Das kann es nicht. Aber ich wäre gerne bereit, auf der Linie von Herrn Gerstenmaier zu sagen, die Verhandlungen sollen erst von dem Bundeskanzler geführt werden. Dieses Gremium soll den Herrn Bundeskanzler bei der Führung der Gespräche intern beraten. Wenn das nicht eine Beratung ist, dann bitte ich Sie, das Gremium kleiner zu machen.

Die Verhandlungen werden sich erstrecken auf personelle und sachliche Fragen. Die sachlichen Fragen hängen mit den personellen Fragen zusammen. Ich halte es für unmöglich, daß man eine Verhandlung mit der FDP über sachliche Fragen führt, z. B. über das Thema unserer Außenpolitik, wenn nicht die maßgebende Persönlichkeit, die die Richtlinien der Politik bestimmt, dabei ist. Das ist eigentlich doch ganz selbstverständlich. Und wenn nun der Versuch gemacht werden muß, die FDP auf unser bisheriges Programm einschwenken zu lassen, so ist das unlösbar ohne den Mann, der bisher die Richtlinien der Politik bestimmt hat.

Ich meine also, daß es sehr gut wäre, wenn sich dieses Gremium, das heute als Bundesvorstand zusammengetreten ist, darüber ausspräche, ob es damit einverstanden ist, daß der bisherige Bundeskanzler gebeten wird, sich als neuer Bundeskanzler zur Verfügung zu stellen.

Ich bin gestern in Straßburg gewesen beim Europäischen Parlament und bin von sehr vielen Kollegen der Christlichen Demokraten anderer Länder angesprochen worden: Was wird in Deutschland jetzt vor sich gehen? – Ich möchte wiederholen, daß mir von seiten verschiedener ausländischer Kollegen sehr große Bedenken über die außenpolitischen Schwierigkeiten geäußert worden sind, die dann eintreten könnten, wenn jetzt eine Änderung in der Person des Bundeskanzlers erfolgen würde. Von Italien aus ist mir gesagt worden, wir haben eine hohe Wertschätzung von anderen

70 Dr. Hermann Kopf (1901–1991), Rechtsanwalt; 1949–1969 MdB (CDU), 1960–1969 Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten.

Persönlichkeiten, die in Frage kommen könnten. Wir würden aber in einem Wechsel des jetzigen Bundeskanzlers ein Aufweichen der westlichen Politik erblicken. Wir machen Sie darauf aufmerksam und bitten Sie, dies Ihren deutschen Kollegen doch mitzuteilen.

Ich hielt es für meine Pflicht, diese Gesichtspunkte, die von den europäischen Kollegen geäußert worden sind, diesem Gremium bekanntzugeben.

Adenauer: Das Wort hat Herr Schmidt.

Schmidt: Ich bin dankbar für die Ausführungen von Herrn Kopf. Es zeigt sich, daß wir offensichtlich von ganz falschen Voraussetzungen ausgegangen sind. Es hat sich zunächst einmal darum gehandelt, eine Verhandlungskommission einzusetzen, die tatsächlich verhandelt. Wenn es sich aber um ein beratendes Gremium handelt für denjenigen, der zunächst einmal die Verhandlungen einleiten soll, dann ist die Situation völlig anders. Ich darf auf folgendes aufmerksam machen: Wir können an gewissen Dingen in diesem Vorstand nicht vorübergehen. Wir können sie auch nicht mit einer Handbewegung abtun, ohne sie bis in die Tiefe und Gründlichkeit hinein zu beraten.

Heute hat es den Anschein, wir würden über alle möglichen Probleme am Rande reden, nur nicht über die wichtigsten Dinge. Erfreulicherweise haben die Kollegen Blumenfeld und Strauß die eigentlichen neuralgischen Punkte angerührt. Im übrigen möchte ich Ihnen sagen, hier liegt ein echtes Personalproblem in den Spitzen unserer Partei vor. Wenn es sich um eine Verhandlungskommission handelt, kann ich eine solche Verhandlungsperson nicht mit diesem Antagonismus der Personalien von vornherein belasten.

Das war der Grund, warum ich für meine Person zunächst gegen diesen Vorschlag Einspruch erhoben habe. Damit will ich ihn nicht verhindern, wenn Sie glauben, daß er durchführbar ist. Ich habe meine Bedenken dagegen, und die will ich angemeldet haben. Wenn es sich um ein rein beratendes Gremium handelt für den Parteivorsitzenden, der Sondierungen anstellt und die Möglichkeiten abtastet, ob eine Regierung unter seiner Führung möglich ist, dann habe ich nichts dagegen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Süsterhenn⁷¹.

Süsterhenn: Ich möchte den Vorschlag machen, in diese Kommission, gleichgültig ob es eine Verhandlungs- oder Beratungskommission sein wird, auch den Herrn Ministerpräsidenten Altmeier⁷² hineinzunehmen, und zwar aus folgendem Grund: Er ist wohl der einzige, der ununterbrochen seit zehn Jahren mit der FDP eine Koalition führt. Die FDP von Rheinland-Pfalz war immer innerhalb der gesamten FDP ein ziemlich maßgebender Faktor, der sich nicht allzuweit von unserer gesamtpolitischen

⁷¹ Dr. Adolf Süsterhenn (1905–1974), 1947–1965 Mitglied des CDU-Landesvorstands Rheinland-Pfalz, 1961–1969 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 49 Anm. 23.

⁷² Peter Altmeier (1899–1977), 1947–1969 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 26 Anm. 34.

Linie entfernt hatte. Ich kann mir vorstellen, daß hier ein wichtiger Brückenpfeiler errichtet werden könnte.

Adenauer: Ich glaube, das ist eine sehr dankenswerte Anregung. Herr Altmeier hat persönliche Verbindungen. Ich werde aber, da die Verhandlungen sehr lange laufen werden, über Baden-Württemberg und auch über Rheinland-Pfalz Verbindungen aufnehmen müssen. Es bleibt dann immer noch möglich, daß man noch Herren hinzunimmt, wenn das wünschenswert erscheint.

Höcherl: Meine Damen und Herren! Soweit ich informiert bin, wird die FDP eine Verhandlungskommission von fünf Leuten bestimmen. Wir müssen ihr etwas Gleichwertiges gegenüberstellen. 13 Leute für eine Verhandlungskommission sind nach meiner Meinung zu viel. Wenn sie bloß einen internen Beratungskarakter haben soll, müssen wir etwas gegenüberstellen. Das kann nicht eine einzige Person sein, sondern es müssen mindestens drei dazu genommen werden. (*Zuruf:* Genauso viel!) Meinetwegen auch fünf.

Adenauer: Herr Höcherl! Sie werden gehört haben, daß Herr Krone für Donnerstag nachmittag den Vorstand der Fraktion eingeladen hat. Da werden Sie auch sein. Sie werden auch gehört haben, daß Herrn Kollege Strauß gesagt worden ist, daß sich selbstverständlich die CSU nach ihrem Gutdünken daran beteiligen soll. Ich bitte Sie wirklich, seien Sie nicht in Sorge, es würde da ganz formell alles gemacht werden. Aber so kommt man ja überhaupt nicht weiter.

Bei diesen Verhandlungen kann es leicht sein, daß man z. B. Herrn Altmeier bittet, weil er die Verbindung hat. Das gilt auch für Herrn Kiesinger selbstverständlich. Denn auch er hat sehr gute Verbindungen zu Herrn Haußmann⁷³ und anderen Herren, von denen wir wissen, daß sie vernünftig sind und die Kirche im Dorf lassen. Aber seien Sie nicht zu empfindlich. Es wird auch der Bundesvorstand im Laufe der Verhandlungen wieder einberufen, und dem wird Bericht zu erstatten sein. Ich mache mir völlig klar, daß das eventuell Verhandlungen sein werden, die sehr kritisch verlaufen und die auch scheitern können. Also, Herr Höcherl, vielleicht tragen Sie das am Donnerstag dem Herrn Krone vor, der jetzt gerade abwesend ist, was Sie eben gesagt haben.

Höcherl: Mein Standpunkt ist völlig klar. Das große Gremium von 13 Leuten kann nur eine beratende Funktion haben. Auf der anderen Seite stehen fünf Leute von der FDP, die unmittelbar verhandeln, und denen müssen wir entsprechende Leute gegenüberstellen. (*Dufhues:* Aus dieser Kommission!) Gut, einverstanden!

Adenauer: Herr Höcherl, ich höre, daß fünf Leute von der FDP bestimmt werden. Ich wußte das nicht. Aber lassen wir für heute Schluß machen mit dem Vorschlag. Wir werden wieder zusammenkommen. Es wird nichts geschehen, was verbindlich ist, ohne Wissen und ohne Zustimmung des Parteivorstandes wie auch des Vorstandes der Fraktion oder der ganzen Fraktion. (*Süsterhenn:* Ist also Herr Altmeier dabei?)

⁷³ Dr. Wolfgang Haußmann (1903–1989), 1946–1972 MdL Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (DVP/FDP), 1953–1966 Justizminister. Vgl. PROTOKOLLE I S. 588 Anm. 14.

Ja, ja. (*Zuruf*: Was sagen wir der Presse?) Es wird von der Presse gesprochen. Das bedeutet, daß wir uns dem Ende nähern. Ich habe Herrn Krone gebeten, er möchte eine Pressekonferenz abhalten. Ich weiß nicht, ob es klug ist, wenn wir jetzt etwas über unsere Besprechungen an die Presse herausgeben. Denn das wird so oder so gedeutet. Es ist viel klüger, wenn Herr Krone – er hat sich dazu bereit erklärt – eine Pressekonferenz abhält. Das Wort hat Herr von Hassel.

Von Hassel: Herr Krone lädt nur unsere Presse ein und dazu die eine oder andere Zeitung. Wir halten es für falsch, wenn wir jetzt eine große Pressekonferenz geben, weil wir unter Garantie jetzt nach allem Möglichen gefragt werden. Sie können diesen Fragen nicht ausweichen. Und wenn man, bevor man Koalitionsverhandlungen macht, in einer Pressekonferenz, bei der man nicht einigermaßen steuern kann, zuviel sagt, geht es nachher nur auf Kosten unserer eigenen Chancen. Ich bin also der Meinung, daß wir keine allgemeine Pressekonferenz abhalten, sondern daß Herr Krone lediglich die uns nahestehende Presse unterrichtet. Ansonsten wird lediglich bekanntgegeben: Wir haben darüber gesprochen, wir sind bereit, zunächst über eine Koalition zu sprechen. Die Gespräche dazu werden eingeleitet. – Mehr würde ich persönlich vor der Gesamtpresse nicht sagen.

Adenauer: Darf ich dann feststellen, daß die Herren damit einverstanden sind?

Blumenfeld: Es ist völlig ausgeschlossen, daß wir die Presse nicht über das unterrichten, was wir heute beschlossen haben. Daß Sie eine weitergehende Unterrichtung der uns nahestehenden Presse beabsichtigen, dagegen habe ich nichts einzuwenden. Aber wenn Sie die übrige Presse nicht einigermaßen unterrichten, bekommen Sie doch eine Reaktion, die ganz gegenteilig ist. (*Widerspruch*. – *Even*: Die Presse hat uns 14 Tage lang auch nicht gebraucht!) Das ist doch kein Gesichtspunkt! (*Zuruf*: Und was für einer!)

Adenauer: Wir haben über viele Sachen heute gesprochen. Es ist unmöglich, daß das sofort an die Öffentlichkeit kommen soll. (*Blumenfeld*: Es kommt auch so dorthin! – *Lebhafter Widerspruch*. – *Zuruf*: Wieso denn?)

Blumenfeld: Bisher ist es so gewesen, daß immer etwas in die Presse gekommen ist. Ich habe den Antrag gestellt, Herr Bundeskanzler, daß sehr sorgfältig formuliert etwas von dem, was wir heute beschlossen haben, herausgegeben wird.

Adenauer: Wollen Sie das nicht dem Herrn Krone überlassen, das der Presse mündlich zu sagen? (*Blumenfeld*: Das ist nur ein kleiner Teil der Presse.) Er will hinzuladen die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Die Welt“ und die dpa. Herr Krone ist ein gewiefter Parlamentarier, der weiß schon, was er sagt und was er nicht sagen soll. Aber es ist viel besser, wir überlassen das dem Herrn Krone. Ist das allgemein Ihre Meinung? (*Zustimmung*!)

Von Hassel: Es werden auch die Namen derer genannt, die in der Kommission sind.

Süsterhenn: Es müßte eine EntschlieÙung dieses Gremiums darüber erfolgen, 1. wer ist nach Meinung dieses Gremiums der berufene Kanzler, und 2. wer ist gegebenenfalls sein Nachfolger?

Darüber müßte eine klare Willensbildung erfolgen. (*Blumenfeld: Jawohl! – Teilweiser Widerspruch.*)

(*Dr. Krone erscheint wieder.*)

Adenauer: Herr Krone, Sie kommen im richtigen Augenblick wieder. Herr Süsterhenn hat eben erklärt, dieses Gremium müsse sich einen klaren Willen bilden und zeigen: Wer ist jetzt der gegebene Kanzler und wer sein Nachfolger?

Ich möchte Ihnen dazu folgendes sagen, Herr Süsterhenn. Ich habe Ihnen heute morgen schon erklärt, was meine Absicht ist. Ich habe mir über Mittag überlegt, ich werde diese meine Absicht niederlegen in einem Brief an Herrn Krone, weil er Vorsitzender der Fraktion ist. Ich möchte es schriftlich niederlegen in der Form eines Briefes, damit nicht hinterher gesagt werden kann, der Herr Krone ist vielleicht nicht mehr da usw. usw. Deswegen schriftlich. Herr Krone mag es dann in das Archiv der Fraktion tun.⁷⁴ Die Form des Briefes werde ich mir überlegen. Sie wird so sein, daß sie klar ist.

Auf der anderen Seite darf man mich nicht, wenn man mich will, zu einem Mann stempeln, dessen Zeit jetzt schon abgelaufen ist. (*Zuruf: Sehr richtig!*) Das müssen Sie bedenken. Seien Sie sich über eins klar. Wenn ich einmal, um überhaupt einen Termin zu nennen, eineinhalb Jahre oder 20 Monate oder was es auch immer sein wird, nehme, so wird nach menschlichem Ermessen dieser Zeitraum von dem Kanzler Entscheidungen verlangen, die sehr schwer zu tragen sind. Was Herr Strauß gesagt hat, war absolut richtig. Jetzt muß der verlorene Krieg bezahlt werden. Und je reicher wir geworden sind, desto mehr wird man – nicht in Geld, aber sonst wie – von uns verlangen. Darüber müssen wir uns doch absolut klar sein. Wir müssen uns ferner darüber klar sein, wie es in Europa aussieht, insbesondere in Frankreich. Das wissen Sie doch alle. Sie wissen, wie es in Italien aussieht. Was sich dort noch entwickeln wird, das weiß man noch nicht. Aber alles das fällt zurück auf die NATO. Glauben Sie z. B., daß jetzt die Sache in der Türkei ohne Rückwirkung auf die Armee dort bleibt?⁷⁵ Ich glaube das nicht.

Alles das sage ich Ihnen nur, damit Sie verstehen können – auch wenn man es noch nicht absolut sicher weiß –, wie unsere Position ist. Unsere Position ist noch immer die, daß die heutige Generation in Deutschland dieses schauerhafte Erbe angetreten hat, das in der Welt das Schreckliche hervorgebracht hat. Und das wird jetzt erledigt werden müssen, wie, das weiß ich noch nicht. Ich kann es Ihnen nicht sagen. Ich habe

74 Brief vom 8. November 1961 (ACDP I-028-008/1; vgl. „General-Anzeiger“ Bonn vom 9. November 1961): „Den Wahlkampf 1965 beabsichtige ich nicht, für meine Partei zu führen. Ich werde daher mein Amt als Bundeskanzler so rechtzeitig niederlegen, daß mein Nachfolger in diesem Amte eingearbeitet ist, dies zu tun.“

75 Nach dem Putsch und der Machtübernahme durch das Militär am 31. Mai 1960 wurden die Mitglieder des letzten Kabinetts von Adnan Menderes wegen Verfassungsbruches und anderer Verbrechen angeklagt. Das Urteil erging am 15. September 1961. Hingerichtet wurden u. a. Menderes, der frühere Außenminister Fatin Rüstü Zorlû und der frühere Finanzminister Hassan Polatkan (AdG 1961 S. 9340 f.).

aber Andeutungen gehört. Ich werde heute noch eine Mitteilung bekommen. Ich kann es Ihnen nicht mitteilen. Aber eine Andeutung, die mich geradezu erschreckt hat.

Ich habe heute ein längeres Gespräch mit dem General Clay⁷⁶ geführt. Clay ist ein starker Mann. Ich kenne ihn von früher. Wir haben über die Verhältnisse in Berlin gesprochen. Sie sind natürlich sehr ernst. Das möchte ich Ihnen hier sagen. Sie sind deswegen so ernst, weil wir keine Arbeitskräfte in Berlin haben. Das ist das größte Manko. 62.000 Menschen aus der Zone fallen fort. 6.000, die bisher von West-Berlin nach der Zone gingen, bleiben drüben. Es bleibt also ein Manko von 56.000 Arbeitern, und das wird sich zeigen in der Berliner Wirtschaft. Das wird sich auch zeigen in der Verlangsamung der Aufträge.

Noch ein Weiteres! Es gibt – ich verurteile keinen deswegen, aber ich muß es sagen – Leute, die sich möglichst schnell aus Berlin fortmachen. (*Lemmer: Das ist sehr richtig!*) Die Möbeltransporteure sind auf lange Zeit eingedeckt, (*Lemmer: Jawohl, richtig!*) und darum ist es notwendig – das habe ich heute Herrn Clay gesagt –, daß die Entscheidung über Berlin nicht ins Endlose hinausgezogen wird. Denn wenn sie ins Endlose hinausgezogen wird, dann arbeitet das für den Russen, weil dann Berlin aus sich heraus einfach blutleer werden wird. (*Lemmer: Und ausgehöhlt.*) Ich bin der Auffassung, Herr Amrehn, daß für Berlin eine Lösung gefunden wird, die es ihm ermöglicht, daß die Forderungen erfüllt werden, die Sie heute morgen angeführt haben, nämlich in Freiheit zu leben und in Verbindung mit der Bundesrepublik. Ich glaube, daß das kommen wird, aber es werden auch Enttäuschungen kommen für die deutsche Öffentlichkeit. Darauf können Sie sich todsicher verlassen. Alles das – das möchte ich Ihnen jetzt einmal sagen – nimmt der Mann auf sich, der jetzt Kanzler wird. Und das bitte ich Sie auch einmal zu berücksichtigen. (*Der Bundeskanzler spricht diese Sätze äußerst bewegt und mit großer Eindringlichkeit.*) Ich bin wirklich nicht hier, um zu bitten und zu betteln, daß ich Kanzler werde. Wenn es nach mir ginge, wäre ich morgen weg. Aber das darf ich nicht tun. Was mir am meisten am Herzen liegt, das ist unsere Partei. Wenn wir unsere Partei nicht durch die nächsten zehn Jahre gut hindurchbringen, was ist dann noch in Deutschland? Die Sozialdemokraten sind noch da, aber wohin schlitern wir? Bitte bedenken Sie bei allem, was Sie jetzt tun, daß es unsere vornehmste Aufgabe ist, dafür zu sorgen, daß unsere Partei, die doch wirklich eine gesunde und eine tragende Partei ist, durch die nächsten zehn Jahre gut hindurchkommt. (*Lebhafter Beifall und Zustimmung.*) Und nun müssen Sie auch diesen Verhandlungen mit der FDP mit etwas mehr Vertrauen entgegensetzen, natürlich nicht mit Vertrauen in die FDP. Aber Sie müssen darauf vertrauen, daß die Leute, die für uns sprechen, keine Entscheidungen treffen ohne Zustimmung der maßgebenden

76 Lucius Dubignon Clay (1897–1978), 1947–1949 Kommandeur der US-Streitkräfte in Europa und Militärgouverneur der amerikanischen Zone in Deutschland, 1961–1963 Sonderbotschafter Präsident Kennedys in Berlin. Vgl. Wolfgang KRIEGER: General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945–1949 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 10). Stuttgart 1987. – Gesprächsprotokoll in ACDP I-070-025/4.

Gremien. Ich würde das niemals tun. Ich würde mich schwer hüten, das zu tun. Ich würde es auch deswegen nicht tun, weil man bei solchen Überlegungen immer mit der Möglichkeit rechnen muß, daß man durch das dauernde Sprechen über dieselbe Sache in eine falsche Blickrichtung kommt und es einem ganz gut tut, sich auch bei Leuten zu orientieren, die über diesen Gegenstand noch nicht verhandelt haben, um zu erfahren, wie sie über diese Dinge denken.

Das ist alles so selbstverständlich; deswegen möchte ich Sie bitten, haben Sie etwas Vertrauen! Nun sagen Sie, Herr Süsterhenn, Sie wollten das heute festgelegt haben. Da sage ich Ihnen ganz offen, wenn in dieser Besprechung nicht festgelegt wird, wer Bundeskanzler wird (*Süsterhenn*: Selbstverständlich, das meine ich ja.) – ich wiederhole das, was Herr Krone gesagt hat –, dann sieht das nach draußen so aus, als wenn wir Bedenken hätten, mich dazu zu bestimmen. Damit wäre doch meine Position einfach erledigt. Darüber müssen Sie sich völlig klar sein, auch gegenüber dem Ausland.

Bedenken Sie, was alles getrieben wird. So hat z. B. unser Bundespresseamt, das wirklich dafür gestraft werden sollte, tatsächlich nach der Wahl geschrieben: „Der Ausgang der Bundestagswahl kam für Washington nicht überraschend ... Das Ergebnis war in amtlichen Kreisen Washingtons erwartet worden. Nach dem relativ hohen Stimmengewinn der FDP, nach den proklamatischen Erklärungen des FDP-Vorsitzenden Mende und nach dem Eintreten des CSU-Vorsitzenden Strauß für Professor Erhard als neuen Kanzler“ – was Herr Strauß überdies nicht getan hat. Das habe ich gehört von Herrn von Brentano, der zugehört hat, was Herr Strauß erklärte – „wird in amtlichen Kreisen Washingtons auch das Ausscheiden Dr. Adenauers aus dem Bundeskanzleramt für möglich gehalten.“⁷⁷ – Und so etwas kommt aus dem Bundespresseamt! (*Bewegung*.) Was glauben Sie wohl, wie das schädigt. Deswegen begrüße ich, daß das geklärt wird. Klären Sie, soviel wie Sie wollen. Ich möchte bitten, Herr Krone, daß Sie den Vorsitz übernehmen.

Süsterhenn: Meine verehrten Parteifreunde, verehrter Herr Bundeskanzler! Ich bin vollständig mißverstanden worden. Mir kam es gerade darauf an, daß dieser Kreis nicht auseinandergeht, ohne klar sein absolutes und hundertprozentiges Vertrauen nicht nur zur Person, sondern auch zu der durch den Bundeskanzler Dr. Adenauer repräsentierten Sache und zur Kontinuität unserer Politik abzulegen. Das war der erste Sinn meiner Anregung überhaupt, weil ich den Eindruck gewonnen hatte, wir würden auseinandergehen, ohne die Kardinalfrage klar zum Ausdruck gebracht zu haben.

Krone: Dann ist das Mißverständnis ja behoben. Der Herr Bundeskanzler weiß von mir, daß ich ihm gesagt habe, wenn heute die Frage behandelt werden müsse, wer jetzt Nachfolger werden soll, würde ich sagen: Erhard. Das weiß der Bundeskanzler. Aber lieber Kollege Erhard, kann ich denn heute festlegen, was

⁷⁷ Vgl. dpa-Meldung in „Deutsche Zeitung“ vom 18. September 1961. – Lt. Auskunft des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung liegt keine Pressemeldung zum Ausgang der Bundestagswahl 1961 vor.

die Fraktion in einem Jahr oder in 18 Monaten oder in zwei Jahren machen wird? (*Altmeier*: Aber wir können das.) Das ist nicht möglich. Ich kann nicht die Fraktion binden. Genügt es nicht, Herr Erhard, wenn ich Ihnen noch einmal sage, das weiß der Kanzler, daß ich ihm das ein paarmal gesagt habe. (*Zuruf*: Wer bestreitet das denn?) Nicht ohne Grund ist gesagt worden: Der Kanzler, Erhard und die Mannschaft. Das hat doch seine Bedeutung. Ich kann aber heute nicht sagen, in zwei Jahren wird Erhard Bundeskanzler. (*Altmeier*: Aber der Bundesvorstand, und zwar 1. Bundeskanzler Dr. Adenauer und 2. Übereinstimmung darüber, daß als Nachfolger Herr Erhard in Frage kommt.)

Adenauer: Damit tun Sie dem Kollegen Erhard den denkbar schlechtesten Dienst. Sie scheinen kein Fingerspitzengefühl zu haben. Denn dann konzentriert sich alles auf den Kopf Erhard, und zwar alles Unangenehme. Ich habe gestern mit Herrn Erhard ein langes Gespräch gehabt und ihm gesagt, daß ich erstens in spätestens zwei Jahren ausscheiden wolle – das habe ich auch gestern dem Herrn Krone erklärt –, und zweitens habe ich erklärt: Herr Erhard, ich wüßte keinen anderen wie Sie.

Genügt das denn nicht? Was soll man denn noch machen? Wo in aller Welt ist es jemals erhört[!] worden, daß man einem Mann für Fragen Brief und Siegel gibt, für die wir gar nicht zuständig sind. Machen Sie sich das doch auch einmal klar. Dafür ist die Fraktion zuständig, nicht der Bundesvorstand. Der Bundesvorstand kann der Fraktion Empfehlungen geben. (*Schmidt*: Das nehmen Sie für sich auch in Anspruch, Herr Bundeskanzler.) Der Bundesvorstand kann Empfehlungen geben.

Scheufelen: Wir können als Bundesvorstand nur unsere Meinung äußern und Empfehlungen geben. Das können wir zu der einen wie zu der anderen Sache. Infolgedessen steht jetzt nichts im Wege, daß wir das auch zur zweiten Sache tun.

Krone: Ich würde nicht sagen, in zwei Jahren. Als Fraktionsvorsitzender kann man das nicht. Aber wenn es gewünscht wird, dann würde ich sagen: Ich beneide Herrn Erhard nicht, daß er das haben möchte. Er hört von uns, wie wir zu ihm stehen, wenn es jetzt soweit wäre. Aber in zwei Jahren, darüber wissen wir jetzt noch nicht Bescheid, Herr Erhard.

Erhard: Ich habe dem Herrn Bundeskanzler gesagt, es sei nicht interessant, daß er vor der Fraktion erklärt, daß er keinen Besseren weiß, sondern er hätte es zu einem geeigneten Zeitpunkt vor der deutschen Öffentlichkeit sagen müssen. (*Vereinzelter Beifall*.)

Adenauer: Nun will ich Ihnen auch etwas sagen. Der Herr Kollege Erhard drängt mich indirekt seit Wochen, ich solle eine Erklärung abgeben, daß er mein Nachfolger würde und daß ich die Absicht hätte, nach meiner Wahl heute oder morgen oder übermorgen zurückzutreten. Ich war tatsächlich soweit. Ich war die Sache so satt, dieses dauernde Drängen, was ich geradezu verabscheue. Die Partei ist die Hauptsache, nicht die Person. Das muß ich hier nochmals sagen. Aber ich war es satt und dann bereit, das vorige Woche auf einer Pressekonferenz zu sagen. Dann ist das durch irgend jemanden herausgekommen. Dann habe ich aus der Partei viele Anrufe und Telegramme bekommen: Um Gottes willen, Sie machen uns die

ganze Wahl kaputt, wenn Sie so etwas sagen. Das dürfen Sie nicht sagen. Und dann habe ich es auch nicht gesagt. Und hier gebe ich dem Herrn Krone recht. Wenn ich Erhard oder irgend jemand wäre und man würde mir sagen, du wirst in zwei Jahren Bundeskanzler, dann würde ich erwidern: Das kann sein, aber sicher ist nichts auf dieser Welt.

Ich muß sagen, ich fühle mich so angewidert durch diese Geschichte, daß ich geradezu entsetzt bin. Auch dieser Mangel an persönlichem Vertrauen, das kann ich nun wirklich nicht ertragen.

Dufhues: Ich nehme mit Bedauern Kenntnis von der Verschärfung der Aussprache, die in den letzten Minuten eingetreten ist. Wir alle sind davon überzeugt, daß wir vor schwierigen Entscheidungen stehen und daß vor allem die Christlich-Demokratische Union einen sehr schweren Weg vor sich hat, einen Weg, den wir nicht unnötig belasten sollten.

Wir sind uns auch in diesem Kreis einig darüber, daß der Herr Bundeskanzler das nächste Kabinett bilden und die entscheidenden Verhandlungen führen soll. Die einzige Frage, die uns vielleicht trennt – ich hoffe, daß sie uns nicht trennt –, ist die, ob jetzt bereits eine Äußerung darüber abgegeben werden soll, wer, falls der Bundeskanzler Dr. Adenauer nicht mehr in der Lage oder nicht mehr bereit ist, das Amt übernehmen, wenn die Zeit gekommen ist, die er angedeutet hat und von uns akzeptiert worden ist, sein Nachfolger werden soll. Es geht also darum, ob jetzt bereits Erklärungen darüber abgegeben werden sollen, wer sein Nachfolger werden wird.

Ich verstehe es vor allem aus menschlichen Gesichtspunkten, daß der eine oder andere diesen Wunsch hat. Ich verstehe auch, daß der eine oder andere meint, daß durch eine Klarstellung dieser Frage die politische Situation entlastet wird. Und trotzdem, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr verehrter Herr Erhard insbesondere, ich würde herzlich und dringend darum bitten, daß hier niemand insistiert. Weder Herr Dr. Adenauer noch irgendein anderes Mitglied dieses Kreises hat irgendein Recht der Empfehlung. Und – verfassungsrechtlich und verfassungspolitisch gesehen – wir wissen nicht, was in den nächsten zwei Jahren geschehen wird. Festlegungen dieser Art sind in einer parlamentarischen Demokratie so ungewöhnlich (*Zuruf:* Doch, in England!) – dort hat es sich als sehr fehlerhaft herausgestellt –, daß sie bereits unter diesem Gesichtspunkt bedenklich sind. Deshalb frage ich Sie, Herr Erhard, ob Sie sich und Ihrer Person einen Gefallen tun, wenn Sie jetzt für ein Jahr oder für eineinhalb Jahre eine Stellung einnehmen, die eine Weichenstellung ist und die Sie doch weitgehend bei Entscheidungen belastet.

Die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers haben mich in dieser Hinsicht sehr weitgehend beeindruckt. Ich möchte meinen, daß wir nichts tun sollten, was die Autorität des Herrn Bundeskanzlers im nächsten Jahr oder in den nächsten zwei Jahren, wie es auch sein mag, belastet oder irgendwie tangiert. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Das kann der deutschen Sache in der Welt nichts nutzen. Herr Professor Erhard, Sie wissen, wie die Fraktion und wie dieser Vorstand zu Ihnen stehen. Das haben Sie auch bei Tausenden und Millionen von Menschen in den Wahlversammlungen erlebt. Ist

das nicht mehr als diese Erklärung, die hier abgegeben werden kann? Haben Sie doch Vertrauen zu sich selbst, zu Ihrer Sache und zu Ihrer Fähigkeit, die Dinge zu meistern! Das scheint mir wertvoller zu sein, als jetzt auf dieser Erklärung zu bestehen.

Ich bitte Sie, die Realität der Dinge zu sehen und die Rücksicht zu nehmen, die wir unserer Sache schulden, um sie freizuhalten. Ich meine also, daß es nicht nötig sein wird, hier eine Festlegung auch nur in der Form einer Empfehlung vorzunehmen, die nach der Auffassung fast aller überflüssig ist und die der Klarheit der Entscheidung schadet, die wir heute hier zu treffen haben.

Von Brentano: Ich möchte mich diesem Appell unseres Freundes Dufhues anschließen. Ich habe auch niemals, wenn ich in einer Wahlversammlung oder in einer Pressekonferenz gefragt worden bin: Was macht Ihr, wenn dem Bundeskanzler etwas zustößt?, die Antwort verweigert, sondern erklärt, die Entscheidung trifft die Fraktion, und so wie die Fraktion die Entscheidung getroffen hat, ist es Ludwig Erhard.

Aber halten Sie es wirklich für erträglich, daß wir heute – wenn man von uns wissen will, wer ist der nächste Kanzler – tatsächlich eine Empfehlung aussprechen? Können wir dann in die Verhandlungen gehen mit einem anständigen Gesicht, wenn wir schon wissen, daß die FDP angekündigt hat: „Wir koalieren nur mit einem anderen Kanzler“ und wir heute schon den Nachfolger nennen? Wenn wir nicht den Mut haben heute, ganz nüchtern zu sagen, so wie wir hier sind, die nächste Regierung wird nach dem Wunsch des Bundesvorstandes und des Vorstandes der CSU von Dr. Adenauer als Bundeskanzler gebildet, dann gibt es keine Diskussion. Wenn wir nicht den Mut haben, das zu sagen, dann sollten wir unsere Partei liquidieren. (*Bewegung.*) Denn dann haben wir unser Gesicht und unsere Anständigkeit verloren. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Es geht darum, daß daran kein Zweifel besteht, was darüber, wenn es nötig ist – morgen oder übermorgen – à la bonne heure gesagt werden soll. Wenn diese Erklärung heute und hier abgegeben wird, das halte ich nicht für gut. Wir würden uns alle schämen müssen über die Reaktion in der Öffentlichkeit über einen solchen Beschluß.

Erhard: Ich möchte etwas deutlich machen. Sie haben wohl auch das Gefühl, daß sich kaum jemand so eingesetzt hat für die Partei und für den Frieden in der Partei in diesem Wahlkampf, wie ich es getan habe. Dann aber war es auf einmal ganz offenkundig – bitte denken Sie vor allem an die Wahlplakate –, daß die SPD und teilweise auch die FDP ihren Wahlkampf damit geführt haben: Der Erhard wird nur so zum Schein herausgestellt als der mögliche und wahrscheinliche Nachfolger. Aber de facto ist er abgewertet, abquittiert worden. Und noch niemand hat das zurückgenommen! Das war der Grund, der mir immer wieder begegnet ist bei den Wahlkundgebungen und Veranstaltungen. Deshalb habe ich gesagt – und nur aus diesem Grund, weil es durchgeschlagen hat, weil man es gespürt hat jeden Tag, an dem man angetreten ist –, warum mag der Bundeskanzler nicht vom Nachfolger sprechen; und wenn er nur erklärt hätte, was er mir gestern gesagt hat: „...wenn einmal dieser Tag kommen wird, bin ich der Meinung, wird Herr Erhard das sein“, dann hätte das völlig genügt.

Adenauer: Können Sie sich nicht in meine Lage hineinversetzen? Ich bin bereit, für die nächsten zwei Jahre eine Last auf mich zu nehmen, die wirklich sehr viel von mir verlangt. Und wenn ich jetzt sage, aber in zwei Jahren gehe ich, und Herr Erhard wird mein Nachfolger sein, dann spekuliert man doch geradezu darauf, daß ich nicht mehr dieses Amt ausübe. Das müssen Sie doch verstehen. Soll ich denn in einer Wahlversammlung das sagen, was Sie eben ausgeführt haben? Soll ich sagen, wenn ich wieder zum Kanzler gewählt werde, werde ich in zwei Jahren gehen und dann kommt Erhard? In einer Wahlversammlung so etwas zu sagen, ist doch reiner und kompletter Unsinn! (*Erhard:* Man braucht ja nichts von zwei Jahren zu sagen!) Ich verstehe es nicht mehr. Das ist mir völlig schleierhaft. Das ist so unpolitisch wie nur denkbar. Es ist schon viel – das müssen Sie auch verstehen –, wenn ich jetzt sage: Ich bin bereit, das zu tun. Ich werde in spätestens zwei Jahren gehen. – Das beeinträchtigt natürlich namentlich in den letzten Monaten dieser beiden Jahre meine Aktionsfähigkeit als Kanzler. Darüber müssen Sie sich doch klar sein.

Und das Opfer bringe ich der Bevölkerung. Denn die Bevölkerung hat ein Recht darauf zu hören, wenn ein Mann von 85^{1/2} Jahren sich zum Kanzler wählen läßt, wie lange dieser Mann noch bleibt. Das kann ich verstehen. Und deshalb sage ich das auch. Aber nun müssen Sie dieses Vertrauen haben. Nachdem sich das hier abgespielt hat, verstehe ich überhaupt nichts mehr.

Von Hassel: Wir müssen zurückkommen zu dem Ausgangspunkt, den ich so formulierte: Was werden wir der Presse sagen können. Wir sollten nach außen sagen:

1. Dr. Konrad Adenauer ist vom Bundesvorstand gebeten worden, sich erneut für das Amt des Bundeskanzlers zur Verfügung zu stellen.
2. Er ist gebeten worden, Koalitionsverhandlungen mit den Freien Demokraten zu führen.
3. Als beratendes Gremium steht dem Parteivorsitzenden Dr. Adenauer folgendes Gremium zur Verfügung (wie von uns beschlossen).

Intern spielen für uns zwei Fragen eine Rolle, von denen ich glaube, daß man die eine Frage nicht nach draußen sagen soll, weil sie die Koalitionsverhandlungen erschwert. Das ist der Gedanke, der heute morgen sehr deutlich sichtbar geworden ist, daß nämlich der Bundesvorstand es ablehnt, eine Koalition mit den Sozialdemokraten einzugehen. Die Frage, ob man es nach draußen sagt ... (*Zurufe:* Lassen Sie es weg!) Gut, ich bin bereit, es so zu handhaben; das gilt auch für die Frage „Erhard“. Es ist die Auffassung des Bundesvorstandes, daß wir das auf sich beruhen lassen sollen.

Nun die letzte Frage, die für uns eine Rolle spielt, daß über die Ergebnisse der Verhandlungen den beiden zuständigen Gremien, nämlich dem Bundesvorstand und der Bundestagsfraktion, berichtet wird. Denn die Fraktion soll nachher aufgrund der Überlegungen und des Votums des Bundesvorstandes die Entscheidungen treffen, weil sie die Stimmen im Bundestag abgeben muß. (*Dufhues:* Wir sind uns also einig darüber, daß Sie nicht in das Protokoll hineinnehmen, daß wir eine Koalition mit der SPD ablehnen?) Ich bin gern bereit, das völlig zu streichen.

Fricke: Ich spreche wohl wirklich aus dem Gefühl vieler, wenn nicht aller hier, wenn ich an unsere beiden stärksten Männer in der Christlich-Demokratischen Union, an den Herrn Bundeskanzler und an Herrn Erhard, die sehr herzliche und sehr dringende Bitte richte, sich doch zu finden, daß sie alles versuchen, daß man sich findet, und die Verantwortung sieht, die gerade diese beiden Männer für uns und unsere Arbeit, die wir seit 1945 gemeinsam getan haben, doch tragen.

Sie beide, Herr Bundeskanzler und Herr Erhard, tragen die allergrößte Verantwortung für das, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat, daß nämlich unsere Partei bestehen bleiben muß, nicht um ihrer selbst willen, sondern zum Wohle unseres ganzen Volkes.

Ich könnte nicht heimfahren in der Bedrückung dieses offensichtlich immer noch ungelösten Problems, wenn ich nicht die Gewißheit mitnehmen darf, daß es gelöst wird. Wir stehen jetzt vor dieser Aufgabe, Herr Bundeskanzler. Es hat mich zutiefst aufgewühlt, daß Sie sich so erregt haben. Ich glaube, jedes Wort ist hier überflüssig. Sie wissen, wie ich zu Ihnen stehe, und Sie, Herr Erhard, Sie kennen mich seit 1948 aus enger menschlicher Verbundenheit und Zusammenarbeit.

Aber, meine Herren, wir rühren die Frage nicht an. Es ist die Kritik aus dem Jahre 1959⁷⁸, die hier noch nicht verkraftet ist. Ich will nicht richten. Es mag auch die Fraktion viel an dem Hin und Her der Dinge, aber auch am erforderlichen Kontakt und an der ständigen Fühlungnahme und Übereinstimmung, die notwendig gewesen wären, zu tragen haben. Doch wir rühren das Problem nicht an. Aber wir werden jeden Tag draußen mit der Frage konfrontiert: Wenn dem Herrn Bundeskanzler etwas zustößt, was dann? Hat er seinen Nachfolger kraft seiner Autorität in dieser Partei schon bestimmt?

So können wir also nicht hinausgehen. Ich bin überzeugt, daß die FDP sagen wird, das steht nicht zur Debatte. Noch ist der Bundeskanzler in seinem hohen Alter völlig Herr der Situation. Aber ich würde schweren Herzens heimfahren, wenn wir nicht die Gewißheit oder die Hoffnung hätten, daß es im engsten Kreise der führenden Männer unserer Partei gelänge, eine völlige Übereinstimmung herbeizuführen und ein Vertrauen wiederherzustellen, ohne das wir in der CDU nicht leben und nicht arbeiten können. Ich habe wirklich die ganz herzliche Bitte an die beiden Herren, die uns allen gleichermaßen nahestehen.

Gerstenmaier: Ich spreche nicht gern. Ich hätte mich am liebsten an diesem Gespräch nicht beteiligt. Aber es ist eine Gewissenssache, in der jeder sein Bestes beizutragen und dabei redlich zu sein hat. Ich halte es nicht für ein Glück, daß der Vorschlag von Herrn Süsterhenn aufgekommen und in die Diskussion gekommen ist. Ich halte es für einen politischen Fehler. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich bin der Meinung, daß dieser Bundesparteivorstand beschließen sollte, daß nach ernster Prüfung der Lage ihr Vorsitzender gebeten wird, die Koalitionsverhandlungen zu führen. Weiter nichts!

⁷⁸ Präsidentschaftskrise von 1959 (vgl. SCHWARZ: Adenauer 2 S. 502–525).

Ich bin der Meinung, daß man ihm einen Koalitionsausschuß oder so etwas auch noch öffentlich an die Seite gibt. Ich bin der Meinung, daß, wenn dieses Mandat klar zum Ausdruck kommt, der Parteivorstand in den Grenzen bleibt, die ihm zukommen. Denn alles andere, was darüber hinausgeht, gehört in die Kompetenz der Bundestagsfraktion. Es ist völlig undenkbar, daß sich der Bundesvorstand in eine Art substantiellen Gegensatz zur Fraktion setzen kann. Ich bin aber auch aus einem ganz einfachen politischen Grund der Meinung, daß der Bundeskanzler am besten beraten wäre, wenn wir es bei dieser lapidaren Feststellung genügen ließen.

Jeder, der die Tradition der parlamentarischen Demokratie kennt, weiß, daß ein solcher Beschluß impliziert, daß der Mann, der die Koalitionsverhandlungen führt, dies insbesondere mit dem Rückenwind des Artikels 65 des Grundgesetzes „Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik“ tun kann. Wir wissen, daß damit gesagt ist, wen wir als Bundeskanzler zu sehen wünschen. Ich warne davor, in diesem Augenblick mehr zu sagen, weil ich mir nicht sicher bin, ob die FDP überhaupt noch geschlossen zusammenhält. Ich möchte dem Herrn Bundeskanzler ersparen, daß er im ersten Wahlgang – wo er eine absolute Mehrheit braucht – die absolute Mehrheit nicht erreicht. Wir brauchen unbedingt die geschlossene FDP.

Kommt die absolute Mehrheit nicht zustande, dann ist zunächst einmal diese Sitzung des Bundestages zu Ende. Und dann kommt eine neue Sitzung, und es folgen Vorschläge aus den Fraktionen. Wir brauchen im zweiten Wahlgang wiederum eine absolute Mehrheit. Der zweite Wahlgang wird schwieriger sein, weil mindestens die SPD ihren Gegenkandidaten aufstellen wird und es auch noch nicht sicher ist, ob aus der FDP auch noch ein Gegenkandidat aufgestellt wird. Ich würde also das Risiko des zweiten Wahlganges nach Möglichkeit vermeiden. Den dritten Wahlgang sollte man dem Bundeskanzler, wenn es nicht unbedingt notwendig ist, nach Möglichkeit ersparen.

Ich sage Ihnen, prozedieren Sie so, daß Sie den Widerständen innerhalb der FDP keinerlei Nahrung geben, sondern daß die ganze Gesellschaft in den erforderlichen Rahmen gebracht wird. Wir vergeben uns dabei gar nichts!

Krone: Wenn ich Herrn Gerstenmaier richtig verstanden habe, dann will er, daß wir mit der FDP eine Koalition eingehen. Zweitens sagt er, diese Feststellung impliziere, daß derjenige, der die Verhandlungen führe, auch der von uns ausersehene Mann sei für die kommende Regierung. Wenn das damit gesagt sein soll und wenn das auch bekannt wird, dann könnte man noch überlegen, es so zu machen. Aber die größte Fraktion muß genau wissen, was los ist. Ich könnte Ihrem Vorschlag also nur dann zustimmen, wenn das Zweite darin ist, nämlich der Wille des Bundesvorstandes, den Bundeskanzler Dr. Adenauer zu wählen.

Dufhues: Wenn es in der Entscheidung impliziert wird, bestehen keine Bedenken, das zu sagen. Nun haben aber, nachdem wir uns in der Diskussion darüber einig gewesen sind, bereits zehn Mitglieder dieses Gremium verlassen. Ich garantiere Ihnen, daß das, was wir heute diskutiert haben, bereits draußen ist. Und wenn das der Fall ist, würde eine Formulierung, wie sie jetzt vorgeschlagen worden ist, zu großen

politischen Erörterungen führen, die aber in der Sache nicht begründet sind. Wir müssen mit den Abgeordneten der FDP mit einem klaren Kurs und mit Eindeutigkeit verhandeln, wenn die Verhandlungen zu einem Erfolg führen sollen.

Entscheidend ist für mich der zweite Gesichtspunkt. Es kommt darauf an, daß wir mit einer völlig intakten Autorität diese Verhandlungen führen. Ich fürchte aber, daß die Restriktionen der Formulierung, die Sie jetzt vorgeschlagen haben, bekannt werden und zu einer großen Erörterung führen. Das aber möchte ich vermeiden.

Gerstenmaier: Ich halte Ihre Interpretation nicht nur für bedauerlich, sondern auch für gefährlich. Was ich vorgeschlagen habe, ist die ganz Machtbreite, die der Bundesvorstand zu vergeben hat. Vorbehaltlich der Rechte der Bundestagsfraktion würde in diesem Beschluß nichts anderes gesagt, als daß der Mann von diesem Gremium für die Verhandlungen mit einem Pleinpouvoir beauftragt wird. Damit wird ihm auch ein Maß an Operationsmöglichkeit in der Breite und Weite bis auf weiteres gegeben.

Adenauer: Wenn nicht alles vorangegangen wäre, was vorangegangen ist, wäre ich nicht abgeneigt, das zu machen. Aber es wird heute abend schon die Welt voll sein von einem Gegensatz zwischen Herrn Erhard und mir. Darüber müssen wir uns doch klar sein. Ich unterstelle keinen bösen Willen dabei. Es würde allerdings eine Minderung meiner Autorität bei den Verhandlungen sein, wenn das verschwiegen würde.

Sie können folgendermaßen sagen: Der Bundesvorstand empfiehlt der Bundestagsfraktion, den Bundeskanzler Dr. Adenauer zum Bundeskanzler vorzuschlagen und ihn zu Verhandlungen mit der FDP zu beauftragen. (*Gerstenmaier:* Nein, der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik!) Was fängt ein armer Bundeskanzler an, wenn er seine Partei nicht fragt?

Wuermeling: Ich halte Ihre Formulierung für richtig, weil sie alle Erwägungen deckt: Der Bundesvorstand bittet den Herrn Bundeskanzler, sich wieder als Kanzler zur Verfügung zu stellen.

Von Hassel: Ich darf noch einmal vorlesen:

1. Der Bundesvorsitzende Dr. Konrad Adenauer ist gebeten worden, sich erneut für das Amt des Bundeskanzlers zur Verfügung zu stellen.
2. Dr. Adenauer wird als Parteivorsitzender gebeten, Koalitionsverhandlungen mit der FDP zu führen.
3. Ihm steht das beratende Gremium ... zur Seite. – Das ist intern für uns. –
4. Es wird endgültig abgesprochen im Bundesvorstand und in der Bundestagsfraktion.

Soll das so bleiben? (*Allgemeine Zustimmung.*)

Adenauer: Die Mehrheit ist dafür. Wollen Sie noch einen Vortrag entgegennehmen von Herrn von Brentano? (*Zustimmung.*)

VERSCHIEDENES: BERLIN-FRAGE

Von Brentano: Vorhin hat Herr Amrehn die Frage gestellt, ob ich wisse, wie die Dinge liegen. Haben die Alliierten eine Berliner Konzeption? Es ist nicht ganz einfach, auf diese Frage mit einem Ja oder mit einem Nein zu antworten. Wir hatten nun diese Begegnung der vier Außenminister in Washington, und zwar die Fortsetzung der Beratungen, die im August in Paris begonnen hatten.⁷⁹ Inzwischen war von der Lenkungsgruppe⁸⁰, die seit dem 13. August jeden Tag in Washington getagt hatte, ein sehr umfangreicher Bericht vorgelegt worden:

1. Die Stellungnahme zu dem Beschluß eines Separatfriedens.
2. Die sogenannte Planung⁸¹: Was kann und was muß geschehen, wenn die Verbindungen zu Berlin gestört oder unterbrochen werden?
3. Soll diese Frage – wenn ja, wann und von wem – an die UNO herangetragen, oder soll es verhindert werden? Soll es vor die UNO-Vollversammlung oder vor den Sicherheitsrat kommen?

Das sind einige von diesen Fragen. Es gibt politische Maßnahmen, die man ergreifen kann oder ergreifen muß, wenn der Friedensvertrag abgeschlossen wird oder wenn die Zuwege nach Berlin blockiert werden, wie es angekündigt worden ist.⁸² Ich denke z. B. an die wirtschaftliche Blockade, die Luftblockade, die Unterbrechung des zivilen Luftverkehrs mit der Sowjetunion, Verbot für sowjetische Flugzeuge im Gebiet der westlichen Alliierten, Seeblockade unbeschränkt oder beschränkt. Das sind die Fragen – ich habe nur einen Teil aufgezählt –, die von der Lenkungsgruppe behandelt wurden und über die berichtet worden ist.

Im konkreten Gespräch mit den drei Außenministern stellte sich natürlich die Frage: Wir müssen damit rechnen, daß dem, was am 13. August geschehen ist, weitere Maßnahmen folgen. Wir wissen, welche Maßnahmen angekündigt sind, daß z. B. mit dem Abschluß eines Friedensvertrages die Zufahrtsrechte Berlins nicht mehr garantiert werden von der Sowjetunion, sondern daß es im Ermessen der Zonenbehörden liegt, ihr Zufahrtsrechte zu geben oder zu verweigern, und zwar zu Land, zu Wasser und in der Luft.

Darum ist die erste Frage die, was kann oder was muß geschehen gegenüber einer solchen ausgesprochenen oder unausgesprochenen Blockade. Ich gebe ganz offen hier die Konsequenzen bekannt. Wir müssen uns darüber klar sein, daß die

⁷⁹ Konferenz der Außenminister der Westmächte gemeinsam mit dem Bundesminister des Auswärtigen zur Berlin-Frage am 5. und 6. August in Paris. Fortsetzung vom 14. bis 16. September in Washington (AdG 1961 S. 9275 und S. 9336; DzD IV/7, I S. 453 f.).

⁸⁰ Eröffnungssitzung des Washingtoner Botschafter-Lenkungsausschusses der Alliierten unter Einbeziehung der Bundesrepublik am 21. Juli 1961 (KOSTHORST S. 372).

⁸¹ Die amerikanische „Ernstfallplanung“ von 1959 sah in der Berlin-Krise in einem Fünf-Stufen-Konzept als äußerste Konsequenz den Einsatz von Kernwaffen vor (SCHWARZ: Adenauer 2 S. 493 f.; KOSTHORST S. 267, 325, 364 ff., 368–372, 375 f., 382, 385, 394, 397).

⁸² Ausführungen Chruschtschows am 2. Juli 1961 gegenüber dem britischen Botschafter in Moskau, Sir Frank Roberts (vgl. SCHWARZ: Adenauer 2 S. 651 f.; KOSTHORST S. 386 f.).

Aufrechterhaltung der Zufahrtswege, auf die wir nicht verzichten können, uns in die unmittelbare Gefahr eines Weltkrieges führt. Das heißt, wenn sich der sowjetrussische Vertreter⁸³ aus dem Air safe decenter zurückzieht⁸⁴, wird voraussichtlich die Luftwaffe diesen Verkehr übernehmen, also auch den Verkehr für zivile Flüge. Es ist schon dann eine Situation, die zu Katastrophen führen muß. Man nimmt zwar an, daß Militärflugzeuge auch ohne diese Sicherung durch die Luftstraße fliegen können unter einem wesentlich erhöhtem Risiko, weil sie nicht mehr gesteuert werden wie jetzt; ein Risiko, das noch größer ist in dem Augenblick, wenn eine Schlechtwetterperiode einsetzt, weil die Flugzeuge nicht mehr blind fliegen können. Bei Wetterstörungen kann dieser Verkehr nicht mehr aufrechterhalten werden.

Es ist die Drohung ausgesprochen worden, daß jedes Flugzeug, das über den Korridor fliegt, abgeschossen wird. Und Chruschtschow hat gesagt, daß er in diesem Fall alle Waffen einsetzen wird, sogar Raketen.⁸⁵ Die drei Alliierten sind entschlossen, auch das Risiko, das ich geschildert habe, in Kauf zu nehmen und den Verkehr mit Berlin aufrechtzuerhalten. Sie sind entschlossen, auch militärische Kräfte einzusetzen zur Sicherung dieses Luftverkehrs. Sie rechnen damit – und das ist die große Frage –, daß die Sowjetunion einem solchen entschlossenen Vorgehen keinen Widerstand entgegensetzen wird. Aber wir sind alle der Auffassung, daß in dieser Situation ein Versuch unternommen werden muß, die Sowjetunion von dieser Entschlossenheit des Westens zu überzeugen. Wir können auf diese Entschlossenheit nicht verzichten. Ich möchte das offen sagen. Es geht hier – und ich glaube, niemand von unseren Berliner Freunden wird mich mißverstehen – um mehr als um Berlin. Es geht um die Glaubwürdigkeit der gesamten westlichen Politik. Und wenn man Berlin abschreibt, wenn man zuläßt, daß der Status Berlins langsam, aber sicher liquidiert wird, dann wird in der freien Welt ebenso wie auf der anderen Seite der Welt niemand mehr Vertrauen haben zu der Garantie des Westens, sondern Furcht haben.

Es werden viele Länder den Versuch machen „Rette sich, wer kann“ und ein bilaterales Abkommen mit der Sowjetunion abschließen, und sei es auch nur, um die Hinrichtungsfrist zu verlängern.

Ich habe darauf hingewiesen, daß es drei Dinge gibt, auf die der Westen nicht verzichten kann: der freie Zugang nach Berlin, die physische Präsenz der Besatzungstruppen und die Lebensfähigkeit der Stadt Berlin, wobei alle drei auch interpretiert werden müssen. Die physische Präsenz reicht nicht aus. Wenn wir von der Lebensfähigkeit Berlins sprechen, dann sind wir uns darüber im klaren, daß jede Konstruktion einer sogenannten „Freien Stadt“ die Lebensfähigkeit nicht vermittelt. Denn Berlin kann nur in einer engen Symbiose mit der Bundesrepublik leben. Das geht aus der Tatsache hervor, daß wir jährlich über eine Milliarde DM nach Berlin schicken

83 In der Vorlage: „Verkehr“.

84 Vermutlich Vier-Mächte-Leitstelle, die „Berliner Luftsicherheitszentrale“ (vgl. DzD IV/7,1 S. 383–387, insbes. S. 387).

85 Vgl. Anm. 82.

mußten und weil auch diese Stadt in ihrem Handel und Wandel angewiesen ist auf die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik. Wenn ich sagte, die freie Entwicklung, dann gehört dazu auch selbstverständlich die Freiheit der Menschen in Berlin. Es darf auch Berlin nicht unter einen Sonderstatus gestellt werden, wie ihn die Sowjetunion angekündigt hat, daß nämlich die Lebensäußerungen der Menschen in Berlin unter eine Kontrolle gestellt werden, daß die sogenannten „Irrtänze“ ausgeräumt werden, daß die freie Meinungsäußerung unterdrückt wird, daß es keine Kritik mehr gibt und somit langsam, aber sicher Berlin in diese östliche Welt eingegliedert wird. Was das zu bedeuten hätte – es würde ein Exodus einsetzen, und es hieße, jeder rette sich, wer kann, bevor das Wasser über ihm zusammenschlägt.

Ich möchte klar sagen, daß an dieser Entschlossenheit des Westens in Washington nicht der geringste Zweifel besteht. Darum halte ich es für so wichtig, daß diese Verhandlungen geführt werden, die Herr Rusk⁸⁶ übernommen hat mit Gromyko⁸⁷ zu führen. Wir sollten uns auch mit der Überlegung beschäftigen – wir werden uns damit beschäftigen müssen –, ob es Möglichkeiten gibt, diesen Status Berlins, den ich eben aufgezeigt habe und an dem keine Abstriche möglich sind, in einer neuen Weise zu sichern, ob es Möglichkeiten gibt, die allerdings vielleicht von uns gewisse Konzessionen verlangen. Ich bin auf diese Frage nicht angesprochen worden. Das möchte ich eindeutig sagen.

Die Berichterstattung ist falsch, die ich manchmal in der Presse lese, daß man von uns Vorschläge in dieser Art erwartet. Wenn die „New York Herald Tribune“ sagt⁸⁸: „Man muß sich damit abfinden, die DDR muß anerkannt und Berlin eine Freie Stadt werden“, so ist das nicht die amtliche Politik. Das muß ich ausdrücklich feststellen. Selbstverständlich gibt es Kreise – und dafür sollten wir Verständnis haben –, die aus der Chance heraus, eine Weltkatastrophe zu vermeiden, die amerikanische Regierung bestürmen, Konzessionen zu machen, die über das hinausgehen, was für uns noch akzeptabel erscheint. Ich möchte sagen, daß heute auch eine Gefahr in der anderen Richtung besteht. Die Haltung der amerikanischen Öffentlichkeit wird immer härter, wird immer entschlossener. Die amerikanische Regierung handelt nicht nach dem Wunsch der öffentlichen Meinung, sondern sie wird getrieben von ihr, wenn sie hart reagiert.

Der französische Außenminister Couve de Murville⁸⁹ hat Bedenken gegen die Verhandlungen geäußert. Ich sagte, ich finde das nicht für klug, denn Clay muß die Autorität haben, und es darf nicht der Eindruck entstehen, daß der eine oder andere es nicht will. Als ich heute morgen mit Clay darüber sprach, sagte er mir: Ich bin

86 Dean Rusk (1909–1994), amerikanischer Rechts- und Staatswissenschaftler; 1952–1960 Präsident der „Rockefeller Foundation“, 1961–1969 Außenminister.

87 Andrej Andrejewitsch Gromyko (1909–1989), 1957–1985 sowjetischer Außenminister.

88 Vgl. dazu die Artikel von Walter LIPPMANN in „New York Herald Tribune“ vom 12. und 19. September 1961 (DzD IV/7, I S. 418–420, S. 467–469).

89 Dr. Jacques Maurice Couve de Murville (geb. 1907), französischer Politiker; 1958–1968 Außenminister, 1968–1969 Ministerpräsident. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 274 Anm. 27.

Ihrer Meinung, aber ich möchte Ihnen gleich sagen, die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten teilt die Auffassung von de Gaulle⁹⁰, nämlich keine Verhandlung, und diese öffentliche Meinung nimmt immer mehr zu.⁹¹

Ich sehe darin eine gewisse Gefahr, daß sich dort unter dem Druck des verletzten Prestiges langsam eine Entwicklung anbahnt, die so hart wird, daß ein echtes Gespräch vielleicht nicht mehr möglich ist.

Es wird wohl alles darauf ankommen, wie die erste Fühlungnahme zwischen Dean Rusk und Gromyko verläuft. Herr Rusk hat einen sehr klar umrissenen Auftrag von uns. Ich möchte hinzufügen, daß das, was wir besprochen haben, und auch dieser Auftrag sehr klar bestätigt worden sind in dem Gespräch im Weißen Haus mit Kennedy⁹² und mit McNamara⁹³, dem Verteidigungsminister.

Wir sollten – das ist ja die Politik der Bundesregierung gewesen – die amerikanische Regierung jetzt stützen, indem wir ihr zeigen, daß wir Vertrauen zu ihr haben. Es ist unrecht, Mißtrauen zu zeigen, wir haben keinen Anlaß dazu. Selbst wenn wir Mißtrauen hätten, wäre es töricht, es zu zeigen. Denn der Sinn und Zweck von Verhandlungen ist der, der Sowjetunion beizubringen, daß es Grenzen gibt, über die sie nicht hinausgehen darf. Die Sowjetunion von dieser Entschlossenheit des Westens zu überzeugen, darin sehe ich heute die einzige Möglichkeit, eine Katastrophe zu vermeiden. Wenn es nicht möglich ist, sie davon zu überzeugen, wenn sie tatsächlich einen Schritt weitergeht, müssen wir damit rechnen, daß ein Kurzschluß oder eine bewußte Reaktion erfolgt, deren Folgen unabsehbar sein würden. Denn die Vorstellung, daß sich ein solcher Krieg lokalisieren lasse, ist ein Wunschtraum. Es wird eine Kettenreaktion sein, auf die wir keinen Einfluß mehr haben werden, wir am allerwenigsten. Wir rechnen damit, daß wir in den nächsten Tagen etwas hören werden über die Gespräche zwischen Rusk und Gromyko.

Ich halte es für möglich, daß wir uns sehr bald wieder in Washington treffen. Es gibt keine Vorstellungen darüber, wie die Verhandlungen weitergehen. Wir wissen nicht, ob Gromyko ein bilaterales Gespräch weiterführen wird. Wir wissen nicht, ob überhaupt eine Außenministerkonferenz stattfinden wird oder nicht. Es tauchen die Fragen auf: Wird die Sowjetunion verlangen, daß sofort eine Gipfelkonferenz stattfinden soll? Wird die Sowjetunion eine Tagesordnung vorschreiben oder zur Bedingung machen, die es dem Westen nicht möglich macht, ihre eigenen Thesen vorzutragen? Die Erklärungen⁹⁴, die Gromyko abgegeben hat über die Bereitschaft,

90 Charles de Gaulle (1890–1970), französischer General und Politiker; 1958–1969 Staatspräsident. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 178 Anm. 7; KUSTERER.

91 Vgl. dazu KOSTHORST S. 391; BARING S. 346.

92 John Fitzgerald Kennedy (1917–1963), 1960–1963 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 701 Anm. 1.

93 Robert S. McNamara (geb. 1916), amerikanischer Politiker; 1960–1968 Verteidigungsminister, 1968–1981 Präsident der Weltbank.

94 Vgl. dazu die Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR vom 14. September 1961 in DzD IV/7,1 S. 433 f.

waren verbunden mit der Feststellung: Wir sind grundsätzlich zu Verhandlungen bereit, aber vorausgesetzt, daß unsere Verhandlungspartner realistisch genug sind, um sich mit uns über unsere Vorschläge zu einem deutschen Friedensvertrag und zur Umwandlung der Stadt Berlin in eine Freie Stadt⁹⁵ zu unterhalten. Daß das nicht angenommen wird, versteht sich von selbst. Deswegen kann kein Mensch voraussagen, wie sich die nächsten acht oder 14 Tage gestalten werden.

Wir sollten uns Rechenschaft darüber abgeben, daß wir in den nächsten Wochen so nahe an eine Katastrophe kommen wie nie zuvor und daß der Nervenkrieg weitergeführt wird. Die Informationen, die man über die russische Armee erfahren hat, sprechen dafür, daß man das Pokerspiel sehr hoch spielen wird. Aber wir müssen immer noch hoffen, daß es gelingen wird, diese Gespräche zu führen, die vielleicht Wochen und Monate in Anspruch nehmen können. Wenn eine Ministerkonferenz anberaumt wird, dann haben wir zumindest einen Zeitgewinn, um in einer sehr zähen und hartnäckigen Verhandlung einiges von dem durchzusetzen, was wir wünschen. Und wenn das gelingt, dann haben wir schon einen politischen Erfolg erzielt. (*Beifall.*)

Von Hassel: Es wird zur Zeit darüber diskutiert, die UNO nach Berlin zu verlegen. Ist dazu etwas zu sagen?

Von Brentano: Wir haben über diese Frage gesprochen, aber nur am Rande. Was heißt, die UNO nach Berlin zu verlegen? Kann man sich das vorstellen, daß sich die UNO in eine geteilte Stadt legen läßt? (*Zurufe:* Ausgeschlossen!) Ist es nicht eine vielleicht etwas vage Hoffnung, nun anzunehmen, daß sich mit der Errichtung eines UNO-Büros in Berlin die Schwierigkeiten von selbst auflösen. Von den 99 Mitgliedsstaaten müßte sich eine Zweidrittelmehrheit dafür entscheiden, den Sitz von New York nach Berlin zu verlegen. (*Kiesinger:* Haben Sie vertrauenswürdige Nachrichten, daß Chruschtschow das will?) Er hat zu dieser Frage gesagt, darüber läßt sich reden, die UNO nach Berlin zu legen. Das ist aber auch alles, was er gesagt hat.⁹⁶ Deswegen haben wir es auch aufgenommen, und zwar positiv.

Ich habe gesagt in den Gesprächen, nehmen wir es auf gegenüber der Sowjetunion als eine Möglichkeit. Reden wir darüber. Schlimmeres, als daß es nicht geschieht, kann nicht geschehen. Und wenn ein Teil dahin verlegt wird, dann hätten wir damit schon einen Vorteil erreicht.

Adenauer: Das Wort hat Herr von Merkatz⁹⁷.

95 Vorschlag des deutschen Botschafters in Washington, Wilhelm Grewe, von 1959 (vgl. KOSTHORST S. 368).

96 Vgl. DzD IV/7,1 S. 505.

97 Dr. Hans-Joachim von Merkatz (1905–1982), 1949–1969 MdB (DP, ab 1960 CDU), 1955–1962 Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 603 Anm. 44; Heinz-Siegfried STRELOW: Konservative Politik in der frühen Bundesrepublik – Hans-Joachim von Merkatz (1905–1982). In: Konservative Politiker in Deutschland, hg. von Hans-Christof KRAUS, Berlin 1995 S. 315–334.

Von Merkatz: Hammarskjöld⁹⁸ ist tot. Ich rechne damit, daß jetzt Chruschtschow den Vorschlag machen wird, das Troika-Kollegium – ein westlicher, ein östlicher und ein Nehru⁹⁹-Mann – einzusetzen und daß die UNO nach West-Berlin gelegt wird. Das würde nach meiner Meinung unter diesem Aspekt sehr gefährlich.

Von Brentano: Herr Hammarskjöld hat noch gelebt, als wir diese Frage besprochen haben. Nun wird das Ringen losgehen, und die Russen werden alles versuchen, um dieses Troika-System durchzusetzen.

Amrehn: Nach den Berichten, die ich lesen konnte, hat Chruschtschow gestern oder vorgestern Herrn Reynauld¹⁰⁰ geantwortet, er sei dafür, daß das UNO-Hauptquartier nach West-Berlin verlegt wird. In einer späteren Mitteilung heißt es, das sei natürlich nicht anders zu verstehen, als daß zuvor die Zone anerkannt würde.

Ich muß sagen, man kann ein UNO-Hauptquartier nicht in ein Gebiet legen, das man nur noch durch einen undefinierten Staat erreichen kann. Für die Begründung des Sitzes der UNO in Berlin werden solche Voraussetzungen erforderlich, daß wir sie nicht erfüllen können. Wir würden z. B. mit der Frage konfrontiert, ob wir denn den Auftrag, den Berlin hat – nämlich noch ein Rest des alten Deutschen Reiches zu sein, der Unterpand ist für die Aufgabe, die Teile Deutschlands wieder zusammenzuführen – preisgeben, wenn wir aus West-Berlin ein neues UNO-Hauptquartier machen. Das spricht alles dagegen! (*Von Hassel:* Hat Herr Brandt auch soweit gedacht?) Herr Brandt hält von dem UNO-Vorschlag überhaupt nichts. Es ist berichtet worden, daß Clay vor seiner Abreise in Amerika gesagt habe: Wir können die Freiheit Berlins nur retten, wenn ein Preis in der Deutschland-Frage dafür bezahlt wird. Das hat mich erschreckt. Vielleicht ist der Herr Bundeskanzler durch eine ähnliche Frage erschreckt worden. Das hat in allen Zeitungen gestanden.¹⁰¹ Vor seiner Abreise hat

98 Dag Hammarskjöld (1905–1961), schwedischer Politiker; 1953–1961 Generalsekretär der UN. – Hammarskjöld kam am 18. September 1961 bei einem Flugzeugabsturz über Nordrhodesien ums Leben.

99 Dschawaharlal Nehru (1889–1964), 1947–1964 Ministerpräsident Indiens und Außenminister, führender Repräsentant der Blockfreien Staaten. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 1021 Anm. 31.

100 Paul Reynauld (1878–1966), französischer Politiker; 1945–1973 Abgeordneter der Assemblée Nationale. (Charakterisierung in SCHWARZ: Adenauer 2 S. 751–753.) – Vgl. Bericht von Reynauld über ein Gespräch mit Chruschtschow in DzD IV/7,1 S. 499–507.

101 Eine derartige Aussage Clays nicht ermittelt. Nach Rückkehr aus dem Ostsektor von Berlin erklärte er vielmehr gegenüber amerikanischen Journalisten: „Meine Eindrücke waren sehr schlecht: Ich habe drüben mehr Truppen als zivile Bürger gesehen ... Wenn immer Berlin in Not ist, werde ich bei den Berlinern sein.“ („Die Welt“ vom 21. August 1961). Möglicherweise ist McCloy gemeint, der bei seinem Besuch bei Chruschtschow (26./27. Juli 1961) diesen andeutungsweise zu Aktionen gegen Berlin ermuntert haben könnte, was Äußerungen amerikanischer Regierungssprecher „der letzten Tage“ nahelegten („Basler Nachrichten“ vom 16. August 1961). – Möglicherweise ist gemeint, daß Kennedy „keine Überhitzung“ der Situation wollte (FAZ vom 16. August 1961), sie als „Vorkrise“ bezeichnete und die Verpflichtungen der USA nicht auf eine Garantie der Freiheit in der DDR bezog, sondern nur auf die Rechte und Bündnisverpflichtungen gegenüber den Deutschen in West-Berlin und in Westdeutschland („Die Welt“ vom 18. August 1961).

Clay erklärt, wenn wir die Freiheit Berlins sichern wollen, dann müssen wir in der Deutschland-Frage einen Preis zahlen. (*Von Brentano*: Ich habe nichts davon gehört. – *Zurufe*: Wir auch nichts!) Dieser General hört etwas vom Weißen Haus; er ist gut informiert. Deshalb entstehen Sorgen über die Nachrichten, die unterschwellig an uns herankommen und nie volle Klarheit geben, wie nun wirklich die Absichten in Washington und in anderen Hauptstädten sind.

Jeder von uns ist sich bewußt, wie ernst die Situation ist. Der Herr Bundesaußenminister hätte es nicht ernster darstellen können. Besteht nun eine Hoffnung, über diese Zuspitzung in der Berlin-Frage hinwegzukommen, und zwar mit dem entschlossenen Willen auch auf westlicher Seite, zu einem wirklichen Deutschland-Gespräch zu kommen in der Erkenntnis, daß in der Berlin-Frage selbst vom Westen her keine Konzession mehr gemacht werden kann und auch von der westlichen Seite die Berlin-Frage zum Hebel für die Erörterung der Deutschland-Frage im ganzen noch einmal gemacht wird?

Ich meine nicht, daß der Deutschland-Plan von 1959¹⁰² nochmals vorgelegt wird, den man nach zwei Tagen mit einem Augenzwinkern fallen ließ und erklärte, daß das keinen Sinn habe, sondern daß man wirklich aus der Zuspitzung heraus zu einem ernstesten Versuch kommt, die gesamtdeutsche Frage anzupacken. (*Von Brentano*: Sie müssen auch sagen, wie man das anpacken soll!) Darüber wäre zu reden. (*Wuermeling*: Natürlich, aber wie denn?) Ich könnte mir denken, daß die Sowjetunion ein Interesse daran hat, nicht den Zonenstaat als das schwächste Glied des ganzen Reiches in der Form des östlichen Reiches so aufrechtzuerhalten, wie es gegenwärtig der Fall ist. Es ist eine Groteske, daß im Augenblick der wirtschaftlichen und politischen Tiefstimmung in der Zone zugleich eine Art Triumph mit dem 13. August vom Osten erreicht worden ist, der nicht darüber hinwegtäuschen darf, daß die Unruhe in der Zone auf die Dauer nicht niedergehalten werden kann. Vorgestern ist die Polizei im Ostsektor gegen eigene Demonstranten mit der Panzerwaffe vorgegangen. Ich bitte Sie zu sehen, daß das nicht ein ruhiger See auf die Dauer bleiben wird.

Ich könnte mir denken, daß eine Verhandlung im Interesse der Sowjetunion gelegen ist. Auf welchem Wege, darüber wäre viel zu reden. (*Zuruf*: Allerdings, aber die Russen wollen ja nicht!) Wenn man sich auf den Verhandlungsweg begibt, dann kann es kaum anders geschehen, als über Deutschland zu sprechen. Wenn man nur über Berlin spricht, sehe ich den Weg vor mir, der vorhin in der Form gekennzeichnet worden ist vom Herrn Bundeskanzler, daß eine Austrocknung den Russen den Weg ohne Gewalt freilegen würde. Wir müssen versuchen, davon wegzukommen.

Ich möchte nur sagen, daß eine Verhandlung vor dem 13. August den starken Flüchtlingsstrom vielleicht nicht so stark hätte werden lassen, und das Ereignis hätte dann zu diesem Zeitpunkt noch nicht eintreten können.

Adenauer: Das Wort hat Herr Schmidt.

102 Deutschland-Plan von Senator Mike Mansfield vom 12. Februar 1959 – Vgl. AdG 1959 S. 7558 und DUD vom 15. Juni 1961 „Mansfields Vorschlag“.

Schmidt: Ich erinnere mich, daß Herr Brandt diese Gedanken lanciert hat seit dem 15. Juli.¹⁰³ Ich habe darauf geantwortet, daß das auf Dauer die Internationalisierung der Stadt Berlin bedeuten müsse, und zwar im Rechtssinne, und damit praktisch Berlin als Hauptstadt einer künftigen deutschen Gesamteinheit endgültig beseitigt würde.

Von Brentano: Es ist selbstverständlich, Herr Amrehn, daß man versucht, die Verhandlungen über Deutschland und über Berlin zu führen, aber wenn Sie sagen, wir müßten ernstlich neue Verhandlungen führen, dann muß ich fragen, über was denn? Machen Sie doch einen konkreten Vorschlag! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wir haben doch sehr oft diese Verhandlungen angeboten, aber die Sowjetunion hat sie immer wieder abgelehnt. Wir haben angeboten, eine Vierer-Kommission einzusetzen! Wir haben den Friedensplan angeboten!¹⁰⁴ Es ist alles abgelehnt worden. Wenn Sie einen neuen Plan und eine neue Vorstellung haben, dann wären wir Ihnen sehr dankbar dafür. Die Forderung, wir müssen verhandeln, genügt allein noch nicht.

Natürlich müssen wir neue Verhandlungen fordern. Man darf die alten nicht wieder aufnehmen, aber ich wehre mich dagegen, wenn Sie sagen, man hat den Friedensplan hingelegt und nach 48 Stunden mit einem Augenzwinkern weggeschoben. Sie waren nicht dabei. Man hat den Friedensplan gar nicht verteidigt. Die Sowjetunion hat gesagt, wir sprechen nicht darüber. Deswegen kommt es mir komisch vor, wenn Sie sagen, wir müssen neue Verhandlungen führen. (*Amrehn:* Die Zuspitzung ist eine Zuspitzung auch für die andere Seite. Ich kann keine Pläne entwickeln, aber man muß die Gefahr sehen, die auch für die andere Seite möglicherweise ein Interesse bietet!) Das ist die einzige echte Chance, die wir haben, daß auch auf der anderen Seite ein echtes Interesse bestehen könnte, an einer Entspannung mitzuwirken. Das werden wir auch versuchen. Aber ich wollte folgendes antworten: Es ist nicht richtig, wenn man sagt, wir müssen ernstlich Deutschland-Verhandlungen fordern, und man hätte sie vor dem 13. August machen müssen. – Damit machen Sie einen unberechtigten Vorwurf, daß man untätig gewesen sei vor dem 13. August. Wir fordern doch schon seit zwölf Jahren diese Verhandlungen über Deutschland! (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Adenauer: Das Wort hat Herr Gradl¹⁰⁵.

Gradl: Entschlossenheit müssen wir auch zeigen in unseren eigenen Äußerungen und in den Äußerungen der verantwortlichen Leute in der Regierung und Verwaltung im Umgang mit unseren Alliierten. Ich halte es für eine schlechte Sache, wenn führende Beamte in Gesprächen, die sie mit Alliierten bei Veranstaltungen, Cocktail-Parties usw. führen, Zweifel aussprechen an der Möglichkeit und an der Fähigkeit, beispielsweise die Position Berlins zu halten. Das wird von den Alliierten gedeutet

103 Wohl gemeint 15. Juni, als Ulbricht bei einer Pressekonferenz geäußert hatte: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.“ (zit. nach SCHWARZ: Bundesrepublik 3 S. 144, dort auch Äußerungen Brandts; vgl. dazu auch AdG 1961 S. 9266 f.).

104 Möglicherweise gemeint der sog. Herter-Plan, der bei der Genfer Konferenz der Außenminister 1959 vorgelegt wurde.

105 Dr. Johann Baptist Gradl (1904–1988), 1957–1980 MdB (Vertreter Berlins). Vgl. PROTO-KOLLE 1 S. 86 Anm. 4. Klaus GOTTO in ZEITGESCHICHTE 8 S. 197–211.

als ein Zeichen dafür, daß diese führenden Beamten dies nicht nur aus eigenem Impuls sagen, sondern daß auch wir in der politischen Führung bereits unsicher und schwächlich wären in der Verteidigung der Berliner Position.

Sie werden einige solcher Fälle selbst kennen, Herr von Brentano. Das ist eine Gefahr, gegen die wir uns wenden müssen, damit nicht von daher der Eindruck entsteht, als ob die Alliierten noch etwas verteidigten, was wir selber im Grunde genommen bereits aufgegeben haben.

Es ist mit Recht gesagt worden, wir kommen sicherlich in eine sehr harte Phase. Wir wollen diese harte Phase bestehen ohne politische Niederlage. Wir sollen sie bestehen, ohne daß wir in den äußersten Konflikt, nämlich in den Krieg, kommen. Ob das gehen wird, das wird die Zukunft zeigen.

Aber ganz sicher werden wir diese Phase nicht bestehen, wenn wir nicht durch unser eigenes Verhalten deutlich machen, daß auch wir – nicht nur unsere westlichen Alliierten – wirklich entschlossen sind, das äußerste Risiko einzugehen, d. h., in der kommenden Regierungserklärung wird dem deutschen Volke in aller Deutlichkeit gesagt werden müssen, daß es sich vor einer sehr harten geschichtlichen Herausforderung sieht, die es nur überstehen kann, wenn es bereit ist, auch ungewöhnliche Opfer auf sich zu nehmen.

Ich bin der Meinung, daß wir z. B. eine Verlängerung der Dienstzeit von zwölf auf 18 Monate als notwendig anerkennen und durchführen müssen, weil ich glaube, daß die Sowjets – wenn sie überhaupt noch vom letzten Gefecht abzuhalten sind und nicht so hybride geworden sind, daß sie glauben, sie könnten den Kampf mit der dekadenten abendländischen Welt riskieren – nur vom Krieg abzuhalten sind, wenn sie sehen, daß wir, die unmittelbar vor ihnen stehen, bereit sind, auf jedes Risiko hin unsere Position zu verteidigen. Das ist eine der Kernfragen, die in den Fraktionsverhandlungen zu erörtern sein werden, um die FDP auf diese Entschiedenheit festzulegen.

Adenauer: Ich hoffe, daß die FDP genauso denkt wie wir. Ich weiß es aber nicht.

Damit können wir wohl schließen. Herr Krone und Herr von Hassel halten die Pressekonferenz ab. Wir sollten möglichst wenig sagen über die ganzen Verhandlungen hier. Eines können wir doch sagen, daß wir keinesfalls der Auffassung sind, wir seien geschlagen, sondern daß wir nach wie vor die stärkste Fraktion sind, daß aber die SPD nicht das erreicht hat, was sie gewollt hat.

Wird das Wort noch gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann danke ich Ihnen sehr und darf die Sitzung schließen.